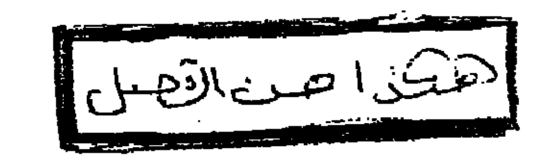


Montag, 7. März 1983 - D *** •
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen
Belgien 38,00 bfr, Dänemark 7,50 dkr, Frankreich 6,00 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 27,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 55 - 10.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 10 11
Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 100 Pts, Kanarische Inseln 125 Pts

CDU klarer Sieger. FDP wieder im Bundestag. SPD verliert

Zunächst keine endgültige Klarheit, ob die Grünen den Sprung nach Bonn schafften

DW. **Bonn**

Bei der gestrigen Bundestagswahl hat – nach übereinstimmenden Hochrechnungen beider Fernsehanstalten – die CDU/CSU einen eindeutigen Sieg errungen. Sie lag deutlich über ihrem Ergebnis von 1980, als sie auf 44,5 Prozent der Zweitstimmen gekommen war. Die SPD hat, im Vergleich zur Wahl vor drei Jahren (42,9 Prozent) kräftig verloren. Der FDP gelang, allen Unkenrufen zum Trotz, erneut der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde; ihr Ergebnis von 1980 (10,6 Prozent) konnte sie allerdings nicht wieder erreichen. Ob die Grünen erstmals in den Bundestag einziehen, war aufgrund der Hochrechnungen nicht sicher auszumachen.

Mit einer Beteiligung, zumindest wahrscheinlich in der gleichen Höhe wie 1980, haben die Bürger der Bundesrepublik Deutschland gestern den 10. Deutschen Bundestag gewählt. Viele Wahlleiter rechneten am späten Nachmittag damit, daß die Beteiligung von 1980 übertroffen wird. Damals hatten 88,6 Prozent ihre Stimme abgegeben.

Bei dem überwiegend trüben und regnerischen Wetter hatte die Wahl in den Morgen- und Vormittagsstunden nur sehr schleppend begonnen. Bis gegen elf Uhr lag die Beteiligung im Durchschnitt in Stadt und Land nur zwischen 20 und 30 Prozent. Der erste große Ansturm auf die Wahllokale in den 248 Wahlkreisen setzte dann in den frühen Nachmittagsstunden ein.

43,4 Millionen Bürger – 200 000 mehr als bei der Bundestagswahl 1980 – waren berechtigt, den 10. Deutschen Bundestag zu wählen, darunter 2,3 Millionen Jungwähler. Im Bundesland Rheinland-Pfalz waren die 2,8 Millionen Bürger aufgerufen, auch über die Zusammensetzung des Landesparlaments in Mainz zu entscheiden.

Um die 496 Mandate im Bundestag (ohne die Berliner) bewarben sich insgesamt 13 Parteien, 1980 waren es noch zwölf. Seit 1980 hatte der Bundestag 497 vollstimmberechtigte Mitglieder, weil der SPD in Schleswig-Holstein ein Überhangmandat zugefallen war. Vor vier Jahren waren die Unionsparteien mit 226 Mandaten stärkste Fraktion geworden, die SPD hatte 218 und die FDP 53 Sitze errungen.

Eine Chance, in den Bundestag zu kommen, hatten nur CDU, CSU, FDP, SPD und die Grünen. Nach der Fünf-Prozent-Klausel erhalten nur solche Parteien Mandate, die mindestens fünf Prozent aller im Bundesgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen auf sich vereinigen oder in mindestens drei Wahlkreisen ein Direktmandat erringen.



Bundestagswahl '83
Hochrechnungen

	Wahl vom 6. März 1983 (Zweitstimmen) Prozent	Bundestagswahl vom 5. Oktober 1980 (Zweitstimmen) Prozent	Bundestagswahl vom 3. Oktober 1976 (Zweitstimmen) Prozent
CDU/CSU	ARD 50,2 ZDF 48,5	44,5	48,6
SPD	ARD 38,2 ZDF 38,0	42,9	42,6
FDP	ARD 6,5 ZDF 7,7	10,6	7,9
Grüne	ARD 4,6 ZDF 5,0	1,5	–
Sonstige	ARD ZDF	0,5	0,9
Wahlbeteiligung		88,6	90,7

POLITIK

Papst sichert Indios Hilfe der Kirche zu

DW. **San Salvador**

Nach seinem turbulenten Aufenthalt in Nicaragua hat Papst Johannes Paul II. am Wochenende Panama und El Salvador besucht. In Managua, Hauptstadt des von einer linksgerichteten Junta regierten Nicaragua, hatten Tausende von Zuhörern in Sprechchören gegen eine Predigt des Papstes protestiert, in der er die Gläubigen aufrief, den Bischöfen des Landes Gehorsam zu leisten. Ohne Zwischenfälle verlief der Pastoral-Besuch in Panama-Stadt, wo sich Johannes Paul II. auf der zentralen Veranstaltung vor allem mit der Notlage der Bauern und Indios auseinandersetzte. Der Papst erkannte an, daß viele von ihnen in erbarmungswürdigen Umständen lebten, und versicherte, daß die Kirche sie nicht im Stich lassen werde. Scharfe Sicherheitsvorkehrungen waren in San Salvador getroffen worden, nachdem die Polizei angeblich ein von „Linksextremisten" geschmiedetes Komplott zur Ermordung des Papstes aufgedeckt hatte. Heute reist Johannes Paul II. nach Guatemala weiter. **Seiten 2, 6**

Keine Amnestie in Polen zum Papst-Besuch

dpa/AFP, **Warschau**

In Polen wird es vor dem für kommenden Juni vorgesehenen Besuch des Papstes keine Amnestie für inhaftierte Regimegegner geben. Dies ließ der Primas der katholischen Kirche Polens, Jozef Kardinal Glemp, in seiner gestrigen Predigt in der Warschauer Sankt-Michaels-Kirche erkennen. Der Papst-Besuch in Polen wird nach Meinung Glemps nicht leichter sein als die gegenwärtige Reise des Heiligen Vaters nach Mittelamerika. Glemp sagte, ähnlich wie beim jetzigen Besuch in den Staaten Mittelamerikas werde auch in Polen die Visite nicht nur mit unterschiedlichen religiösen Fragen, sondern auch mit gesellschaftlichen Problemen belastet sein. Der Papst komme in der besonderen Situation eines Landsmannes „auf diesen spannungs- und gefühlsreichen Boden". Der Papst werde nicht „alle Gefühle heilen können", aber er werde helfen, das Land aus seiner „psychologischen Leere" zu lösen und Gefühle des Zorns oder sogar des Hasses zu überwinden.

ZITAT DES TAGES



» Im Gegensatz zu dem was in anderen europäischen Ländern geschieht, glaubt niemand in Frankreich, eine Verstärkung unserer Verteidigungskraft könnte einen gegnerischen Angriff auf unser Land ziehen. «

Claude Cheysson, französischer Außenminister, in der WELT am SONNTAG.

Wahlen in Frankreich

v. K./DW. **Paris**

37 Millionen französische Wähler haben gestern unter 499 526 Kandidaten ihre neuen Gemeinderäte für die 36 433 Gemeinden des Landes gewählt. Die Wahlbeteiligung lag in den großen Städten am Nachmittag gering über der bisherigen Rekordbeteiligung von 78,8 Prozent bei den letzten Gemeindewahlen 1977. Von Beobachtern wird die Wahl auch als Test für die Beliebtheit der von Sozialisten und Kommunisten gebildeten Volksfrontregierung in Paris angesehen.

Kandidiert Burg?

AP, **Jerusalem**

Israels Ministerpräsident Menahem Begin hat gestern, nach einem Bericht des israelischen Rundfunks, Innenminister Josef Burg als Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten vorgeschlagen. Der 74jährige Politiker gehört seit der Staatsgründung (1948) jedem israelischen Kabinett an. Burg, Chef der Nationalreligiösen Partei, hatte seine Bewerbung von der Unterstützung der oppositionellen Arbeiterpartei abhängig gemacht. Am 22. März wird das israelische Parlament einen Nachfolger des bisherigen Staatspräsidenten Yitzhak Navon wählen.

Unter Syriens Befehl

AP, **Damaskus**

Die in jüngster Zeit von der Sowjetunion an Syrien gelieferten SAM-5-Raketen unterstehen nach Mitteilung aus Damaskus allein der Befehlsgewalt syrischer Offiziere. Das sagte am Wochenende in Damaskus der syrische Informationsminister Achmed Iskander Achmed, ein enger Berater von Staatschef Hafes el Assad. **Seite 8**

WIRTSCHAFT

2,2 Prozent mehr Lohn

dpa/VWD, **Stockholm**

Für die 220 000 Beschäftigten in der schwedischen metallverarbeitenden Industrie sind am Wochenende Lohnerhöhungen von durchschnittlich 2,2 Prozent ausgehandelt worden. Die Anhebung gilt vom 1. Januar an rückwirkend für ein Jahr. Für Arbeiter unter 19 Jahren, die noch eine Ausbildung im Betrieb erhalten, wurden Lohnsenkungen vereinbart. Zum ersten Mal seit 18 Jahren haben sich damit eine Einzelgewerkschaft innerhalb des Gewerkschaftsbundes LO und der Arbeitgeberverband einer Branche auf einen separaten Tarifvertrag geeinigt.

Zur Arbeit verpflichtet

dpa, **Düsseldorf**

Die Arbeitnehmer der „Rheinischen Post" in Düsseldorf, die am Freitag aus Protest gegen eine Kündigung für kurze Zeit die Arbeit niedergelegt hatten, sind per Einstweiliger Verfügung vom Amtsgericht Düsseldorf zur Arbeit verpflichtet worden. Dies teilte gestern das Bezirkssekretariat der IG Druck und Papier mit. Am Freitagnachmittag hatten 40 bis 50 technische Arbeitskräfte im Durckhaus Düsseldorf-Heerdt die Herstellung der Zeitung durch einen „wilden Streik" behindert. Sie wollten damit gegen die fristlose Kündigung des stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden protestieren.

Teuerungswelle

dpa/VWD, **Belgrad**

Trotz des am 1. August vergangenen Jahres verhängten Preisstopps wird Jugoslawien gegenwärtig von einer Teuerungswelle erfaßt. Die Regierung in Belgrad hat in den vergangenen Wochen immer wieder Ausnahmen zugelassen, so daß erneut die für 1983 angestrebte Inflationsrate von 15 Prozent in Frage gestellt ist. Nach der neuesten Verordnung wurden Strom und Kohle um 25 Prozent, Milch- und Milchprodukte zwischen elf und 18 sowie Fleischprodukte um 18 Prozent teurer.

SPORT

Kein Aufstieg

DW. **Amsterdam**

Die Bundesrepublik Deutschland ist im olympischen Handballturnier von 1984 in Los Angeles nicht vertreten. Ungeschlagen belegte die deutsche Nationalmannschaft im Qualifikations-Turnier von Holland nur den dritten Platz hinter Ungarn und der Tschechoslowakei. Das deutsche Team vergab die olympische Chance nach drei Unentschieden gegen die Schweiz, am Samstag gegen Spanien (18:18) und gestern gegen Ungarn (12:12). **Seiten 8, 12, 13, 14**

WETTER

Heiter bis wolkig

DW. **Essen**

Im Südwesten wolkig mit Aufheiterungen, trocken und Nachmittagstemperaturen bis 10 Grad. Sonst starke Bewölkung, Temperaturen um 7 Grad.

Lambsdorff fordert für Aufschwung Opfer

„Lohnstruktur stimmt nicht mehr" / Strauß kritisiert Gehaltsabschluß bei VW / Schnitker: Auf Vorrat ausbilden

dpa/rtr, **München**

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß haben in München übereinstimmend darauf hingewiesen, daß die Lohnstruktur in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr stimme. Die Arbeit sei zu teuer geworden.

Bei der Eröffnung der Internationalen Handwerksmesse mahnte Lambsdorff die Gewerkschaften, mit ihren Lohnabschlüssen dazu beizutragen, daß sich die Finanzierungsvoraussetzungen für arbeitsplatzschaffende Investitionen wieder verbessern. Vordringlich „im Interesse unserer wirtschaftlichen Zukunft" sei jetzt die Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen. „Man muß das Wort Gewinn wieder in den Mund nehmen dürfen. Ohne Gewinn gibt es keinen Aufschwung", sagte Lambsdorff.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen seien inzwischen besser geworden. „Das Schlimmste liegt hinter uns." Aber, so sagte Lambsdorff, eine weitere Verbesserung der Beschäftigungslage sei nicht durch Umverteilung zu erreichen, sondern nur durch Privatinitiative. Das wirtschaftliche Umfeld müsse freundlicher gestaltet werden, um die Leistungsbereitschaft des einzelnen zu stärken, die staatlichen Interventionen einzudämmen und die Aushöhlung der Erträge zu stoppen.

Lambsdorff appellierte an die Arbeitgeber, ihre starre Haltung in der Frage der Arbeitszeitverkürzung aufzugeben. Arbeitsverkürzungen könnten bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit flankierend wirken. Sie dürften aber keinesfalls zu höheren Kosten führen.

Der bayerische Ministerpräsident Strauß wandte sich gegen eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit vollem Lohnausgleich, befürwortete aber eine „liberale Lösung" bei der Lebensarbeitszeit. Es solle dem einzelnen möglich sein, ein paar Jahre früher oder auch später in den Ruhestand zu treten.

Wie Lambsdorff sagte auch Strauß, daß die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland wieder höhere Gewinne brauche. Nur so sei die in den siebziger Jahren entstandene Investitionslücke von 150 bis 170 Milliarden Mark zu schließen. Strauß sprach sich in diesem Zusammenhang gegen eine Lohnerhöhungspause, aber für eine Politik der „kleinen Zuwächse" aus. Den vierprozentigen Tarifabschluß beim Volkswagenwerk kritisierte er als überhöht.

Man brauche im übrigen keine „bombastischen Arbeitsbeschaffungsprogramme", um den Aufschwung zu erzielen. Es gebe genügend Arbeit, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor.

Der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Paul Schnitker, legte in München ein umfangreiches Forderungspaket an die Bundesregierung vor. Er verlangte verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten, den Abbau von Investitionshemmnissen, den Stopp jeglicher Steuererhöhungen und die Privatisierung staatlicher Aufgaben.

An die Gewerkschaften appellierte Schnitker, einen „bescheidenen Beitrag" in der Form zu leisten, daß die Ausbildungsvergütungen zeitweise nicht automatisch weiter anstiegen. Er wandte sich vehement gegen eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit: Damit würde im Handwerk „kein einziger neuer Arbeitsplatz" geschaffen. Den Handwerksbetrieben empfahl er, in diesem Jahr „auf Vorrat" auszubilden, da schon bald ein Mangel an jugendlichen Lehrstellen-Bewerbern zu erwarten sei.

Seite 9: Handwerk

KPI-Minderheit beklagt Distanz zu Moskau

Senator Cossutta kritisiert Geringachtung der Oktober-Revolution / „Dem sowjetischen Modell verpflichtet"

dpa/DW. **Mailand**

Auf dem Parteitag der italienischen Kommunisten in Mailand hat das KPI-Führungsmitglied Armando Cossutta den „italienischen Weg zum Sozialismus" als undeutlich bezeichnet. Darin habe auch das „Unverständnis" der KPI gegenüber der Sowjetunion seine Ursache.

Cossutta trat am vorletzten Tag des KPI-Kongresses als Sprecher der prosowjetischen Minderheits-Gruppe in der Partei auf. Ihr sind etwa fünf bis zehn Prozent der Delegierten zuzurechnen.

Er kritisierte scharf die distanzierte Haltung der Parteimehrheit gegenüber der Sowjetunion und räumte zugleich ein, daß seine politische Richtung innerhalb der Parteiführung praktisch isoliert sei. Cossutta warf den Delegierten vor, daß die in dem Parteitagsdokument vertretene Auffassung, die Oktober-Revolution spiele keine vorantreibende Rolle mehr, ungerecht und abwegig sei: „Wir haben eine große Verpflichtung gegenüber der Oktober-Revolution und dem sowjetischen Modell."

Der kommunistische Senator gab zwar „Mängel und Grenzen" in den kommunistischen Ländern des Ostblocks zu, fügte aber hinzu, daß nur dank der Existenz der Sowjetunion die Arbeiterbewegung im Westen ihren Kampf unabhängig vorantreiben könne. Die Äußerung von KPI-Parteichef Enrico Berlinguer, daß es in der internationalen Arbeiterbewegung kein Führungszentrum mehr geben könne, entwerte die Erfahrungen und die Errungenschaften der sozialistischen Gesellschaften. Berlinguers Haltung sei ungerecht, irrig und verwirrend.

In den vergangenen Monaten habe er, Cossutta, erbittert gekämpft, um seine Ansichten durchzusetzen. Aber seine Forderung, die Partei wieder auf eine prosowjetische Linie auszurichten, hatte in den vorbereitenden Konferenzen zum Parteitag nur schwache Unterstützung erhalten.

Cossuttas Beitrag wurde am Wochenende zwar von der KPdSU-Delegation mit sichtlicher Genugtuung verfolgt, doch ändert er nichts daran, daß der Parteichef Berlinguer schon in seiner Kongreßrede unter dem Beifall der Delegierten grundsätzlich deutlich gemacht hatte: Die KPI bleibe, was sie sei, autonom, keiner ausländischen Führung unterworfen.

Es zeichnete sich während des Parteitages die Sanktionierung des „Risses" mit Moskau ab. Und es war das deutlich geworden, was Cossutta am Ende so vehement kritisiert hatte: Die Relativierung der Oktoberrevolution durch den Parteitag, also durch das höchste Parteigremium.

Dies alles bedeutete allerdings keineswegs das Abrücken von kommunistischen Grundpositionen. Mit Blick auf die Sozialisten hatte KPI-Chef Berlinguer vielmehr betont: „Wir begreifen die sozialistischen Genossen sehr gut, wenn sie sagen, daß wir Kommunisten ihre Sozialistische Partei so hinnehmen müßten, wie sie nun einmal sei. Dasselbe gilt freilich auch für die sozialistischen Genossen uns gegenüber. Niemand kann uns vorschreiben, wie wir zu sein, worin wir uns zu ändern hätten. Tatsache ist, daß in Italien allein unsere Partei den Beweis echter Autonomie gegenüber allen erbracht hat."

Der Parteitag ging gestern mit den Wahlen zum Zentralkomitee zuende.

DER KOMMENTAR

Globale Sicherheit

HERBERT KREMP

Der schlichte Hinweis, daß die Vereinigten Staaten an zwei Weltmeere grenzen, an den Atlantik und an den Pazifik, hat dem Bundeskanzler den Spott der Hauptschüler der Nation eingetragen. Nun machte der amerikanische Außenminister Shultz in San Francisco deutlich, welche Konsequenzen das geographische Doppelleben nach sich zieht: Bei den Verhandlungen über die Mittelstrecken-Raketen in Genf werden die USA die asiatischen Interessen ebenso sorgfältig beachten wie die europäischen.

Diese Haltung, die nicht neu ist, aber nun noch einmal bekräftigt wurde, entspricht der globalen Verantwortung Washingtons. Mit seinen Menschenmassen, Ressourcen und seinen unterschiedlichen, teilweise prosperierenden Wirtschaften gehört Asien, gehören in Sonderheit Japan, Südostasien, China und Indien zu den bestimmenden Faktoren der Zukunft. Es gibt dort keine Verteidigungs-Gemeinschaften nach Art der NATO. Von Südkorea abgesehen, verfügen die USA seit dem Vietnam-Krieg in Asien über keine kontinentalen Stützpunkte mehr. Die Sowjetunion hingegen hat in Indochina Fuß gefaßt, und die Stärke ihrer Pazifik-Flotte nimmt zu. Mit ihren SS-20-Systemen, die heute nur zum kleineren Teil im asiatischen Gebiet des Imperiums stationiert sind, kann sie Druck entfalten und Wohlverhalten erzwingen.

Washington wird sich nicht auf Vorschläge einlassen, die Bedrohung mit knapp 5000 Kilometer reichenden Atomraketen von Europa nach Asien zu verlagern. Diese „eurozentrische" Lösung spielte und spielt in Genf eine Rolle. Moskau zielt damit auf die verletzliche Nahtstelle zwischen den globalen Verpflichtungen der USA und den regionalen Interessen der Europäer. Beide sollen mit dem Angebot, eine gewisse Anzahl von Raketensystemen weit hinter den Ural zu verlegen, in politischen Gegensatz zueinander gebracht werden. Gleichzeitig sollen die Amerikaner in Asien im Licht von Leuten erscheinen, die aus Opportunismus oder aus Schwäche nur noch eine regionale Verschiebung der Gefahr erreichen können, eine Entlastung Europas zugunsten einer Belastung Asiens.

Es versteht sich von selbst, daß die Amerikaner diesem Eindruck entgegentreten. Die Sicherheit ist ebensowenig teilbar wie die Entspannung. Moskau darf nicht ermutigt werden, den Mobilitäts-Vorteil der inneren Linie in politische Strategie umzumünzen.

Heute in der WELT

Bezahlung für Papst-Attentat gestanden?

DW. **Bonn**

Der Ende vergangenen Jahres im Taunus festgenommene Türke Musa Serdar Celebi soll gestanden haben, seinen Landsmann Ali Agca vor dem Mordanschlag auf Papst Johannes Paul II. in der Schweiz getroffen und ihm Geld übergeben zu haben. Celebi ist an Italien ausgeliefert worden.

Agca hatte bereits frühzeitig Celebi belastet, an der Vorbereitung des Papst-Attentates direkt beteiligt gewesen zu sein. Während eines Telefonats Ende April 1981, so die WELT am SONNTAG, habe Celebi ihm erklärt: „Der Weg ist frei, damit du den Papst tötest. Das Geld ist bezahlt worden."

Celebi, der auf Ersuchen der italienischen Justiz am 1. November 1982 in der Bundesrepublik Deutschland festgenommen wurde, war Vorsitzender der Nationalistischen „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa".

Bei einem heimlichen Treffen von Funktionären dieser Föderation sollen nach Informationen der WELT am SONNTAG bereits etwa 5000 Mark für Celebis Verteidigung gesammelt worden sein.

Vatikan fordert Prag zu neuen Gesprächen auf

dpa, **Wien**

Der Vatikan hofft, daß die ungelösten Fragen der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei in „offenen und fruchtbaren" Gesprächen mit den Vertretern der Prager Behörden gelöst werden können. Das geht aus einem Brief hervor, den Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli mit dem Datum vom 14. Februar an den Erzbischof von Prag, Kardinal Frantisek Tomasek, gesandt hat.

Casaroli beschäftigt sich in dem Brief vor allem mit der Gewissens- und Religionsfreiheit. Als bedeutendste Probleme werden die kirchliche Arbeit und die freie Ausübung des Priesteramtes genannt. Der Vatikan forderte die Tschechoslowakei auf, die vor zwei Jahren ins Stocken geratenen Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Nur drei der 13 Diözesen der CSSR haben einen Diözesanbischof. In drei Bistümern sind Apostolische Administratoren tätig, die übrigen Diözesen sind verwaist. Zwei Bischöfe, der Administrator von Königgrätz und der Prager Weihbischof, werden an der Ausübung ihrer Aufgaben gehindert.

Rumänien droht USA im Streit über Kopfsteuer

AFP/dpa, **Bukarest/Washington**

Der rumänische Staats- und Parteichef Ceaucescu hat scharf gegen den amerikanischen Beschluß zum Entzug der Meistbegünstigungsklausel für sein Land protestiert und mit Gegenmaßnahmen gedroht, falls Washington diese Maßnahmen nicht rückgängig machen sollte.

US-Präsident Reagan hatte Rumänien am Freitag aufgefordert, bis zum 30. Juni die neue Regelung wieder abzuschaffen, wonach Auswanderungswillige – überwiegend Deutsche und Juden – ihre Ausbildungskosten an den Staat zurückerstatten müssen. Vor hohen Militärs in Bukarest verurteilte Ceaucescu die „Großmachtpolitik gewisser Staaten". Er sagte, „repressive Maßnahmen durch wirtschaftliche und andere Sanktionen" zögen „Beschränkungen der internationalen Beziehungen" nach sich und hätten „Auswirkungen auf das Weltgeschehen".

Nach Schätzungen des US-Handelsministeriums würden Rumäniens US-Exporte, die 1982 rund 960 Millionen Mark betrugen, nach Entzug der Meistbegünstigungsklausel um 50 Prozent fallen.

Seite 2: Druck auf Ceausescu

Moskau und Warschau werfen Bonn „Revanchismus" vor

Vorwurf der Einmischung an Adresse der NATO

AP/AFP, **Moskau/Warschau**

Die Warnung vor einem angeblichen Wiederaufleben „revanchistischer Tendenzen in der Bundesrepublik" bestimmt wieder stärker die Ostblock-Propaganda. Sie fand auch Eingang in das Kommuniqué zum Abschluß des ersten Moskau-Besuches des polnischen Außenministers Stefan Olszowski seit Aussetzung des Kriegsrechts durch die Warschauer Führung.

In der Erklärung nach Olszowskis Gesprächen mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko am vergangenen Wochenende wurde auch der Vorwurf erhoben, die beklagten Tendenzen würden von offiziellen Vertretern der Bundesregierung angeheizt.

In dem Kommuniqué wird ferner betont, daß „die unangetastete Wahrung der territorial-politischen Realitäten" in Europa grundlegende Bedeutung für Frieden und Sicherheit auf dem Kontinent habe. Das beziehe sich auch auf die Grenzen Polens, hieß es.

In der Erklärung sprachen beide Seiten von einer fortgesetzten „Einmischung" der USA und anderer NATO-Staaten in die inneren Angelegenheiten Polens. Gromyko und Olszowski wandten sich gegen die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa. Die sowjetischen Vorschläge bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen wurden von ihnen als „reale Möglichkeit" bezeichnet, eine annehmbare Vereinbarung bei Einhaltung der Prinzipien des Gleichgewichts und der gleichen Sicherheit zu erreichen. Dagegen äußerten sie Besorgnis darüber, „daß die USA die Verhandlungen nach wie vor blockieren".

Mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Tichonow erörterte Olszowski die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Sowjetunion und Polens.

Der für Juni angesetzte zweite Polen-Besuch von Papst Johannes Paul II. wird „immer sicherer", erklärte am Wochenende der Primas von Polen, Kardinal Glemp, in einer Predigt vor rund 5000 Gläubigen in der Warschauer Sankt-Florian-Kirche. „Die Tage sind erfüllt mit Gebeten für unseren Papst, der mutig seine gefährlichen Reisen unternimmt", erklärte Glemp.

Beobachter rechnen damit, daß der geplante Papst-Besuch in den nächsten Tagen offiziell durch den Vatikan und die Regierung in Warschau angekündigt wird.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Demut, nicht Demütigung

Von Heinz Barth

Was zu befürchten war, ist geschehen: Das Oberhaupt der katholischen Kirche sah sich bei seinem Besuch in Managua einer entwürdigenden Behandlung durch das Regime der roten Soldateska ausgesetzt, wie sie keinem Papst seit dem Exil von Avignon widerfahren ist. Johannes Paul II. hatte, trotz unzähliger und nur allzu berechtigter Bedenken, Nicaragua in sein zentralamerikanisches Reiseprogramm einbezogen, um diese tief katholische Nation vor dem religiösen Schisma zu warnen, das ihm durch die sandinistischen Machthaber und den in der Junta vertretenen fanatisierten Teil des Klerus aufgezwungen wird.

In keinem anderen Land Latein-Amerikas, nicht einmal in Kuba, hatte es eine revolutionäre Diktatur bisher riskiert, sich an der Einheit der Kirche zu vergreifen. Es gehörte der große persönliche Mut des Papstes dazu, sich dieser Herausforderung zu stellen. Er mag gehofft haben, seine Bereitschaft, ein Stück der päpstlichen Würde für die Rettung des religiösen Friedens zu opfern, würde den Anarcho-Hysterikern Respekt abnötigen.

Doch eben die machten daraus ein peinliches Schauspiel. Um so peinlicher als ihm ein Papst ausgesetzt war, der bisher die meisten seiner Vorgänger durch seine kraftvolle Ausstrahlung übertraf. Demut gehört zu den Tugenden, die einem Stellvertreter Christi wohl anstehen. Aber sie sollte nicht über den Punkt hinaus geübt werden, wo sich die 2000jährige Institution des Papsttums einer elektronischen Demütigung vor Millionen Zeugen aussetzt. Es ist wahr, daß sich das Chaoten-Regime von Managua mit dieser entlarvenden Selbstdarstellung in der öffentlichen Meinung der zivilisierten Welt nicht genützt hat. Es hat die elementarsten Regeln der Gastfreundschaft zertrampelt. Das muß die letzten Illusionen zerstören, die sich manche linke Katholiken im Westen noch über den Sandinismus machten.

Es fragt sich nur, ob der Preis dafür nicht zu hoch war, die überzeitliche Autorität des Papstes so weitgehend zu exponieren, daß er zu einem in Schwierigkeiten geratenen Wahlredner degradiert wurde. Das sollte man sich im Vatikan bei seinen künftigen Reisedispositionen überlegen.

Druck auf Ceausescu

Von Carl Gustaf Ströhm

Präsident Ronald Reagan will Rumänien die Meistbegünstigungsklausel im Handel mit den USA entziehen. Anlaß dafür sind die neuen Bukarester Auswanderungsvorschriften, wonach Personen, die Rumänien verlassen, zuvor ihre Studien- und Ausbildungskosten in harten Devisen an den Staat zurückzahlen müssen.

Der amerikanische Schritt kommt zu einem für Rumänien wirtschaftlich wie politisch schwierigen Augenblick. Der persönliche Führungsstil Ceausescus und seiner Familie haben zu Hause wie im Ausland Kritik und Befremden ausgelöst. Wirtschaftliche Fehlentscheidungen, die sich durch die allgemeine Weltwirtschaftskrise potenzierten, haben Rumäniens Verschuldung in eine problematische Höhe getrieben. Hinzu kommt die starre Handhabung eines zentralistischen Planungssystems, das keinerlei eigener Initiative Raum lassen will.

Es wäre sicherlich falsch, das rumänische System, wie es gelegentlich im Westen geschieht, einfach als „stalinistisch" abzutun. Aber richtig ist, daß dieses System sich als äußerst unelastisch erwiesen hat – und daß es starke polizeistaatliche Elemente enthält.

Der Westen hat über die innenpolitischen „Schönheitsfehler" des Ceausescu-Regimes lange Zeit hinweggesehen. Rumänien genoß wegen seiner nationalen Unabhängigkeitspolitik sogar eine gewisse Vorzugsbehandlung gegenüber anderen kommunistischen Staaten. Jetzt allerdings stellt sich die Frage, wie es weitergehen soll.

Wenn das Bukarester Regime auf gute oder zumindest vernünftige Beziehungen zum Westen Wert legt, sollte es den Westen nicht sinnlos vor den Kopf stoßen: Die Ausreisesteuer ist aber ein solcher Akt. Denn Rumänien fand bisher ja nicht das Interesse des Westens, weil dort Ceausescu regiert, sondern weil dort eine vorsichtige Politik der Unabhängigkeit betrieben wurde. Die Gerüchte über einen sowjetisch inspirierten Militärputsch gegen Ceausescu kommen nicht von ungefähr.

Zu ungewissen Ufern

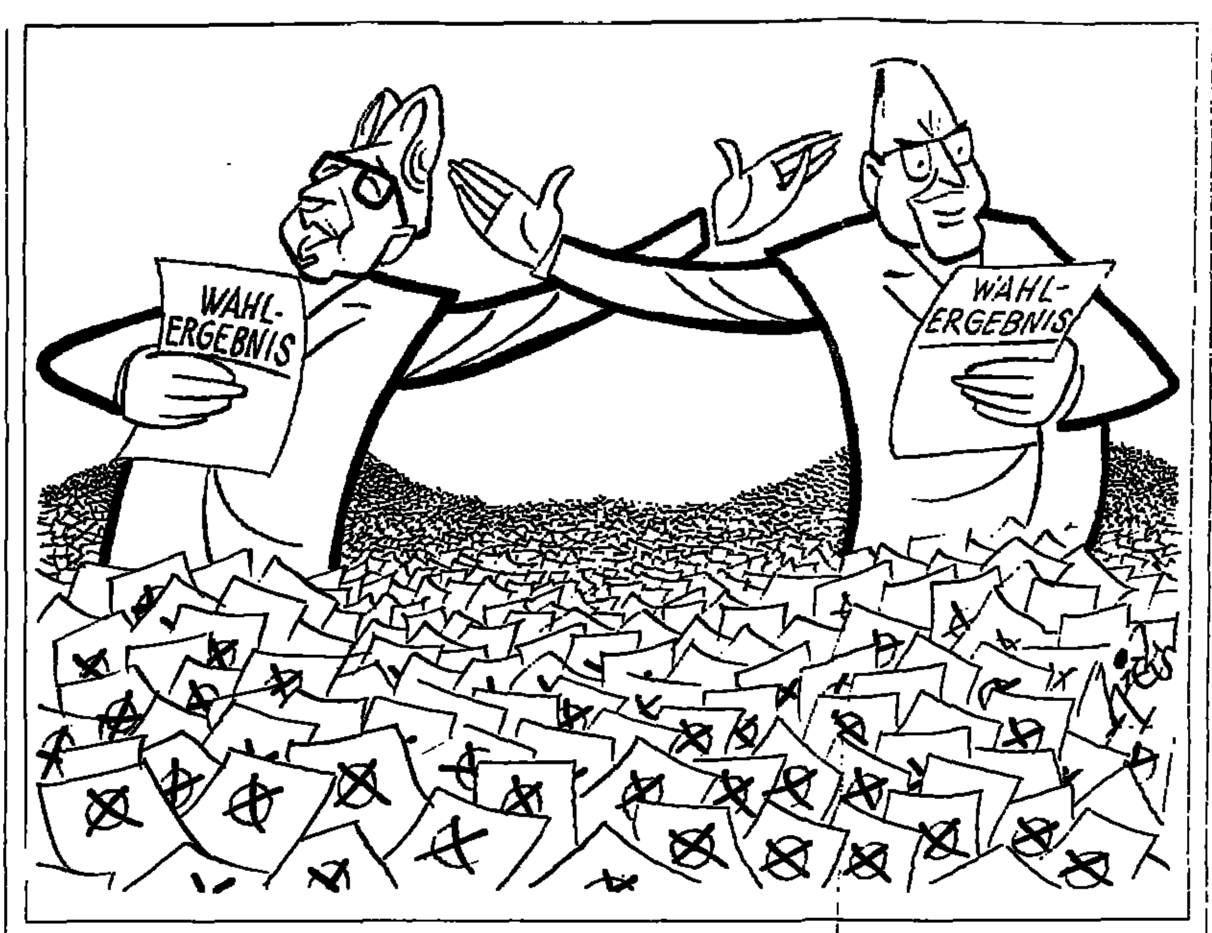
Von Manfred Neuber

Wie vom Bumerang getroffen stürzte Malcolm Fraser in Australien. Vor vier Wochen hatte er mit der Keule vorzeitiger Wahlen gegen die am Boden liegende Opposition ausgeholt, aber sein Schlag ging ins Leere. Der eigene Schwung hat ihn jetzt aus Amt und Würden gerissen. Australien kultiviert nicht gerade den Westminster-Stil in der Politik. Besonders im Wahlkampf geht es dort recht ruppig zu. Das Eingeständnis der Niederlage Frasers, ohne Wenn und Aber, empfiehlt sich jedoch zur Nachahmung. Der geschlagene Premier trat auch als Parteiführer ab.

Der Aufstieg von Bob Hawke, dem neuen Regierungschef, ist phänomenal. Trotz persönlicher Handikaps, geringer Parlamentserfahrung und nur knapp einem Monat Zeit als Oppositionsführer eroberte er die Macht im Sturm. Sein Charisma täuscht aber über die Unwägbarkeiten einer Labor-Regierung hinweg.

Die Australier haben mit ihrer Entscheidung die negativen Auswirkungen einer monetaristischen Wirtschaftspolitik gerügt und ihre Hoffnung in den Aufschwung durch einen von den Gewerkschaften garantierten Arbeitsfrieden bekundet. Wie lange wird der frühere Gewerkschaftsboß Hawke den versprochenen Burgfrieden halten können?

Der Wechsel in Australien ist ein Aufbruch zu ungewissen Ufern. Als Labour das letzte Mal regierte, endete es chaotisch: Der Generalgouverneur setzte Premier Whitlam ab. Nach sieben Amtsjahren Frasers und nahezu drei Jahrzehnten, in denen die konservative Koalition dominierte, profitierte Hawke von der Abnützung des bisherigen Systems.



„Ich hatt' einen Wahlkampfgegner, einen bessern find'st du nit . . .!"
ZEICHNUNG HICKS/COPYRIGHT DIE WELT

Kraftfeld in Bewegung

Von Joachim Neander

Sensible Menschen, die von einer Reise nach Hamburg oder Bremen in ihren süddeutschen Wohnort zurückkehren, hört man gelegentlich sagen, sie hätten das Depressive der Zeitstimmung dort oben besonders stark, fast körperlich gespürt. Wieder daheim, fühlten sie sich regelrecht erleichtert: Ganz so trist ist es doch nicht.

Natürlich ist größte Vorsicht geboten, ehe man etwas so Flüchtig-Atmosphärisches, das neben hunderterlei Zufällen auch mit Landschaft, Jahreszeit, Wetter, landsmannschaftlichem Temperament oder gar Sprache zusammenhängen mag, mit weitergehenden, vielleicht gar politischen Vermutungen beschwert. Aber am Wege solcher Gedankengänge liegen, teilweise zuwenig beachtet, auch einige handfeste Tatsachen.

So hat sich beispielsweise in den letzten 20 Jahren in der Bundesrepublik ein wichtiger demographischer Akzent verschoben. Seit etwa 1970 werden mehr katholische als evangelische Ehen geschlossen, mehr katholische als evangelische Kinder geboren. Bedeutsamer noch: Diese Entwicklung geht weiter, beschleunigt sich. 1981 kamen auf 100 Neugeborene evangelischer Eltern schon 134 auf katholischer Seite. Bei den Eheschließungen stehen 111 515 katholische 93 349 evangelischen Paaren gegenüber.

Nun muß man eine solche Feststellung sogleich relativieren. Kinderzahl und Ehebereitschaft gehen auf katholischer Seite natürlich ebenfalls zurück, auch die Entfremdung von der Kirche spielt auf beiden Seiten eine Rolle. Aber inmitten der beiden zeittypischen Strömungen – sinkende Kinderzahl und Kirchenaustritte – behauptet die katholische Seite sich offenbar erheblich besser.

Langfristig jedenfalls bleibt der katholische Bevölkerungsanteil gegenüber der schrumpfenden evangelischen Seite und den sich zunehmend aufsplitternden Gruppen der Gemeinschaftslosen und Indifferenten quantitativ erhalten.

Qualitativ nimmt seine Bedeutung dadurch sogar noch zu.

Vor vordergründiger Interpretation – etwa der, daß auf katholischer Seite die Angst vor den Nachbarn den Kirchenaustritt und die Angst vor der vom Papst verbotenen Pille die Geburtenregelung behindere – muß dringend gewarnt werden. Ehebereitschaft und Geburtenzahl sind heute sehr wohl auch Indikatoren durchaus diesseitiger Lebenseinstellung und Zukunftserwartung.

Vermitteln die Kirchen den Menschen also noch Hoffnung, Lebensbejahung? Traditionell stand dies bei den Protestanten stets deutlicher im Vordergrund. Es scheint sich umgekehrt zu haben. Die evangelische Kirche sieht sich nicht zuletzt durch ihre teilweise panikartige Öffnung gegenüber gesellschaftlichen und politischen Zeitströmungen heute einer Erosion ausgesetzt, die alle Befürchtungen übertrifft. Zwar ist die Flut der Kirchenaustritte auch hier etwas gebremst worden, aber 1981 war beispielsweise in Hamburg schon an jeder zweiten Eheschließung (in Schleswig-Holstein an jeder vierten) mindestens ein Partner beteiligt, der keiner Glaubensgemeinschaft mehr angehört. In den süddeutschen Ländern liegt diese Zahl außer in Hessen nirgendwo höher als zehn Prozent.

Dies führt zu einem anderen Gedanken. Die Entwicklung der Ehe- und Geburtenzahlen folgt nicht nur einem konfessionellen, sondern auch einem geographischen Trend von Nord nach Süd. Baden-Württemberg und Bayern haben ihren Anteil in beiden Bereichen in den letzten 20 Jahren deutlich erhöht, während die norddeutschen Länder sinkende Tendenz zeigen und Nordrhein-Westfalen trotz seines relativ hohen katholischen Bevölkerungsanteils stagniert.



Süd-Nord-Gefälle des Optimismus: Kirchgänger in Augsburg
FOTO: JÖRG PETER MAUCHER

Dies steht natürlich in engem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung ist in diesen beiden Jahrzehnten in Süddeutschland erheblich stärker gestiegen als im Norden und Westen. Mit Ausnahme des Saarlandes scheinen die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz auch in der Krise stabiler zu sein (Produktion und Arbeitslosigkeit). Dies ist sicher in der Hauptsache nicht ihr Verdienst. Es hat seine Gründe vor allem in der Struktur. Die raschere Industrialisierung vor hundert Jahren in Preußen und im Norden fordert jetzt ihren Preis. Der Süden mit seinen konservativeren, mittelständischen Strukturen war für die zweite industrielle Revolution nach 1945 besser ausgerüstet.

Wieweit dies langfristig auch politische Bedeutung hat, ist noch ungewiß. Zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik sind die Anführer der politischen Hauptlager deutlich geprägte süddeutsche Katholiken (beim Professorensohn Hans-Jochen Vogel ist der Geburtsort Göttingen nicht von bestimmender Bedeutung), und mit dem Egerländer Peter Glotz neben den Südlichtern Geißler und Stoiber haben die Sozialdemokraten auch auf der Ebene der Generalsekretäre einen interessanten geographischen Akzent gesetzt.

Der deutsche Nationalstaat von 1871 wurde von Preußen aus, mit gespanntem Blick gen Süden und Westen, konzipiert. Die wirtschaftliche und die demographische Entwicklung, zusammen mit Veränderungen des politisch-psychologischen Klimas, könnten hier die Verschiebung eines ganzen Kraftfeldes signalisieren.

IM GESPRÄCH Mayer-Vorfelder

Reformator der Reformen

Von Xing-Hu Kuo



Prügel zum Geburtstag: Minister Mayer-Vorfelder
FOTO OSTERTAG/DPA

Für Schlagzeilen ist „MV" immer gut. Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU), der baden-württembergische Kultusminister, durfte sie – diesmal unfreiwillig – sogar zu seinem Fünfzigsten genießen: Die Opposition und die Zeitungen des Landes überzogen ihn mit heftiger Kritik. Vordergründiger Anlaß: Ein hoher Kultus-Beamter hatte Berufsschüler gebeten, Papiergirlanden und dergleichen zu Ehren des Ministers herzustellen. Während SPD und FDP sowie Grüne von einer „geschmacklosen Entgleisung, einem lächerlichen Verhalten und hanebüchenen Huldigungen" sprachen, nannte ein Ministeriumssprecher die Angriffe „kleinkariert". Jedenfalls geriet die Geburtstagsfeier im Ministerium etwas frostig.

„MV" ist immer schon seit seinem Amtsantritt als Kultusminister im Jahre 1980 wie kaum ein anderer Landespolitiker Zielscheibe der Kritik gewesen. SPD-Chef Ulrich Lang nannte ihn im Landtag sogar ein „bildungspolitisches Sicherheitsrisiko". Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die ihn beim Amtsantritt noch als „fairen" Politiker begrüßt hatte, ist inzwischen ebenfalls auf große Distanz zum obersten Chef aller Landes-Lehrer gegangen.

Ungewöhnlich ist in jedem Fall, mit welcher Energie und Geschwindigkeit Mayer-Vorfelder seit zwei Jahren versucht, die Reformwut der letzten zwanzig Jahre zu bremsen, die Überbürokratisierung im Schulwesen abzubauen und die Lehrpläne zu vereinfachen. Auch seine Bemühungen, „konservativen" Bildungswerten („MV" selbst bezeichnet mit Stolz seine Politik als „konservativ") wieder einen Platz an den Schulen des Landes zu verschaffen, haben ihm die Feindschaft aller „fortschrittlichen", also aller linken Kräfte in den Oppositionsparteien, Verbänden und Gewerkschaften eingebracht.

Dabei sind zumindest einige Entscheidungen und Vorhaben des Ministers auch bundesweit bemerkenswert: Rund 3000 Schulerlasse wurden beseitigt, die Lehrpläne vereinfacht und verständlich gemacht, in den Schulen sollen wieder richtiges Lesen und Schreiben sowie das Einmaleins ihren früheren Stellenwert bekommen. Andere Vorschläge wiederum sind recht umstritten, wie etwa die Stärkung der Position des Schulleiters und einige Änderungen im Schulgesetz.

„MV" kann jedoch rückblickend mit seiner Laufbahn zufrieden sein: Der am 3. März 1933 in Mannheim geborene Minister (katholisch, verheiratet, 3 Kinder) ist ein sogenannter „Senkrechtstarter". Der Jurist erklomm rasch die politischen Stationen: Landrat in Nürtingen, Erfahrungen im Innen- und Staatsministerium bis 1978 (unter Hans Filbinger), Staatssekretär im Staats- und Finanzministerium und – zur großen Überraschung aller Landes-„Experten" in Stuttgart – Kultusminister im Jahre 1980. Seitdem wird um „MV" gewirbelt, als sei er der Nabel der Welt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Das Blatt befaßt sich mit dem Vorwurf, die geplante Volksbefragung sei eher ein „Volksverhör":

Niemand läßt sich gern ausfragen. Fragebogen sind unbequem. Ein Hauch von Indiskretion umgibt sie. Doch das alles erklärt nicht die Aufgeregtheit, die wegen der Volkszählung am 27. April aufbrandet, geht es wirklich, wie die Grünen und die intellektuellen Sensibelchen uns einreden wollen, um ein Voksverhör, um Eingriffe in die Privatsphäre? . . . Natürlich wird man darüber streiten können, ob diese oder jene Frage bei der Volkszählung notwendig ist. Doch alle Einwände rechtfertigen nicht den Boykott der Zählung. Wer etwa den Kindermord von Bethlehem als Indiz für die Fragwürdigkeit aller Volkszählungen einbringt, dokumentiert nur, daß er mit allem, was Staat ausmacht, grundsätzlich auf Kriegsfuß steht. Hinter dem Volkszählungsboykott steht Staatsverdrossenheit – wenn nicht mehr.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Hier heißt es über die Volksbefragung:

Wie beteuert wird, geht es Bund, Ländern und Gemeinden bei ihrer Fragebogenaktion nicht um Schnüffelei. Dies ist glaubhaft. Andererseits stimmt doch bedenklich, daß beispielsweise in Bayern Tausende von Volkszählern Geldprämien für den Fall zugesichert bekommen haben, daß sie nicht gemeldete Ausländer (fünf Mark) oder nicht angemeldete Deutsche (2,50 Mark) ausfindig machen. Hier beginnen die Grenzen bedenklich zu verwischen.

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt kritisiert den Kleinmut der Gewerkschaften, die dem Job-Sharing sehr skeptisch gegenüberstehen:

Die Gewerkschaften befürchten, daß die Arbeitsplatzaufteilung auf zwei oder mehrere Personen zu einer Verschärfung der Arbeitsbedingungen führt. Die Arbeitnehmer, so argwöhnen sie, würden gezwungen, in einer Art Rotationsprinzip dafür einstehen zu müssen, den Arbeitsplatz permanent „besetzt" zu halten. Einer vom Team müßte also jederzeit „abrufbereit" sein, wenn ein anderer – etwa wegen Krankheit – ausfällt. So ist es teilweise in den USA, wo Arbeitgeber mit einer Gruppe einen Vertrag schließen, wie es auch in der Bundesrepublik mit Akkordkolonnen üblich ist. Wenn die Gewerkschaften schwächer wären, als sie sind, müßte man für ihre Befürchtungen ein offenes Ohr haben. Die Arbeitgeber könnten das Überangebot der Arbeitsnachfrage dazu nützen, durch Arbeitsplatzaufteilung sogenannte „Fehlzeiten" nahezu vollständig auszuschließen – wenn es eben nicht die Gewerkschaften gäbe, die den „sozialen Beistand" auch für Teilzeitarbeitende zu sichern vermögen. Das Nein der Gewerkschaft ist nicht nur kleinmütig, sondern auch stur.

Frankfurter Allgemeine

Zur Lage der Deutschen in Rumänien stellt das Blatt fest:

Die deutsche Volksgruppe in Rumänien ist die letzte in Osteuropa, die eine Überlebenschance hätte. Die Deutschen in Ungarn sind in hohem Maße madjarisiert. Aber unaufhaltsam schmilzt die Minderheit dahin. 1978 zählte man in Rumänien noch 360 000 Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben; heute sind es nur noch knapp 300 000 – jedes Jahr haben seither über 12 000 Deutsche das Land verlassen; sie sind zum allergrößten Teil in die Bundesrepublik gegangen. Hätte der rumänische Staat sie im Lande halten können? Vielleicht – wenn er ihre Lebensbedingungen, nicht nur die materiellen, verbessert hätte. . . . Die schlechtere Versorgung mit Lebensmitteln, überhaupt mit Konsumgütern, trifft alle Bewohner des Landes. Aber unter den Rumäniendeutschen verstärkt sie die von Bukarest *festgesetzte* Ausreise-Abgabe, die in vielen Fällen *phantastische* Höhen erreicht.

Wenn das Auge des Roten Bruders auf einen Schüler fällt . . .

In der „DDR" werden schon die Grundschüler auf eine Offizierslaufbahn programmiert / Von Gregor Kondek

Immer neue Aufrufe, ermunternde Artikel und öffentlich geleistete „freiwillige Erklärungen" zur Erhöhung der Kampfkraft (WELT vom 28. 02. 83) machten in den letzten Wochen mehr und mehr deutlich, wie die Militarisierung des Lebens in der „DDR" und in Ost-Berlin um sich greift. Hinter diesem propagandistischen Trommelfeuer aber, das die jungen Leute in die Arme der Nationalen Volksarmee (NVA) treiben soll, hinter all dem Wirbel gibt es einen verdeckten Prozeß. Ost-Berlin hat ein System der Manipulation entwickelt, dessen einziges Ziel die „freiwillige Selbstverpflichtung" für den Soldaten auf Zeit (Berufssoldat) ist.

Auf Anweisung des Ministeriums für Volksbildung, das von Margot Honecker geführt wird, hat der ihr unterstellte Apparat eine „militärische Kaderförderung" – so der offizielle Sprachgebrauch – aufgebaut, die an Orwellsche Techniken der Manipulation erinnert. Nach Berichten von Lehrern aller Unterrichtsstufen aus der „DDR" und Ost-Berlin funktioniert dieses System so: Die jeweiligen Klassenlehrer der ersten bis vierten Klassen sind verpflichtet, über jeden männlichen Schüler (der Sechs- bis Zehnjährigen) eine genaue Kartei zu führen. Auf den Karteikarten müssen folgende Daten und Beurteilungen enthalten sein.

1. Beurteilungen der sozialen Herkunft des Schülers und die vermutliche gesellschaftspolitische Einstellung des Elternhauses;

2. die geistige Auffassungsgabe des Schülers und die Art und Weise seines Umsetzungsvermögens bzw. die Anwendung erworbenen Wissens;

3. die körperliche Konstitution des Kindes und seine sportlichen Begabungen und

4. Hat der Schüler Führereigenschaften, und wie setzt er sich dem Kollektiv gegenüber durch?

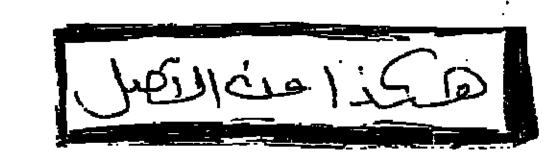
Die Daten dieser Erfassung müssen in den unteren Klassenstufen alljährlich in einem Bericht zusammengefaßt und an die Schulleitung abgeliefert werden.

Entsprechend diesen Beurteilungen setzt dann mit Beginn des fünften Schuljahres eine gezielte außerschulische Förderung jener Jungen ein, an denen die Armee interessiert ist. So werden die Jungen zu Ferienlagern eingeladen, in denen die militärsportliche Ertüchtigung einen Vorrang hat; naturwissenschaftlich begabte Schüler werden, wenn bereits eine militärische Begabung prognostiziert wurde, zu speziellen Wissensspartakiaden eingeladen, bei denen wiederum der militärische Aspekt im Vordergrund steht. Eine derartige Förderung sowie eine halbjährliche Beurteilung durch den Klassenlehrer über die Weiterentwicklung, die durch die außerschulischen Beurteilungen ergänzt werden, erstreckt sich bis zur Vollendung des 14. bzw. 15. Lebensjahres – dem Abschluß des achten Schuljahres.

Nach einer solchen vier Jahre währenden verdeckten Manipulation werden die männlichen Schüler mit Beginn des neunten Schuljahres in einem noch engeren Auswahlverfahren unter gleichen Beurteilungskriterien gefördert. Diese Jungen werden häufiger als ihre Jahrgangskameraden zu außerschulischen Veranstaltungen wie Ferienreisen, Abenteuerlagern und auch zu Besuchen des sozialistischen Auslands eingeladen. Sie erhalten sonst nicht üblichen Zugang zu Informationen und genießen auch materielle Begünstigung, Sonderzuteilungen an Südfrüchten, Sportbekleidungen, und erhalten wertvolle Buchgeschenke.

Das bedeutet, daß der Jugendliche am Ende des zehnten Schuljahres – also mit 16 bis 17 Jahren –, derartig dirigiert und manipuliert, es für selbstverständlich ansieht, sich für eine Offizierslaufbahn bei der Nationalen Volksarmee zu verpflichten. Die Jugendlichen – so darauf vorbereitet – geben „freiwillig" eine Erklärung ab, daß sie nach dem Abitur die Offizierslaufbahn einschlagen wollen. Den Propagandisten einer solchen Politik ist es natürlich völlig gleichgültig, daß hier Minderjährige eine solche Erklärung abgeben, ohne daß die Eltern gefragt worden wären.

Über alle diese Maßnahmen haben die damit betrauten Personen – Lehrer, Pionierleiter und FDJ-Organisatoren – strengstes Stillschweigen zu bewahren. Klassenlehrern, die sich in der Vergangenheit geweigert haben, eine derartige illegale Beurteilungskartei zu führen, wurde die Klassenleitung entzogen; in einzelnen Fällen kam es zu Strafversetzungen und zur Entlassung aus dem Dienst.



Albanien ist Stalin auch heute noch treu

AFP, Wien/Tirana

Mit einer Reihe von Konferenzen und Ausstellungen über das „unsterbliche Werk Stalins" gedenkt Albanien des 30. Todestages des sowjetischen Diktators, der nach einer Formulierung der amtlichen Nachrichtenagentur ATA „das großartige Werk Lenins mit Treue und Würde fortgesetzt hat".

Fünf Tage nach Stalins Tod 1953 hatte der albanische Parteichef Enver Hodscha den Lehren Stalins unvergängliche Treue gelobt. Er hat Wort gehalten. Das nach außen abgeschirmte Albanien ist heute das einzige kommunistische Land, in dem der Stalinismus offiziell praktiziert wird. In welchem Maß Albanien als „ideologische Zitadelle" das stalinistische Modell fortsetzt, wird in Hodschas Buch dokumentiert, das 1979 zum 100. Geburtstag des „großen Marxisten-Leninisten Josef Stalin" veröffentlicht wurde. Die darin enthaltenen Hinweise auf Stalins politisches Vermächtnis reichen von der Forderung nach einer „Vertiefung der Diktatur des Proletariats" und einer weitgehend autarken Wirtschaft, in der die Schwerindustrie Priorität hat, bis hin zur Notwendigkeit einer gnadenlosen Bestrafung „der inneren Feinde und der Agenten der Subversion von außen". Daß sich Hodscha an die „Pflicht" zur Züchtigung von Abweichlern hält, zeigen die „Säuberungen" in seiner Partei.

Dem Treuebekenntnis zu Stalin entspricht auf der anderen Seite die Verurteilung all jener, die „sein Andenken beschmutzt" haben. Da werden Chruschtschow und Breschnew, Sacharow und Solschenizyn unterschiedslos kritisiert. Stalins „Klarsicht, Güte, Fähigkeit und Gerechtigkeitssinn" wird gelobt. Hodschas grenzenlose Bewunderung für den „geliebten Freund der unterdrückten Völker" wurde nie getrübt durch die geringe Bedeutung, die ihm von seinem sowjetischen Vorbild beigemessen wurde. Aus Stalins Sicht war die albanische KP nichts anderes als eine Filiale der jugoslawischen Partei, Hodscha nichts als ein Intellektueller bürgerlicher Herkunft.

Tokio: Offizier zu Putsch-Plänen

AP, Tokio

Berichte des Abgeordneten Yanosuke Narazaki über einen 1980 angeblich geplanten Staatsstreich in Japan sind durch einen Zeitungsbericht gestützt worden. Ein ungenannter Luftwaffenoffizier gab in der Tageszeitung „Tokio Shimbun" an, in Teilen des Militärs habe Einvernehmen darüber bestanden, daß man nicht länger zusehen könne, wie das Ansehen der Streitkräfte schwinde. Man habe die japanische Öffentlichkeit durch einen Staatsstreich aufrütteln und zugleich der Korruption in der damaligen politischen Führung ein Ende machen wollen. Nach Darstellung der Zeitung war der Offizier einer von rund 180 an der Verschwörung beteiligten Militärs, die die Besetzung des Parlaments, der Residenz des Regierungschefs und der Sendezentrale des Rundfunks in Tokio veranlassen wollten.

Der große Diktator steht noch auf manch einem Sockel

Von FRIED H. NEUMANN

Plötzlich stand ich Stalin gegenüber. Die richtige Tür im halbdunklen Flur einer Moskauer Wohnung suchend, war ich bis zu dem Winkel geraten, in dem seine Büste aufbewahrt wurde: fast mannshoch der Sockel, darüber in natürlicher Größe der Bronzekopf mit der kräftigen Nase und dem Schnauzbart.

Etwas verlegen erklärte mir der Besitzer, zum Einschmelzen sei ihm die Büste zu schade gewesen. Er hatte sie aus seinem Institut nach Hause schaffen lassen, als Chruschtschow die „Entstalinisierung" betrieb. Ganz unpassend zu dieser Rettungstat fiel mir der Buchtitel „Aufbewahren für alle Zeit" ein. Unpassend, weil der Stempel mit dieser Aufschrift einst auf die Strafakten von Stalin-Opfern kam, wie es Lew Kopelew autobiographisch beschrieben hat. In irgendwelchen Archiven werden sie gewiß immer noch aufbewahrt. In wieviel Wohnungswinkeln und Schubladen, in wieviel Köpfen mag die verklärende Erinnerung an den „großen Führer", den „weisen Lehrer der Völker" weiterleben 30 Jahre nach seinem Tod am 5. März 1953?

Der Kaderchef einer Behörde ließ bis zu seiner Pensionierung vor einigen Jahren das Stalin-Porträt in seinem Büro hängen. Es hatte schon die Wand über seinem Schreibtisch geziert, als er noch GULag-Angesteller in einem Arbeitslager war. Niemand verwehrte ihm diese Anhänglichkeit. Einer Moskauer Lehrerin, bei Stalins Tod gerade 13 Jahre alt, zeigte ich eine westliche Biographie des Diktators. Sie beherrschte die Sprache nicht, aber die Fotos betrachtete sie mit gerührter Freude. Das Überraschendste: Selbst frühe Jugendbildnisse Stalins konnte sie auf Anhieb richtig datieren, und als sie auf das Bild seiner Mutter stieß, hörte ich sie den georgischen Namen flüstern: Jekaterina Dschugaschwili . . .

Gelegentlich finde man in Georgien noch eine „Stalin-Straße", schrieb der nonkonformistische Historiker Roy Medwedjew, und in einzelnen Museen würden kleinere Erinnerungsstücke aufbewahrt. Auch ohne Denkmäler gilt der Genosse Jossif Wissarionowitsch in seiner Heimat weiterhin als großer Sohn und Held des Volkes. Und die meisten Fernfahrer, die mit einem Stalin-Porträt in der Kabine die Sowjetunion durchqueren, stammen aus den Bergländern hinter dem Kaukasus.

Wo solche nationalen Gefühle nicht im Spiel sind, nähren oppositionelle Regungen die positive Erinnerung. Die Verehrung, mit der in privaten Gesprächen manchmal des fürchterlichen Diktators gedacht wird, ist ein Protest gegen das Regiment der Nachfolger. Es wird von Unordnung und Zügellosigkeit gesprochen, die sich ausgebreitet hätten. Solche Schlamperei sei „früher" undenkbar gewesen. Jedermann wußte doch, daß harte Bestrafung nicht nur angedroht, sondern rücksichtslos angewandt wurde.

Die eigenen Erinnerungen idealisierend, bestehen manche darauf, im Gegensatz zu heute seien die Geschäfte gefüllt, das Leben billig zu bestreiten gewesen. „Jedesmal im Frühjahr gab es eine Preissenkung!" behauptet eine alte Frau steif und fest, so daß ihre Tochter nur den Kopf schütteln kann: „Wie soll denn so was möglich sein?"

Im allgemeinen ist das Bild durchaus gemischt. Gibt es doch kaum eine Familie, die von Stalins Massensäuberungen, den Gefängnissen und Straflagern verschont geblieben wäre. Als Bruchstücke der Vergangenheit tauchen Einzelheiten in den Gesprächen auf, die man nicht noch einmal erleben möchte: Denunziation und Jagd auf „Volksfeinde", despotischer Zwang und vollständige Kollektivierung des Individuums. Aber bis in die Gegenwart hinein ist der Begriff „sozialistische Gesetzlichkeit" auffallend blaß und nichtssagend geblieben; einen deutlichen Gewinn an Rechtssicherheit will kaum jemand bestätigen. Der größere Spielraum für den einzelnen und der höhere Lebensstandard zählen dagegen als deutlicher Gewinn.

Die Jüngsten, soweit sie aufgeschlossen sind und geschichtliches Interesse zeigen, beneiden ihre Eltern um das Erlebnis der frühen sechziger Jahre. Eine Flut von Veröffentlichungen, überragt von Solschenizyns „Tag im Leben des Iwan Denissowitsch", schwemmte die Fassaden des Stalin-Regimes fort und enthüllte, immer noch dosiert, manche Wahrheit.

Den Jungen von heute geht es wohl weniger um die unvorstellbare, unbegreifliche historische Figur Stalin oder um die begrenzte Aufdeckung seiner Verbrechen durch den Nachfolger Chruschtschow. Sie ahnen die Aufbruchstimmung, die sich im Tauwetter der Entstalinisierung entfaltete, die damaligen Hoffnungen auf eine gerechtere, freiere Entwicklung. Um so deutlicher empfinden sie, daß sie in stikkiger Stagnation aufwachsen. Unter Lehrlingen und Schülern grassiert bitterer Zynismus. Selbst für eigene Gedanken ist der Weg verbaut, und was sie denken sollen, verlachen sie verächtlich. Es darf nur niemand bemerken: So täuschen sie Konformismus vor, bis sie ihm erliegen. Nur wenige wagen den Ausbruch.

In Lehrbüchern kaum ein Wort über Stalin

Reglementiert wie der Weg in die Zukunft ist der Blick in die Vergangenheit. Die Jungen wissen, es war vieles anders und alles viel komplizierter, als ihnen das offizielle Geschichtsbild in manipulierter Eindeutigkeit suggeriert. Aber sie wissen nicht, wie es war. Was zum Beispiel erfahren sie aus ihren Geschichtsbüchern über Stalin? Drei Jahrzehnte war er an der Macht, er wurde beweihräuchert wie kaum ein anderer in der Menschheitsgeschichte, aber heute kommt er in den Lehrbüchern kaum vor. Die Entstalinisierung hat ihn verschluckt.

Nach dem Tode des Titanen Lenin führt und handelt nur noch ein anonymes, immer unfehlbares Kollektivgebilde – die Partei. Wird Stalin doch einmal genannt, geschieht es in Verbindung mit anderen „hervorragenden Parteischaffenden", und dank des Alphabets taucht Stalin in der Reihe erst weit hinten auf. Obwohl die Geschichte des Landes, die da beschrieben wird, von ihm allein beherrscht wurde, begleitet keine kritische Einschränkung diesen Weg; alles, was geschah, war richtig, notwendig und führte zum Erfolg. Die Opfer der revolutionären Umgestaltungen, seien es Kapitalisten und Kulaken als „Klassenfeinde" oder „Parteifeinde" wie Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Bucharin oder Rykow gewesen, waren historisch im Unrecht und fielen deshalb zu Recht. So verbreiten die Lehrbücher Stalinismus ohne Stalin und rechtfertigen die Diktatur.

Bis auf eine Ausnahme: anderthalb Seiten am Ende des Lehrbuches „Geschichte der UdSSR", das bis 1937 reicht, beschäftigen sich mit den „negativen Erscheinungen des Personenkultes". Da wird sogar Lenins Warnung vor Stalin aus dem Jahre 1922 kurz und milde zitiert, und die Schüler erfahren, daß bei aller Gesetzmäßigkeit geschichtlicher Entwicklungen „negative individuelle Charakterzüge" führender Personen schlimme gesellschaftliche Auswirkungen haben können: Stalin habe seine Verdienste „maßlos überschätzt" und sei von seiner Unfehlbarkeit überzeugt gewesen.

Seine „falsche These" vom verschärften Klassenkampf im Sozialismus, fast als Charakterfehler eingestuft, habe „grobe Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit" ermöglicht. Dem „Personenkult" wird auch zugeschrieben, daß die Organe der Staatssicherheit, wie der Terrorapparat der Geheimpolizei euphemistisch umschrieben wird, vom „Karrieristen" Jeschow und vom „politischen Abenteurer" Berija mißbraucht werden konnten. Deren „verlogene Beschuldigungen" hätten zur „Repression" gegen viele hervorragende Partei- und Staatsfunktionäre sowie gegen bekannte Militärkommandeure geführt.

Nach diesem rhetorisch kraftvollen, in der Sache aber sehr flüchtigen Ausflug in den Subjektivismus folgt das tröstliche Finale, das den ehernen Gesetzen der geschichtlichen Entwicklung wieder zu ihrem Recht verhilft: Zwar habe die „Massenunterdrückung" die Partei „ernsthaft geschädigt", aber „Wurzeln und Wesen des sozialistischen Staates" seien davon unberührt geblieben.

So wird Stalinismus heute in der Sowjetunion, nicht nur in Lehrbüchern, parteioffiziell dargestellt. Es war alles halb so schlimm, weil es der „großen Partei" gelang, alle negativen Erscheinungen zu überwinden, und irgendwie gelang ihr das sogar noch zu Lebzeiten Stalins. Dank solcher dialektischer Kunstfertigkeit geistert der Diktator schemenhaft und merkwürdig substanzlos durch das Geschichtsbild.

Nachfolger Chruschtschow wurde zur Unperson

Seine „Fehler" schmälern die Verdienste nicht, die er sich in heutiger Sicht vor allem als Führer im Großen Vaterländischen Krieg erwarb. Angesichts des patriotisch-kommunistischen Ideologie-Amalgams, das Partei- und Militärführung miteinander verbindet, ist die Würdigung des Feldherrn Stalin nicht erstaunlich. Er taucht in Dokumentar- und Spielfilmen auf und grüßt über das Fernsehen auch gelegentlich in die Wohnzimmer, er wird in Büchern und Artikeln genannt. Das periodisch wiederkehrende Stalingrad-Gedenken trägt zur positiven Würdigung seines Namens bei: Wolgograd ist nur eine geographische Bezeichnung, Stalingrad ist zum Mythos geworden.

Der sprunghaft-wechselvolle Kurs Chruschtschows und sein fahrlässiger Reformeifer wiegen im historischen Sündenregister der Partei deshalb viel schwerer als die „Fehler" Stalins. Der „Entstalinisierer" des 20. Parteitages von 1956, der fünf Jahre später auch noch dafür sorgte, daß der Leichnam des Diktators aus dem Lenin-Mausoleum entfernt wurde, ist heute wahrhaftig eine Unperson. Ihm gilt eisiges Schweigen.

Das entsprechende Geschichtslehrbuch bringt es fertig, ganz ohne seinen Namen auszukommen. Obwohl es den 20. Parteitag breit behandelt, ignoriert es Chruschtschows Enthüllungen über Stalin völlig. Die stets verschlossenen Tore des Nowodewitschi-Friedhofes machen seine Ruhestätte unzugänglich, während das Grab Stalins an der Kremlmauer mit einer weithin sichtbaren Büste geschmückt wurde.



Im georgischen Gori ist Stalin ein ganzes Museum gewidmet. An Verehrern mangelt es auch 30 Jahre nach dem Tod des Diktators nicht.
FOTO: DIETRICH MUMMENDEY

Die Stuttgarter Schlacht um den Ladenschluß

Von WERNER NEITZEL

Machen wir Stuttgart doch zum Kurort, dann wäre das Problem gelöst." Dieser nicht ganz ernst gemeinte Vorschlag des um Gags nie verlegenen Oberbürgermeisters Manfred Rommel zielt auf die Kurorten zugestandene größere Flexibilität bei den Ladenöffnungszeiten. Schließlich könne die baden-württembergische Metropole nach Budapest das zweitgrößte Mineralwasser-Vorkommen in Europa vorweisen.

Rommels Problem heißt „Klett-Passage". In dieser nach seinem Amtsvorgänger Arnulf Klett benannten 200 Meter langen unterirdischen Einkaufsstraße direkt vor dem Stuttgarter Hauptbahnhof sollen von Beginn nächsten Jahres an die Ladentüren nicht mehr nach einer vor sechs Jahren erteilten Sondergenehmigung, sondern – wie allgemein üblich – um 18.30 Uhr geschlossen werden.

Damit würde eine bisher in der Bundesrepublik einmalige Einkaufsattraktion zwangsweise auf Normalmaß zurückgestutzt. Ein im vergangenen Jahr ergangenes Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zwingt die Stadt Stuttgart zur Zurücknahme der Ausnahmeregelung. Zwei in der benachbarten Königstraße ansässige Einzelhändler waren durch den langen Instanzenweg mit der These gegangen, ihnen entstünden durch die Geschäfte der Klett-Passage und ihre längeren Öffnungszeiten Wettbewerbsnachteile. Zwar wurden die Klagen letztlich zurückgewiesen, doch wurde zugleich die Rechtswidrigkeit des städtischen Vorgehens bei der Erteilung der Sondergenehmigung festgestellt.

Oberbürgermeister Rommel, der nach wie vor zu den Befürwortern der Einkaufspassage zählt, sieht indes noch ein kleines Fünkchen Hoffnung. Der Bundestag müßte sich zu einer entsprechenden Ergänzung des aus dem Jahre 1956 stammenden Ladenschlußgesetzes durchringen, die Ausnahmeregelungen für Knotenpunkte des Verkehrs zuläßt – und ein solcher ist das Areal der Klett-Passage. Rommel: „Ich halte es für einen Testfall, ob der Wunsch örtlicher Politiker in Bonn Gehör findet." Er spielt damit auf die bisher fehlende Bereitschaft des Gesetzgebers zu einer Novellierung des Gesetzes an, das Johannes Jaschik, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AGV), „Ladenkurzschlußgesetz" nennt.

Rommel wie Jaschik verweisen dabei auf die „Allianz" der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels und der Gewerkschaften (DAG und HBV) gegen derartige Ergänzungs- oder Novellierungsabsichten. Immerhin wird aber im parlamentarischen Raum da und dort an neuen Lösungen gebastelt. So arbeitet beispielsweise auf seiten der Union der Stuttgarter Abgeordnete Roland Sauer an einem entsprechenden Gesetzentwurf.

Doch die Einheitsfront von Einzelhandelsverbänden und Gewerkschaften steht, wenngleich aus ziemlich unterschiedlichen Beweggründen. Während die Einzelhandels-Verbandsfunktionäre im Falle einer weiteren Liberalisierung des Ladenschlusses eine Verzerrung des Wettbewerbs zugunsten der kapitalstarken Großunternehmen befürchten, führen die Gewerkschaften soziale Schutzmomente für die Beschäftigten im Einzelhandel ins Feld.

In Anbetracht dieser beinahe aussichtslosen Lage sehen die Ladeninhaber und Gastronomen jener bisher mit Sonderrechten versehenen Stuttgarter Einkaufszone ihre letzte Hoffnung in der Wirkung einer großangelegten Unterschriften-Aktion. Über 135 000 Bürger haben sich bisher mit ihrer Unterschrift hinter die an die Politiker gerichtete Forderung „Rettet die Klett-Passage" gestellt.

Frank Steinmann, Stuttgarter Einzelhändler und Sprecher der Mietervereinigung der Klett-Passage, will das überwältigende Votum der Unterschriften-Aktion dazu einsetzen, entsprechende politische Vorstöße zu stärken. Seine Absichten zielen auf „geringfügige Ergänzungen" des bestehenden Gesetzes ab: An einigen bedeutenden Verkehrsknotenpunkten und Großflughäfen, wo Nah- und Fernverkehrsverbindungen zusammentreffen, sollten Ausnahmeregelungen möglich gemacht werden. Eine derartig bedeutsame Drehscheibe für den gesamten Verkehr des industriestarken und bevölkerungsreichen Ballungsraums Mittlerer Neckar sieht Steinmann im Areal des Stuttgarter Hauptbahnhofs.

Die Klett-Passage, für die die Einkaufspassage „Shopville" am Züricher Hauptbahnhof als Modell diente, umfaßt weit mehr, als gemeinhin unter Reisebedarf zu verstehen ist. Die Angebotspalette reicht von Lebensmitteln aller Art bis hin zu Bekleidung, Schmuck, Fotoartikeln, Reisebuchungen und anderes mehr. Dabei beherbergt die Klett-Passage praktisch nur Filialen in der Stadt ansässiger Geschäfte. Wie wichtig für sie der Abendverkauf sei, zeigt sich nach Angaben Steinmanns darin, daß in diesen Läden ein Viertel des Umsatzes in der Zeit zwischen der „normalen" Ladenschlußzeit 18.30 Uhr und 22 Uhr getätigt wurde. Der Mehrumsatz wiege höhere Kosten bei weitem auf und sei für die meisten Geschäfte eine unabdingbare Existenzgrundlage. Nicht zuletzt würde etwa die Hälfte der insgesamt rund 200 Arbeitsplätze verlorengehen, müßten die Läden der Klett-Passage früher schließen.

Für viele der Beschäftigten, die tagsüber wegen Haushalt und Kinderversorgung unabkömmlich sind, bedeutet dieser Arbeitsplatz, wie die Verkäuferin in einem Bekleidungsgeschäft betont, eine nicht minder wichtige Einkommensquelle. Aus der Sicht des Verbrauchers sei insbesondere bei beruflicher Einbindung und dadurch eingeengter Einkaufsgelegenheiten der Abendverkauf unbedingt zu erhalten, unterstreicht ein Kunde.

Die längeren Öffnungszeiten bieten aber noch einen anderen Vorteil: „Alleinstehende Damen können zu jeder Tages- und Nachtzeit durch die Passage gehen", beschreibt etwas euphorisch der Sprecher der Mietervereinigung das neue Sicherheitsgefühl. Die Belebung dieser Zone mit Käuferpublikum habe etwas bewirkt, das in Bahnhofsgegenden anderer Großstädte nicht erreicht wurde: „Obdachlose, Berber und andere Randgruppen treten hier so gut wie nicht in Erscheinung. Es gibt keine nennenswerte Straßenkriminalität."

Wie die SED Westdeutsche schikaniert

XHK, Karlsruhe

Arbeiter aus der Bundesrepublik werden in der „DDR" bespitzelt, schikaniert und als „Klassenfeinde" hochgradig diskriminiert. Dies berichteten Facharbeiter, die in der „DDR" waren, den „Badischen Neuesten Nachrichten" in Karlsruhe.

Ein Heizungsfachmann, der in der Nähe Berlins eine neue Industrieanlage für die „DDR" gebaut hat, teilte mit, auf der Baustelle und am Arbeitsplatz seien die „DDR"-Kollegen angewiesen worden, mit den Landsleuten aus dem Westen nur „streng dienstlich" zu verkehren. Eine ideologische Schulung – an jedem Mittwoch kam ein „Polit-Kommissar" zur Baustelle – bleute den „DDR"-Werktätigen das zu dieser Abgrenzung nötige Feindbild ein. Zur „Erhärtung" der parteiamtlichen Argumente mischen sich „Stasi-Spitzel" unter die ständig wechselnden Baubrigaden.

Sogar beim Essen wird der Souveränitätsanspruch der „DDR" unmißverständlich durchgesetzt. Ein Schild an einer Essensbaracke verrät: „Diese Kantine darf nur von Staatsangehörigen der DDR betreten werden."

Vor den Hotels und Sonderwohnblocks für die westdeutschen Arbeitnehmer wimmelt es nur so von Aufpassern: „Du schaust aus dem Fenster und siehst, wie sich Volkspolizisten und Stasi-Leute die Beine in den Bauch stehen", wurde berichtet. Ein- und ausgehende Personen würden registriert. Während der Arbeitszeit sei es nicht selten vorgekommen, daß die Wohnungen der Westdeutschen durchsucht wurden. Aber es gebe auch regelrechte „Razzien", vor allem nachts und an Wochenenden. Dabei suchen die Sicherheitsleute vor allem nach einheimischen Frauen, die sich zu einem „zwischenmenschlichen Kontakt" mit den Landsleuten aus dem „kapitalistischen Westen" entschlossen haben: „Wenn der Stasi (Staatssicherheitsdienst) bei dir im Zimmer eine Frau erwischt, verschwindet sie für immer von der Bildflächo", erklärte ein Bauarbeiter.

Die „BRD-Bürger" werden schlechter behandelt als etwa Franzosen oder Holländer: Stundenlang müssen die Westdeutschen auf telefonische Verbindungen mit den Heimatorten in der Bundesrepublik warten. Die Telefonate werden offensichtlich abgehört, denn bei Beschwerden wird das Gespräch sofort gekappt.

Bitter beklagen sich die Facharbeiter auch über rigorose und ungerechte „Bestrafungen" bei kleinsten Vergehen und unbewiesenen Übertretungen. So wurde der Besitzer eines Kleinwagens zu 250 DM West Geldstrafe verurteilt, weil er angeblich mit 164 Stundenkilometer gerast sei – sein Auto kann jedoch laut Fahrzeugbrief höchstens 115 Stundenkilometer fahren. Als sich der Autofahrer unter Hinweis auf diese „amtliche" Widerlegung des Bußgeldgrundes weigerte, die Strafe zu zahlen, wurde das Fahrzeug beschlagnahmt. Erst gegen Zahlung einer noch höheren Geldstrafe durfte er das Auto wieder abholen.

Im Südwesten hat die FDP wieder Fuß gefaßt

Von XING-HU KUO

Vor vierzehn Tagen, am 22. Februar, feierte der FDP-Landesverband von Baden-Württemberg 30jähriges Bestehen. Auf der Geburtstagsfeier in der Stuttgarter Liederhalle wurde von dem aus London ins Land zurückgeholten Ralf Dahrendorf Optimismus und Zuversicht für die Zukunft versprochen, falls es der Südwest-FDP gelinge, die „Verspannungen" zwischen fortschrittlichen und konservativen Liberalen auszuhalten. In diesem Falle würde das „Stammland der Liberalen" auch bundesweit wieder eine führende Rolle spielen.

Aus Baden-Württemberg kamen bei den Bundestagswahlen nicht nur überdurchschnittlich viele FDP-Stimmen, auch Namen wie Reinhold Maier, Theodor Heuss und Ralf Dahrendorf beweisen, wie bedeutsam der nach Nordrhein-Westfalen stärkste Landesverband im Südwesten in der Geschichte der Bundesrepublik war.

Ein Blick zurück zeigt aber auch, wie bewegt die vergangenen 30 Jahre in der FDP Baden-Württembergs verliefen. Heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen, Spaltungen, Wiedervereinigungen und Versöhnungen, ein ständiges Auf und Ab ziehen sich wie ein roter Faden durch diese Parteigeschichte. Es grenzt schon an ein Wunder, daß die Südwest-FDP jetzt, wenige Monate nach den Erschütterungen als Folge der Bonner Koalitions-Wende, ein Bild der Ruhe, Zuversicht und Geschlossenheit bietet, das vor kurzem kaum für möglich gehalten wurde.

Schon die Geburtswehen bei der Gründung eines einheitlichen Landesverbandes waren intensiver und länger als in anderen Teilen der Bundesrepublik: Hartnäckig weigerte sich die FDP/DVP (hierzulande trägt die Partei den historischen Zusatz „Deutsche Volkspartei") in Württemberg-Hohenzollern, sich mit den anderen zwei südwestdeutschen Landesverbänden zu vereinigen. Und wie aktuell: Hauptgrund des Streits war die Koalitionsfrage.



Während der „rechte" Verband Württemberg-Hohenzollern unter Eduard Leuze für eine Zusammenarbeit mit der CDU plädierte, hatte Reinhold Maier als erster Ministerpräsident des neugebildeten Südweststaates just eine Regierung mit der SPD als Hauptpartner gebildet. Erst am 22. Februar 1953 gab Leuze den Widerstand gegen den „bewußten Linkskurs" Maiers und dessen Koalition mit der „kollektivistischen SPD" auf, der Landesverband der FDP/DVP Baden-Württemberg konnte endlich gegründet werden.

Der Streit um die Koalitionsfrage hat auch im Südwesten zu heftigen Kontroversen geführt. Erst jetzt, nachdem die linken Gegner der Koalition in Bonn mit der CDU fast geschlossen die Partei verlassen haben, bietet der Südwest-Landesverband wieder ein relativ ruhiges Bild.

Die FDP im „Ländle", nicht zuletzt wegen der guten Erfolge bei Bundestags- und Landtagswahlen (1980 erhielt sie bei der Bundestagswahl 12 Prozent der Stimmen gegenüber 10,6 im Bundesdurchschnitt) und ihrer engagierten Politiker, hat in den vergangenen 30 Jahren innerhalb der Bundespartei eine große Rolle gespielt. So wurde Reinhold Maier, übrigens der einzige FDP-Ministerpräsident in der Bundesrepublik, 1957 und 1959 zum Bundesvorsitzenden gewählt.

Auch die später von der soziallliberalen Bundesregierung eingeleitete und praktizierte Ost- und Entspannungspolitik erhielt aus dem Südwesten bereits Anfang der 50er Jahre erste Impulse. Hier sei nur Karl-Georg Pfleiderer aus dem Remstal genannt, der schon 1952 die Anerkennung der „DDR" gefordert hatte und 1957 als Botschafter in Belgrad die Hallstein-Doktrin verhindern wollte.

Die Partei geriet sowohl bundesweit als auch im Südwesten in den 60er Jahren unter heftigen Beschuß der linken Kräfte, vor allem der – heute inzwischen abgetrennten – Jungdemokraten. Als die FDP 1964 bei der Landtagswahl in Sachen Schulpolitik der CDU für eine Regierungsbeteiligung in Stuttgart grundsätzliche Konzessionen machen (mußte), wurde die innerparteiliche Opposition immer stärker.

Mit unterschiedlichem Ausgang wurde der Dauerclinch der verschiedenen Flügel fortgesetzt. Die Zerrissenheit in der Südwest-FDP wurde nach der Bildung der Großen Koalition in Bonn (1966) besonders deutlich: Während CDU und FDP Hans Filbinger zum neuen Ministerpräsidenten wählten (Kiesinger ging von Stuttgart nach Bonn) und damit signalisierten, in Stuttgart die christlich-liberale Koalition fortsetzen zu wollen, verhandelten zwei andere führende FDP-Politiker im Ländle mit der SPD über die Bildung einer sozialliberalen Koalition. Filbinger entschloß sich daraufhin, wie in Bonn, so auch in Stuttgart eine große Koalition zu bilden. Die FDP hatte ihre Rolle als Zünglein an der Waage überschätzt. Seitdem ist sie in Baden-Württemberg Oppositionspartei, die CDU schaffte später immer wieder die absolute Mehrheit.

Mit Jürgen Morlok, der 1978 zum neuen Landes- und Fraktionschef gewählt wurde, begann die Ära der Reintegration und Stabilisierung. Dem badischen Pragmatiker gelang das Kunststück, Altliberale und Jungdemokraten bis kurz vor der Bonner Wende irgendwie zusammenzukitten. Dies wurde bei Landtags- und Bundestagswahl 1980 deutlich: Unerwartet hohe Ergebnisse überraschten sogar die Optimisten in der Partei. Morlok stieg zum Genscher-Vize auf. Die Südwest-FDP war wieder wer.

In Delhi drängen sich die Staatsoberhäupter

Für die Blockfreien Glanzleistungen des Protokolls

MANFRED NEUBER, Neu-Delhi

Noch nie sind so viele Staatsoberhäupter der Welt zusammengetroffen wie bei der Gipfelkonferenz der Blockfreien in Neu-Delhi. Sie repräsentieren fast zwei Milliarden Menschen auf vier Kontinenten. In den fünftägigen Beratungen in dieser Woche soll die Haltung der ungebundenen zwischen den Blöcken in Ost und West aktuell umrissen werden.

Die Bewegung der Blockfreien – vor 22 Jahren im Aufbruch der jungen Nationen aus der Kolonialzeit gegründet – zählt jetzt 101 Mitglieder. Vier Staaten wurden gerade zur siebenten Gipfelkonferenz neu aufgenommen. Als Beobachter sind 18 Länder vertreten, weitere 24 haben einen Gästestatus bei den Blockfreien.

Der Flughafen der indischen Hauptstadt war am Wochenende von Tagesanbruch bis Sonnenuntergang für den normalen Flugbetrieb gesperrt. Im Abstand von 30 Minuten schwebten Könige, Präsidenten und Regierungschefs in Palam ein. Indische Militärkapellen intonierten zur Begrüßung die Nationalhymnen – von Afghanistan bis Zypern.

Staatspräsident Zail Singh und Ministerpräsidentin Indira Gandhi lösten sich beim Empfang der vielen Gäste ab. Jeder Schritt über den roten Teppich war vorausberechnet worden, für jedes Gespräch standen höchstens sieben Minuten zur Verfügung. Das indische Protokoll vollbrachte eine Glanzleistung in Planung und Abwicklung.

Für die Unterbringung der mehr als 4000 Delegierten und 1500 Journalisten aus aller Welt hat die Regierung alle Luxushotels in Neu-Delhi requiriert. Die Zuteilung der Zimmer geschah strikt nach dem Alphabet. In zwei Fällen mußte diese Regel jedoch durchbrochen werden: Iraker und Iraner, die miteinander Krieg führen, sowie Saudis und Syrer brauchen nicht unter einem Dach zu schlafen.

Ein Sicherheitsoffizier für jedes Staatsoberhaupt

Jugoslawien, Kuba und Saudi-Arabien stellen mit je mehr al. 150 Teilnehmern die größten Delegationen. Einige Aufregung gab es in Neu-Delhi, als der irakische Präsident ein schwerbewaffnetes Vorauskommando schickte. Dieses Flugzeug mußte zunächst ein paar Warteschleifen fliegen, erhielt aber dann die Landeerlaubnis, nachdem Irak mit einem Boykott gedroht haben soll.

Das höchste Sicherheitsrisiko wird bei den führenden Repräsentanten aus Afghanistan, Ägypten, Irak, Iran, Kuba, Syrien und der Türkei befürchtet. Scharfschützen sicherten ihre Ankunft und wachen über ihre Residenz. Mehr als 5000 Angehörige der Armee und der Polizei sind zum Schutz der Staatsmänner, vornehmlich aus Ländern der Dritten Welt, bei der Mammutkonferenz aufgeboten.

Jedem Staatsoberhaupt ist ein indischer Sicherheitsoffizier mit drei Mann Eskorte beigegeben. Die Inder mußten zusätzliche 45 Mercedes-Limousinen mit Panzerglas beschaffen und statteten sogar einen Krankenhaustrakt für medizinische Notfälle mit schußsicherem Glas aus. Etwa die Hälfte der teilnehmenden Länder sondierte im voraus die Sicherheitsvorkehrungen an Ort und Stelle.

Abgesehen von der kurzfristigen Organisation des Gipfeltreffens, das wegen des Golfkrieges von Bagdad nach Neu-Delhi verlegt wurde, bereitete der Schutz der hohen Gäste das größte Kopfzerbrechen. Alle Unterkünfte wurden von Suchtrupps kontrolliert, und in allen Hotelküchen werden die Speisen vorgekostet, bevor sie den bunt gemischten Gästen serviert werden.

Erfahrungen gesammelt bei den Asien-Spielen

Der Generalsekretär der Blockfreien-Konferenz, der Inder Natwar Singh, konnte stolz feststellen: „Wir haben hier doppelt so viele Teilnehmer wie beim letzten Treffen 1979 in Havana. Und obwohl die Vorbereitung sonst mindestens ein Jahr in Anspruch nimmt, haben wir es in wenigen Monaten auf die Beine gestellt." Für Indien bietet das Treffen eine Gelegenheit zur Selbstbestätigung.

Die Erfahrungen bei der Ausrichtung der asiatischen Spiele im vorigen Jahr kamen Neu-Delhi dabei zugute. Noch in diesem Jahrhundert will man sich um olympische Sommerspiele bewerben. Unmittelbar nach dem Blockfreien-Gipfel wird das Internationale Olympische Komitee zu einer Tagung in Neu-Delhi zusammentreten.

Das Gipfeltreffen der Blockfreien findet hinter verschlossenen Türen statt. Nur zur Eröffnungssitzung am heutigen Montag sollen die Bild-Medien für kurze Zeit einen Einblick in die Konferenzhalle haben, in der 1200 Delegierte Platz finden. Die etwa 65 Staatsoberhäupter sitzen in roten Samtsesseln auf der Bühne.

Konferenzsprachen sind Arabisch, Englisch, Französisch und Spanisch. Rund 200 „der schnellsten Dolmetscher der Welt" wurden von einer englischen Zentrale vermittelt, wie schon beim früheren Gipfel in Havana. Das hat Kritik in der nationalbewußten Presse Indiens ausgelöst. Über die Kosten des Gipfeltreffens hält man sich aber zurück.

Die Regierung in Neu-Delhi grenzt die Gastfreundschaft auf die Staatsoberhäupter oder Delegationschefs, ihre Frauen und bis zu 15 Begleiter ein. So sind die Größe der Hotelsuiten, der Typ des Wagens und andere Dinge genau festgelegt. Schon Außenminister müssen mit nur einem Raum im Hotel vorliebnehmen – nicht der Aufwand soll die Größe des Gipfels ausmachen.

Wladimir sucht Kontakt zu Erlangen

Die sowjetische Stadt bietet Partnerschaft an / CSU stellt Bedingungen

PETER SCHMALZ, Erlangen

An die angestrebte Partnerschaft mit der sowjetischen Stadt Wladimir stellt die CSU-Fraktion im Stadtrat von Erlangen (23 SPD, 22 CSU) eine Reihe von Bedingungen, ohne deren Erfüllung nach Ansicht der CSU keinem Vertrag zugestimmt werden kann. Danach sollen der freie Austausch von Zeitungen, die freie Kontaktaufnahme mit Bürgern und freie Gegenbesuche gewährleistet sein. Ebenso soll es bundesdeutschen Besuchsgruppen möglich sein, eigene Dolmetscher mitzunehmen. „Für uns sind das Selbstverständlichkeiten", meinte die CSU-Stadträtin Christel Troger im Gespräch mit der WELT. „Aber SPD unf FDP haben unseren Bedingungen im Ältestenrat nur zähneknirschend zugestimmt."

Idee schon 1981

Die Idee einer Stadtpartnerschaft wurde im Juni 1981 geboren, als Erlangens Oberbürgermeister Dietmar Hahlweg mit der „Bayerischen Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion" zu Besuch in Moskau war. Über ein Jahr später, im Herbst vergangenen Jahres, wurde Erlangen schriftlich der Wunsch Wladimirs nach einer Partnerschaft mitgeteilt. Oberbürgermeister Hahlweg hielt den Brief allerdings geheim, bis der FDP-Stadtrat Claus Uhl Wind davon bekam und im Januar den schriftlichen Antrag auf rasche Zustimmung stellte: „Wegen der großen Bedeutung, die wir dieser Angelegenheit zumessen, halten wir einen weiteren Aufschub nicht für vertretbar."

Erst dadurch wurde die Öffentlichkeit der Universitätsstadt Erlangen aufmerksam gemacht über die brisante Bitte aus der Sowjetunion. Denn Wladimir, etwa 170 Kilometer östlich von Moskau an der Bahnlinie nach Gorkij und mit 300 000 Einwohnern gut dreimal so groß wie Erlangen, hat in der russischen wie in der sowjetischen Geschichte einen zweifelhaften Ruhm erhalten: Schon die Zarin Katharina II. ließ dort im 18. Jahrhundert ein berüchtigtes Gefängnis bauen, das von den Sowjets übernommen, ausgebaut und zu einer der berüchtigsten Isolationshaftanstalten des Landes umfunktioniert wurde. Im Gefängnisregister der UdSSR ist es unter der Nummer „OD-1/ST-2" zu finden.

Prominente Regimekritiker wie Wladimir Bukowski und Anatolij Schtscharanski saßen hier ebenso wie der Stalin-Sohn Wasilij und der amerikanische U-2 Pilot-Gary Powers. In der Zelle 23 des Gebäudekomplexes 4 soll auch der als Retter von ungarischen Juden bekannt gewordene schwedische Diplomat Raul Wallenberg inhaftiert gewesen sein. Einige Kenner der sowjetischen Kerker vermuten ihn noch immer dort. Über die Haftanstalt in Wladimir schreibt Avraham Shifrin in seinem „UdSSR-Reiseführer durch Gefängnisse und Konzentrationslager in der Sowjetunion" unter anderem: „Das Gefängnis ist als die strengste politische Isolationshaftanstalt des KGB bekannt: Sehr häufig können Häftlinge jahrelang nicht in Erfahrung bringen, wer in ihrer Nachbarzelle sitzt."

„Mut zu konkreten Fragen"

Nach Kenntnis der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt soll es in dem Gefängnis jedoch keine politischen Häftlinge mehr geben, seit Wladimir 1980 als einstiger religiöser und kultureller Mittelpunkt des frühen Rußlands in den „Goldenen Ring" aufgenommen wurde, der eine Reihe altrussischer Städte umfaßt, die Touristen zugänglich gemacht werden. Die Gesellschaft befürwortet auch grundsätzlich eine Partnerschaft und rät davon ab, die Bürger für die Existenz des Gefängnisses zu bestrafen.

Die sowjetischen Bürgerrechtler Juri Below und Machmet Kulmagambetow, die beide in Wladimir einsaßen und die heute in der Bundesrepublik leben, erklärten bei einer von der CSU-Fraktion veranstalteten Diskussion, es sei für die Stadt einfacher, die Einladung abzulehnen. Sie rieten aber dennoch dazu, nach Wladimir zu fahren und dort „offen und mit Mut konkrete Fragen zu stellen". Nach ihrem Wissen werden in Wladimir seit der Öffnung der Stadt für Touristen zwar keine politischen Gefangenen mehr untergebracht, wohl aber solche, die wegen sogenannter Verleumdung des Staates und wegen ihres Glaubens zu Haftstrafen verurteilt wurden.

Der Ältestenrat von Erlangen beschloß vorerst, Informationen bei anderen deutschen Städten einzuholen über deren Erfahrungen mit sowjetischen Partnerschaften. So unterhält Hamburg Beziehungen zu Leningrad und Saarbrücken zu Tiflis. Nach Ansicht des Vorsitzenden der deutsch-sowjetischen Gesellschaft, Erwin Essl, haben diese Partnerschaften zu engen persönlichen Kontakten geführt. „Wir müssen dabei allerdings die andere Gesellschaftsordnung, die andere Philosophie und die anderen Menschen berücksichtigen." Die Stadträte von Erlangen sollten offen und klar mit den Sowjets über ihre Wünsche und Forderungen sprechen. Essl: „Das verstehen sie, das ist das beste Rezept." Falls Wladimir wegen seines Gefängnisses nicht in Frage kommen wird, soll Erlangen um die Vermittlung einer anderen Stadt bitten, meint Essl.

Heftige Worte von Grass gegen die USA und Kohl

Ein verärgerter Präzeptor auf der Buchmesse in New York

A.STARKMANN, New York

Wie manche Beobachter erwartet hatten, trat der Schriftsteller Günter Grass auf seiner kurzfristig anberaumten Pressekonferenz aus Anlaß der ersten deutschen Buchmesse in New York als verärgerter Präzeptor auf. Er gab Statements über die Weltpolitik ab, er wußte wieder einmal Böses aus Nicaragua und über das gefährliche amerikanische Engagement dort zu berichten, er erteilte den Amerikanern unverlangte Zensuren – und er klagte über die politische Entwicklung in der Bundesrepublik.

Diese Messe im Sheraton Center in New York fand am Wochenende der deutschen Wahlen statt. Die amerikanische Öffentlichkeit, das ersieht man aus den Medien hier, hat ihr genaues Augenmerk darauf gerichtet. Grass kam also nicht um das Eingeständnis herum, die Wahrscheinlichkeit eines CDU/CSU-Sieges zu prophezeien, aber er wünschte vor der versammelten Mannschaft von rund 200 deutschen und amerikanischen Journalisten und Verlagsvertretern im Sheraton Center den Grünen den Sprung über die Fünfprozent-Hürde, damit wichtige Interessen der Bevölkerung gewahrt würden. Er meinte, daß die Republik unter einem Bundeskanzler Kohl immer tiefer in eine gehorsame US-Abhängigkeit geraten würde.

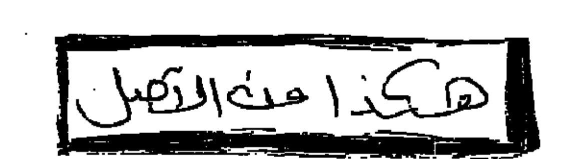
Es war ein bemerkenswerter Auftritt: Ein deutscher Romanautor wurde ausgefragt wie ein deutscher Verteidigungsminister. Er machte auch keine Anstalten, sich aus dieser – ins Negative verkehrten – Rolle zu lösen. Auf eine Beleidigung der US-Nation folgte die nächste und gipfelte in dem Satz: „Was hier in den Staaten als wahnsinniges Konzept ausgebrütet worden ist, das wird in Deutschland fortgesetzt, wenn die CDU gewinnt." Gemeint war damit die Vision des Schriftstellers von der Bundesrepublik als einem atomaren Vorfeld der USA.

Mit der Logik schien es bei Grass auf dieser denkwürdigen Konferenz zu hapern. Er hatte in der „New York Times Book-Review" ein Interview veröffentlicht, in dem er den Amerikanern faschistische und rassistische Tendenzen vorwarf und ihnen, auch wegen Vietnam, das Recht absprach, „kritisch auf andere Völker hinzuweisen".

Als ihm von der WELT die Frage gestellt wurde, ob denn, sofern man seinem gedanklichen Zusammenhang zu folgen bereit sei, ein Deutscher nach dem Dritten Reich, dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust nicht vor langem schon das Recht verwirkt hätte, kritisch auf die Amerikaner hinzuweisen, brach er in eine vehemente Attacke auf die „Hofberichterstattung" der deutschen Presse aus, die bestimmten Kreisen *hörig* in die Hände schreibe. Die „FAZ", die „Süddeutsche Zeitung" und die WELT hatten kritische Kommentare zu seinem Interview veröffentlicht. Über dieser offensichtlich im voraus konzipierten Attacke von Grass blieb die eigentliche Frage ohne Antwort.

Günter Grass verkündete, er werde Konsequenzen aus dieser konzertierten deutschen Aktion gegen ihn ziehen. Er werde, wenn das so weitergehe, die Bundesrepublik in Zukunft nicht mehr als kulturpolitischer Repräsentant im Ausland vertreten. Seufzer der Erleichterung waren im „Regency-Room" des Manhattan-Renommierhotels allerdings nicht zu vernehmen. Dieser Autor ist arriviert in Amerika, man lauscht seinem verqueren politischen Credo und applaudiert ihm.

Einigermaßen versöhnlich, dem Anlaß einer Literaturmesse entsprechend und so gar nicht ohne Charme wirkte zum Schluß das Resümee des Präzeptors, in welchem er das Verhältnis zwischen Goethes Dichterfigur Tasso und dem Politiker Antonio auf die heutige Situation bezog. Heute, so sagte er, kommen im Gegensatz zu früher die Politiker zu den Dichtern, um von ihnen Rat einzuholen. Da seien die Poeten oft überfordert. Das stimmt, wie man es am Wochenende in Manhattan per Exemtion erlebt hat, ohne jeden Zweifel.



Moralischer Appell des DRK an Rumänien

dpa, Stuttgart

Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, hat sich besorgt über den Rückgang der Familienzusammenführung aus osteuropäischen Ländern geäußert. 1980 seien im Schnitt noch 580 Aussiedler aus der Sowjetunion gekommen. Demgegenüber seien im Februar 1983 nur noch 105 Deutsche aus diesem Land in die Bundesrepublik Deutschland eingereist, sagte Sayn-Wittgenstein in einem Interview des Süddeutschen Rundfunks. Das Verfahren, wonach in Rumänien die staatlichen Ausbildungskosten vor einer Ausreise zurückgezahlt werden müßten, nannte der DRK-Präsident auch deshalb enttäuschend, weil die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland den Rumänen in den vergangenen zehn Jahren große Hilfe bei Erdbeben- und Flutkatastrophen geleistet habe. „Hier könnte man auch einen moralischen Appell an die Verantwortlichen in Rumänien richten, diese Hilfe mit zu bedenken, wenn man hier zusätzliche Lasten unseren deutschen Mitbürgern auferlegt", sagte Sayn-Wittgenstein.

Peking skeptisch über „Normalisierung"

AP, Peking

Die chinesische Führung schätzt die Aussicht auf eine wirkliche Normalisierung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen auf der Grundlage der derzeit in Moskau stattfindenden Gespräche beider Länder offenbar negativ ein.

Nach einer Unterredung des Außenministers Wu Xuequians mit dem neuseeländischen Außenminister Warren Cooper in Peking kursierte in diplomatischen Kreisen folgende Prognose Wus: Die Sowjetunion werde versuchen, über eine Ausweitung des Handels und der wirtschaftlichen Beziehungen sowie über Austauschprogramme in einzelnen Bereichen eine „Fassade der Normalisierung" zu errichten. China sei bereit, dabei bis zu einem gewissen Punkt auch mitzuziehen, doch gehe es Peking vor allem um die Beseitigung dreier Haupthindernisse, die einer grundlegenden Verbesserung der Beziehungen im Wege stünden, zitierten die Gewährsleute den chinesischen Minister.

Die grundlegenden Forderungen Chinas an die Sowjetunion seien: Die Sowjetunion dürfe die Besetzung Kambodschas durch vietnamesische Truppen nicht mehr unterstützen, die sowjetischen Truppen müßten aus Afghanistan abgezogen, und die Zahl der sowjetischen Soldaten an der Grenze zu China, insbesondere in der Mongolei, müsse verringert werden. Peking erwarte zwar nicht die Erfüllung aller dieser Forderungen auf einen Schlag, würde erste Ansätze für eine Änderung der sowjetischen Haltung in einer dieser Fragen aber bereits als positiv werten, hieß es.

Schweden strichen nur das Wort „königlich"

Bahrs Vorschlag von Palme als „Bestellung" behandelt

R. GATERMANN, Stockholm

Die schwedische Note zur kernwaffenfreien Zone in Zentraleuropa ist bis auf drei weitgehend unwesentliche Änderungen von dem SPD-Bundestagsabgeordneten Egon Bahr verfaßt worden. Es kann nun auch festgestellt werden, daß Schwedens Regierungschef Olof Palme in diesem Fall die Tatsachen nicht richtig wiedergegeben hat. Er wollte die Rolle Bahrs herunterspielen; jetzt geht allerdings aus den von der Stockholmer Zeitung „Dagens Nyheter" veröffentlichten Briefen Bahrs an Palme hervor, daß sich die sozialdemokratische Regierung nicht nur an Bahrs Notenentwurf hielt, sondern auch an den von dem SPD-Abrüstungsexperten vorgeschlagenen Zeitplan bei der Notenübergabe.

Am 8. November 1982 schrieb Egon Bahr an den schwedischen Ministerpräsidenten einen Brief, der folgendermaßen beginnt: „Lieber Olof, anliegend der Entwurf einer Note." Er unterscheidet sich von der am 8. Dezember 1982 an die Mitgliedsländer des Warschauer Paktes und der NATO sowie der Schweiz, Finnland, Österreich und Irland übergebenen Note nur in drei Punkten. Einmal strichen die Schweden das Wort „königlich", zum anderen wurde sie auch an Irland verschickt, was Egon Bahr in der Note selbst nicht vorschlägt aber in dem beiliegenden Brief und schließlich – die einzige bedeutende Veränderung – wird die Bahr-Version von den „sondierenden vorläufigen Gesprächen vor der Verhandlung über ..." in eine „Anfrage" abgeschwächt.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete schrieb auch vor, mit der Bekanntgabe der Notenüberreichung 48 Stunden zu warten und nicht den Wortlaut zu veröffentlichen. Palme war damit einverstanden. Ihm machte jedoch die Stockholmer Zeitung „Dagens Nyheter" einen Strich durch die Rechnung und konnte bereits am Tag der Übermittlung am 8. Dezember vergangenen Jahres darüber berichten.

Im Außenministerium in Stockholm war man offenbar sowohl mit dem Inhalt der Note als auch mit dem Zeitplan ihrer Überreichung nicht einverstanden. Aber diese Bedenken wurden weder an den Regierungschef noch an seine Kanzlei weitergegeben. Laut „Dagens Nyheter" nannte als Grund dafür ein Beamter dieses Ministeriums: „Wir hatten den Eindruck, daß wir hier keinen Entwurf hatten, den wir prüfen sollten, sondern eine Bestellung, die wir auszuführen hatten."

Olof Palme hatte früher erklärt, Egon Bahr habe ihm lediglich Gedanken zur kernwaffenfreien Zone in Zentraleuropa („knapp zwanzig Zeilen") niedergeschrieben. Es wird nun jedoch immer deutlicher, daß der SPD-Abgeordnete der eigentliche Verfasser der schwedischen Note ist.

Südafrika hat Superwaffe

Neues Geschütz NATO- und Sowjetkanonen überlegen?

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Mit großer Aufmerksamkeit ist in westlichen Militärkreisen verfolgt worden, daß Südafrika das modernste Artillerie-Geschütz der Welt entwickelt hat. Auch Moskau dürfte sich für die neue südafrikanische Kanonen-Haubitze des Kalibers 155 Millimeter interessieren, die im Ziel die Wirkung eines doppelt so schweren Schiffsgeschützes erreicht. Bei Probeschüssen erzielte das neue Geschütz eine Reichweite von 45 Kilometern, rund 13,5 Kilometer mehr als vergleichbare Geschütze der NATO und der Sowjetunion.

Die Südafrikaner, die offenbar die neue Waffe für ihr Heer schon in Serie fertigen, entwickeln zur Zeit eine digitale Rechenanlage zur Messung der Mündungsgeschwindigkeit. Die Eingaben aus dieser Anlage in den Feuerleitrechner steigern die Genauigkeit beim Schießen. Angeblich übertrifft die Zielwirkung des südafrikanischen Geschosses die der NATO-Standardmunition des Kalibers 155 Millimeter um den Faktor 2,1.

Vermutlich hätte Südafrika ohne das von der UNO verhängte weltweite Waffenembargo eine eigene Waffe dieser Qualität nicht konstruiert. Daß Südafrika an seinen Grenzen von Geschützen aus sowjetischer Fabrikation bedroht ist, erhöht die Bedeutung dieser Neuentwicklung. Nach Berichten der Fachzeitschrift „Military Technology" ist an der Entwicklung dieser Waffe, deren Geschützrohr mit 6,975 Meter Überlänge hat, ein kanadisches Ingenieurbüro beteiligt. Außerdem griffen die Südafrikaner auf eine in Schweden patentierte Munitionsentwicklung zurück.

Bei diesem als „Base Bleed" bezeichneten Verfahren werden am Geschoßboden die üblicherweise auftretenden Wirbel, die aerodynamisch die Reichweite einer Granate beeinträchtigen, auf neue Weise beseitigt. Ohne dem Geschoß zusätzlichen Antrieb zu geben, werden am Boden mit pyrotechnischen Mitteln Gase erzeugt, die der Wirbelbildung und damit zusätzlicher Reibung entgegenwirken.

Die Munition besteht, so „Military Technology", aus einem superlangen 155-Millimeter-Geschoß, das eine erheblich größere Ladung aufnehmen kann als das NATO-Standardgeschoß gleichen Kalibers. Die größte Reichweite mit der „Base-Bleed"-Granate wird mit 37,5 Kilometern angegeben. Die neue NATO-Feldhaubitze mit 155 Millimetern (FH-70) erzielt Reichweiten über 30 Kilometer nur mit zusätzlichem Raketenschub.

Labour sucht nuklearen ‚Notausgang'

Öffnung zur multilateralen Abrüstung / Polarisflotte soll nicht abgeschafft werden

FRITZ WIRTH, London

Seit ihrem im Hurrastil gefaßten Parteitagsbeschluß, Großbritannien einseitig nuklear abzurüsten und alle amerikanischen Raketenbasen auf britischem Boden aufzulösen, befindet sich die Labour Party auf der Suche nach einem Notausgang für jene Parteimitglieder, die sich über alle Emotionen hinweg noch ein gewisses Gefühl für Logik bewahrt haben und nach Möglichkeiten und Argumenten suchen, wie dies mit der weiteren britischen Zugehörigkeit zur NATO zu vereinbaren sei.

Labour glaubt nun, diesen Notausgang gefunden zu haben und operiert seit dem Wochenende mit einer Formel, die den Abrüstungsflügel unter Parteichef Michael Foot und die Pro-NATO-Kräfte unter seinem Stellvertreter Denis Healey zusammenführen soll: „Unilateralismus und Multilateralismus müssen in der Nuklearfrage Hand in Hand gehen, um erfolgreich zu sein", heißt es in einem Dokument, das Teil des Labour-Wahlmanifestes werden soll. Diese schmale Öffnung zum Multilateralismus soll demonstriert werden durch die Tatsache, daß die britische Polarisflotte nicht, wie ursprünglich in Blackpool beschlossen, ersatzlos gestrichen und abgeschafft werden soll, sondern in die nuklearen Abrüstungsverhandlungen in Genf mit einbezogen wird.

Zugleich wird den Bündnispartnern versichert, daß einseitige britische nukleare Abrüstungsbeschlüsse nur nach vorhergehender Konsultation mit ihnen vollzogen würden. Allerdings solle dabei nicht das Hauptziel Labours aus dem Auge verloren werden, innerhalb der nächsten Regierungsperiode – sollte Labour an die Macht kommen – Großbritannien zum Teil einer nuklearfreien Zone in Europa zu machen und sein gesamtes Nuklearpotential aufzugeben.

Für Healey, der ja durchaus mit der Möglichkeit rechnen kann, kurzfristig neuer Labour-Parteichef zu werden, reicht dieser schmale Notausgang offenbar aus. Er hat in den letzten Monaten seinen bisher stark multilateral orientierten Abrüstungsstandpunkt scharf revidiert und sich als Gegner der Stationierung amerikanischer Marschflugkörper zu erkennen gegeben. Vor drei Monaten noch hatte er diese Stationierung befürwortet.

Lange nicht alle Labour-Abgeordneten sind jedoch bereit, diese hurtige Wendegymnastik Healeys mitzuvollziehen. So hat sich in der Labour-Unterhausfraktion eine Gruppe von Abgeordneten formiert, die darum kämpft, Labour auf dem altvertrauten NATO- und multilateralen Abrüstungskurs zu halten. Prominenteste Mitglieder dieser Gruppe sind die beiden ehemaligen Labour-Premiers Sir Harold Wilson und James Callaghan. Außerdem gehört ihr der gegenwärtige Vorsitzende des Verteidigungs-Ausschusses der Partei, John Gilbert, an. Sollte Labour in seinem gegenwärtigen nuklearen Verteidigungskonzept keine weiteren signifikanten Konzessionen machen, müßte die Partei im bevorstehenden Wahlkampf weitgehend auf die Unterstützung Wilsons und Callaghans verzichten oder gar einen offenen Bruch in dieser Frage in Kauf nehmen.

In ihrem Versuch, die immer emotionaler geführte Nukleardebatte durch eine Gegen- und Aufklärungskampagne zu neutralisieren, erlitt die Regierung Thatcher in der letzten Woche einen Rückschlag durch die Veröffentlichung eines Untersuchungsberichtes der angesehenen „Medical Association".

Die Ärzte stellen fest, daß die Vorbereitungen auf eine mögliche Nuklearexplosion auf britischem Boden „unrealistisch und unwirksam" seien. Sie sagen für diesen Fall den Kollaps des gesamten britischen Gesundheitsdienstes voraus. Verteidigungsminister Haseltine nannte diesen Bericht „verantwortungslos". Zugleich betonte er, daß die schrecklichen Folgen eines Nuklearkrieges die Notwendigkeit für eine effektive Abschreckung, die einen derartigen Krieg verhindert, noch dringlicher mache.

„Mugabes Armee mordet nach Listen"

Sorge bei Zimbabwes schwarzen Nachbarn über die Massaker im Matabeleland

HANS GERMANI, Lusaka

Der Früher der oppositionellen Zapu-Partei in Zimbabwe, Joshua Nkomo, ist seit Samstag verschwunden. Nkomo war bis dahin unter Hausarrest und befand sich in seinem Haus in Bulawayo, der Hauptstadt des Matabele-Landes. Er verschwand während einer großangelegten Razzia der Regierungstruppen von Premierminister Mugabe gegen Anhänger der Opposition, die fast alle aus dem Matabele-Volk kommen.

Die Razzia ist der vorläufige Höhepunkt von blutigen Unruhen und Terroraktionen der Regierungstruppen gegen die Zivilbevölkerung der Matabele. Der Flüchtlingsstrom nach Sambia und Botswana schwillt an. Politische Beobachter in den Nachbarländern äußern sich nur noch mit Betroffenheit. Sollte Nkomo getötet worden sein, halten sie den Ausbruch des totalen Bürgerkriegs für unabwendbar.

Selbst die regierungstreue Zeitung Sambias, „Zambia Daily Mail", spricht mit wachsender Besorgnis über die „völkermordähnlichen Vorgänge". Durch das benachbarte Matabeleland führt die einzige funktionierende Bahnverbindung Sambias zu den Häfen Südafrikas. Über sie wird der größte Teil des Ex- und Importes abgewickelt.

In großen Reportagen berichtet das Parteiblatt: Matabele-Familien würden von Mugabes Truppen gezwungen, ihre Hütten zu verbrennen, und bei Fluchtversuchen ohne Zögern erschossen. Lehrer würden vor den Augen der Schüler ermordet.

Das Blatt beruft sich wie andere Presseorgane auf Berichte von Augenzeugen und Missionaren, Schulen und Krankenhäusern. Danach hat die Armee im Monat Februar allein rund tausend Zivilisten ermordet, sehr viel mehr gefoltert. Die grausamsten Morde begingen die Soldaten der „5. Brigade", die von Nordkoreanern ausgebildet worden ist und Mitte Januar in das Gebiet entsandt worden war

Die „Zambia Daily Mail" berichtet weiter, daß die Offiziere der Armee nach Listen von Funktionären der Oppositionspartei und von Lehrern vorgehen, die während des Rhodesienkrieges die damaligen Anti-Smith-Zipra-Guerrilleros von Nkomo unterstützten und jetzt der Opposition verdächtigt werden. Die Zeitung zitiert den Zimbabwe-Minister Enos Nkala: „Wir zerschmettern die Abtrünnigen; sie werden sterben wie Hunde." Nkala habe gedroht, alle Lebensmittelzufuhr den von einer großen Trockenheit bedrohten Matabele zu sperren. Augenzeugen berichten, wie die Armee nach dieser Liquidierungsliste Lehrer erschießen und verwundete Zivilisten aus Krankenhäusern wegschleppen.

Ein Arzt berichtet, in drei Wochen 110 von der Armee ermordete Zivilisten in einem Umkreis von 20 km gezählt zu haben. Frauen mit verbrannten Brüsten würden eingeliefert. Die sambische Zeitung: „All das beweist, daß die Armee Zimbabwes aus politischen Gründen und aus einem tiefen Stammeshaß heraus handelt."

In Lusaka und in Südafrika werden drei leitende Exekutoren des Massenmordes genannt: Armeekommandeur Rex Nhongo, der schon 1976 den Posten als Vize-Guerrillachef dadurch erhalten hatte, daß er alle Konkurrenten bei einem Essen erschießen ließ und der nach der Unabhängigkeit auf ältere weiße Ehepaare schoß, die nicht rasch genug mit ihren Autos seinem Wagen auswichen. Weiter der einstige Minister Mugabes, Edgar Tekere, und schließlich, laut der linken britischen Zeitschrift „New Statesman and Nation", der weiße Söldner Lennart Dyck, der wegen „Feigheit vor dem Feind" von der Rhodesien-Armee im Krieg nach einem Feldgerichts-Urteil ausgestoßen, von Mugabe nach 1980 als „Oberst" und Kommandeur einer Exekutions-Einsatzgruppe aber wieder angeheuert worden war.

Spanier demonstrieren „für das Leben"

Gö. Madrid

Mehr als eine halbe Million Gläubige protestierten am Samstag in Madrid „für das Leben" und gegen eine Gesetzesvorlage der sozialistischen Regierungspartei, die Abtreibung zuzulassen. Die Massen versammelten sich auf demselben Platz, auf dem vor fünf Monaten Papst Johannes Paul II. in zornigen Worten mehr als eineinhalb Millionen Menschen aufforderte, das „Lebensrecht der Ungeborenen" zu verteidigen. Angesichts des Drucks der Kirche und der Laien-Verbände mußte die sozialistische Regierungspartei ihre Abtreibungsgesetze erheblich reduzieren.

Auf Plakaten las man und in Sprech-Chören hörte man: „Es lebe die Mutter, die mich gebar." „Wir wollen leben." „Freiheit für die Geburt." „Nicht mehr unschuldiges Blutvergießen." In Madrid tragen seit Tagen viele Menschen Aufkleber mit dem Bild des Papstes und der Aufschrift „Ja zum Leben". Papst Johannes Paul II. hatte vor dem Bernabeo-Stadion erklärt: „Nie darf der Tod eines Unschuldigen legitimiert werden." Bischöfe, Kardinäle, vor allem aber Mütter und junge Mädchen warfen, so gestärkt, der sozialistischen Regierung vor, „den Mord legalisieren" zu wollen. „Ich glaube, alle Welt müßte gegen die Abtreibung sein – wenn sie nur wüßte, was das wirklich ist", rief ein junges Mädchen in die Menge.

Drittes Massaker in Assam aufgedeckt

AFP, Neu-Delhi

In dem nordostindischen Krisenstaat Assam ist ein dritter Massenmord an eingewanderten Dorfbewohnern aufgedeckt worden. Wie in Neu-Delhi verlautete, wurden in mehreren entlegenen Dörfern im Gebiet Dholpur (Provinz Darrang) 190 Leichen geborgen. Die Massaker gehen auf den 21. und 22. Februar zurück. Überlebende berichteten, zwischen 500 und 1000 Personen, hauptsächlich Frauen und Kinder, seien ums Leben gekommen. Die Vorgänge in Dholpur sind ähnlicher Art wie bei den Massakern in Nelly, wo im vergangenen Monat mehr als 1000 moslemische Einwanderer aus Bangladesh und Nepal niedergemetzelt wurden, und in Gohpur, wo sich die Zahl der Opfer auf 100 bis 300 belief. Nach Darstellung der Überlebenden hatten Tausende einheimische Assamesen die Immigrantendörfer in Dholpur an den Ufern des Brahmaputra (Darrang) eingekreist, alle Verbindungen zur Außenwelt abgeschnitten, dann die Dorfbewohner niedergemetzelt. Die Angreifer hatten keinen Unterschied gemacht, ob es sich um Hindus oder Moslems handelte, berichteten die Augenzeugen. Die Dorfbewohner, die mit einem Angriff rechneten, hatten für ihre Verteidigung gesorgt. Doch seien die Assamesen in der Überzahl gewesen.

Nakasones Führungsstil reizt Japaner zu Kritik

Trotz Erfolg umstritten wie kaum ein Premier zuvor

FRED de la TROBE, **Tokio**

Nach hundert Tagen am Ruder ist Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone in Japan so umstritten wie kaum je ein Regierungschef vor ihm. Im westlichen Ausland gilt er dagegen eher als ein gewandter und unternehmender Politiker. Von Anfang an legte er ein rasantes Arbeitstempo vor und bewältigte in etwas über drei Monaten ein Pensum, für das mancher seiner Vorgänger drei Jahre gebraucht hätte.

Die Oppositionsparteien und die mehrheitlich feindlich gesinnten Medien gewährten dem Premier nicht die übliche anfängliche Schonfrist. Nach Meinungsumfragen, die von den großen Zeitungen und dem Rundfunk veranstaltet wurden, hat Nakasone an Popularität eingebüßt. Nach Angaben der Zeitung „Asahi" rutschte sie von 37 Prozent Anfang Dezember auf 29 Prozent Mitte Februar ab. Die



Mit einem „vorprellenden Samurai" verglichen: Yasuhiro Nakasone FOTO: DPA

Zeitung verglich den Stil des Premiers mit dem eines „törichten, abgehetzt vorprellenden Samurai".

In Japan wird allerdings „ein hervorstehender Nagel eingehämmert", wie das Sprichwort sagt. Im Vergleich zum vorsichtigen Taktieren der meisten japanischen Politiker zeigte der neue Ministerpräsident ganz-ungewohnte Deutlichkeit; er gab sich außerdem in seiner Führung energisch. Heiße Eisen faßte er unumwunden an, um langlebige Tabus kümmerte er sich wenig. Bisher deutet aber noch nichts darauf hin, daß sich das Sprichwort an ihm bewahrheitet.

Vor allem in der Außenpolitik erzielte Nakasone spektakuläre Erfolge. Es gelang ihm, die gefährlich aufgestauten Spannungen zwischen Japan und seinen westlichen Partnern abzubauen. Auch die seit Jahren gestörten Beziehungen zu Südkorea brachte er ins Lot. Bei seiner Reise nach Washington rückte er die von seinem Vorgänger Suzuki vernachlässigte Allianz mit den Vereinigten Staaten wieder fest in den Mittelpunkt der japanischen Außenbeziehungen. Darüber hinaus schloß er persönliche Freundschaft mit Präsident Reagan.

Dem amerikanischen Wunsch nach größeren japanischen Rüstungsanstrengungen trug er durch einen um 6,5 Prozent erhöhten Wehretat in dem sonst gleichbleibenden Sparhaushalt Rechnung. Im übrigen setzte er sich entschlossen für einen stärkeren „nationalen Verteidigungswillen ein, der den Schutz des Landes aus eigener Kraft anstreben soll. Dabei schnitt er auch das heiße Eisen einer Änderung der japanischen „Friedensverfassung" an, deren umstrittener Artikel 9 vorschreibt, daß „Japan weder Land-, noch See- oder Luftstreitkräfte unterhalten soll".

Unverblümte, nicht immer diplomatische Sprache

Seine unverblümte, nicht immer diplomatische und oft mit militärischen Ausdrücken durchsetzte Sprache – Nakasone war im Kriege Marineoffizier – bot allerdings den Oppositionsparteien und Medien willkommene Angriffsflächen. Seine Bemerkung, Japan stelle im Verteidigungsverbund mit den USA einen „unversenkbaren Flugzeugträger" dar, löste eine Flut kritischer Kommentare aus. Im Zweiten Weltkrieg hatten die japanischen Heerführer die Inseln Saipan und Okinawa, bevor sie von den Amerikanern gestürmt wurden, mit dem gleichen Namen belegt.

Auf Anraten seiner Ministerialbeamten und vielleicht beunruhigt durch die letzten Meinungsumfragen steckte der Ministerpräsident in den letzten Tagen wieder etwas zurück: Eine Verfassungsänderung und die Einführung einer Wehrpflicht – Japans Heer setzt sich aus Freiwilligen zusammen – seien nicht beabsichtigt. Japan habe auch „absolut kein Bedürfnis", Atomwaffen zu besitzen. Nakasone scheute auch nicht vor dem Eingeständnis zurück, daß der japanisch-chinesische Krieg (1937–45) durch japanische Aggression ausgebrochen sei. So klar hatte das vor ihm noch kein japanischer Ministerpräsident zugegeben.

Lob für Mut und Klarheit der Politik

So fehlt es auch nicht an Lobeshymnen auf den Premier. Der namhafte Politologe Professor Jun Eto rühmt: „Ministerpräsident Nakasone bemüht sich, wieder eine klare Zielrichtung in die Politik und den Kurs der Nation zu bringen." Der Wirtschaftsführer und Präsident des Unternehmerverbands „Keidanren", Yoshihiro Inayama, streicht heraus: „Abgesehen davon, ob er ein guter oder schlechter Politiker ist, muß man seinen Mut als Verantwortlicher der Regierung bewundern."

Da die großen außenpolitischen Probleme vorab gelöst sind, will sich der Premier jetzt mit Vorrang der Innen- und Wirtschaftspolitik widmen, in der er bisher noch keine nennenswerten Erfolge vorweisen kann. Sein Reiseprogramm sieht gegenwärtig nur noch einen Besuch in den fünf Asean-Ländern im April vor. Politische Beobachter in Tokio sagen der Regierung Nakasone noch eine längere Lebensdauer voraus. Auf Instabilität seiner Position deutet gegenwärtig wenig hin. (SAD)

Die Sandinisten nutzten Messe zur Agitation

Von WERNER THOMAS

Kurz nach 18 Uhr, die Sonne war gerade verschwunden, erlebte der Platz des 19. Juli in der nicaraguanischen Hauptstadt Managua ein historisches Ereignis: Zum ersten Mal ist ein Papst von politischen Claqueuren niedergeschrien und eine Papstmesse in eine ideologische Propaganda-Show umfunktioniert worden.

Eine ausgesuchte Menge brüllte auf das Einsatzkommando einer durch ein Megaphon verstärkten Frauenstimme die üblichen Slogans: „Alle Macht dem Volk" (Poder Popular), „Freies Vaterland oder Tod", „El Salvador wird siegen". Dann kamen noch die für diesen Anlaß einstudierten Sprechchöre: „Wir wollen eine Kirche an der Seite der Armen." „Zwischen dem Christentum und der Revolution gibt es keinen Widerspruch."

Der Mann aus Rom hatte von diesem Zeitpunkt an die Kontrolle über eine Veranstaltung verloren, die eine gespaltene Kirche zur Einheit ermahnen sollte. Fortan führten die Sandinisten Regie.

Johannes Paul II. wußte bereits bei seiner Ankunft auf dem Augusto-Cesar-Sandino-Flughafen, daß dieser Tagesausflug von Costa Rica kein Spaziergang sein würde.

Gleich bei der Begrüßung durch Junta-Chef Daniel Ortega wurde er mit den „aggressiven Aktionen der nordamerikanischen Politik" konfrontiert. Man präsentierte ihm die Mütter von „Märtyrer-Söhnen", die an der Grenze zu Honduras in Gefechten gegen konterrevolutionäre Brigaden gefallen sind, dann querschnittsgelähmte Kämpfer in Rollstühlen. Der massige Junta-Mann Rafael Cordoba Rivas fühlte sich auch beim Handschlag des Kirchenführers nicht veranlaßt, seinen Cowboy-Hut abzunehmen.

Der Gast ließ sofort wissen, daß er nichts von einer Politik der Konfrontation halte. Er forderte die Bereitschaft zum Dialog. Er verurteilte „den Haß und die sterilen Beschuldigungen". Mit diesen Worten signalisierte der Papst die Absichten seiner Nicaragua-Mission: Sie sollte der politischen Entspannung dienen, im religiösen Bereich aber die Position der Amtskirche gegen die Herausforderung der linken „Iglesia Popular" (Volkskirche) stärken.

PAPST-REISE

In Leon, der zweitgrößten Stadt des Landes, konnte Johannes Paul noch ungestört seine Botschaft verkünden. Während einer Stellungnahme zum christlichen Laientum und Bildungsfragen warnte er vor Versuchen, den Menschen zu einem „bloßen Instrument der Produktion oder zu einem Agenten der politischen und gesellschaftlichen Macht zu reduzieren". Als der Papst dann am späten Nachmittag in Managua das Hauptthema seiner siebentägigen Mittelamerika-Reise behandeln wollte, „die Einheit der Kirche", kam es zu den denkwürdigen Ereignissen auf dem Platz des 19. Juli.

Die Messe begann gegen 17.30 Uhr mit einstündiger Verspätung vor einer imposanten Kulisse. Der Papst sprach von der Haupttribüne. Rechts neben ihm hatten die drei Junta-Vertreter Platz genommen, unter ihnen in der Mitte Daniel Ortega, links die acht anderen grün-uniformierten Comandantes des nationalen Direktoriums der Sandinisten.

Die gigantischen Transparente hinter der Tribüne zeigten elf Helden der Revolution, in der Mitte General Sandino und Carlos Fonseca, einer der Gründer der sandinistischen Befreiungsfront (FSLN). Daneben die Worte: „Nach zwanzig Jahren des Kampfes schwören wir, die Revolution zu verteidigen."

Auf dem riesigen Platz drängten sich nach Schätzungen der Zeitung „El Nuevo Diario" 700 000 Menschen. Die Träger der schwarzroten FSLN-Fahnen waren, etwa 50 Meter tief, in den ersten Reihen dicht massiert. Die Kameraleute der internationalen Presse, die nicht auf die Tribünen durften, konnte, lediglich das schwarzrote Flaggenmeer einfangen.

Die meisten Medien-Vertreter erhielten den Eindruck, daß die Menge für die Volkskirche jubelte. Der Eindruck trügte.

Messe-Teilnehmer, die in der Mitte oder hinten standen, berichteten, die Mehrheit der Menschen habe sich bei den politischen Demonstrationen passiv verhalten oder gar gebuht. Als die Regisseure am Schluß die sandinistische Hymne anstimmen ließen („Genossen, laßt' uns vorwärts marschieren ..."), liefen die meisten Leute betreten davon.

Der Papst war mit seinem Einheitsappell fast zu Ende, als die ersten „Poder Popular"-Rufe angestimmt wurden. Diese Schreie vermochte er noch mit einem schroffen „Silencio" (Ruhe) stoppen. Gegen die anderen Störmanöver blieb er dann machtlos.

Oft kamen die Sprechchor-Kommandos auch von den Rängen der Regierungsmitglieder. Minister und Comandantes erhoben sich, reckten den rechten Arm und ballten die Faust: „Poder Popular, Poder Popular". Auch während der Kommunion wurde mit geballten Fäusten gebrüllt.

Der Gast aus Rom hatte sich sichtlich erschöpft und fassungslos von dieser Versammlung verabschiedet. Bischöfe mußten ihn stützen, einige legten tröstend ihre Hand um seine Schulter. Der letzte Wunsch des Papstes für dieses Land war: „Gott schütze Nicaragua." (SAD)

Seite 2: Demut, nicht Demütigung

El Salvadors Kirche ist tief in Politik verstrickt

tho, **San Salvador**

„Mit Angst und Zittern" hat Arturo Rivera y Damas die längst fällige Berufung des Papstes zum Erzbischof von El Salvador angenommen. Er weiß, wie gefährlich seine Mission sein wird. Er konnte fast drei Jahre lang als „apostolischer Administrator" die komplizierte Problematik kennenlernen.

Rivera y Damas soll einen ideologisch gespaltenen und tief in die politischen Wirren des Landes verstrickten Klerus führen und verhindern, daß es zum Schisma kommt. Ein diplomatischer Beobachter vergleicht diese Aufgabe mit einer „Trapezakrobatik ohne Netz". Sein Amtsvorgänger Oscar Arnulfo Romero war dabei gescheitert.

Erzbischof Romero ist am 24. März 1980 von einem bisher nicht gefaßten Attentäter während einer Seelenmesse erschossen worden. Er hatte einen Tag zuvor die totale Konfrontation mit den Streitkräften gewagt, als er ihre Truppen zur Befehlsverweigerung aufrief: „Kein Soldat soll sich gezwungen fühlen, einem Befehl zu folgen, der den Gesetzen Gottes widerspricht."

Romero war einst ein konservativer Landpfarrer aus der Provinz San Miguel. Linke Priester hatten seine Ernennung zum salvadorianischen Kirchenführer 1976 kritisiert und Rivera y Damas empfohlen. Mit der wachsenden politischen Polarisierung, die innerhalb von drei Jahren auch den Tod von 14 Priestern forderte, geriet Romero zwischen die Fronten und schließlich auf die Seite der Gegner der damaligen Junta.

Arturo Rivera y Damas, 59, Sohn einer reichen Grundbesitzerfamilie aus der Provinz Usulatan, brachte die Kirche aus dem Schußfeld, im wahrsten Sinne des Wortes: In den letzten drei Jahren hat es keinen Priestermord mehr gegeben.

Rivera y Damas, der öfter das Salesianer-Kloster im bayrischen Ottobeuren besuchte und sich mit deutschen Gästen gern in deren Muttersprache unterhält, hält einen Kurs der Mitte. Bei seinen politischen Predigten während der Sonntagsmesse in der Kathedrale verurteilt er die Gewaltakte beider Seiten. Auch die marxistische Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) erntet Kritik.

Der neue Erzbischof ist eng befreundet mit dem christdemokratischen Führer Jose Napoleon Duarte, der bis zu den Wahlen vor einem Jahr Junta-Präsident war. Er bewertete die Wahlen, die trotz der brutalen Einschüchterungsversuche der Rebellen eine Beteiligung von mehr als 80 Prozent brachten, als eine „Niederlage" der FMLN. Deutlich distanzierte er sich dann jedoch von der rechtsgerichteten Arena-Partei des früheren Geheimdienst-Majors Roberto d'Aubuisson, der Präsident der Verfassunggebenden Versammlung wurde. Besonders die Forderungen d'Aubuissons nach einer schärferen Kriegsführung der Streitkräfte gegen die Partisanen stießen bei ihm auf Widerstand.

Rivera y Damas verurteilt „jede Einmischung von außen" und eine militärische Eskalation. „Mehr Waffen bringen nur mehr Blutvergießen", warnt er. Er wünscht Verhandlungen und glaubt an die Möglichkeit einer politischen Lösung des Konflikts, der in den letzten drei Jahren fast 40 000 Todesopfer gefordert hat. Er unterstützt die Pläne für Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im März kommenden Jahres und empfiehlt die Teilnahme linker Gruppen. (SAD)

In Guatemala breiten sich immer mehr Sekten aus

tho, **San Salvador**

Manchmal unterbricht General Rios Montt eine Kabinettssitzung, um niederzuknien und ein lautes Gebet zu sprechen. Bei seinen Fernsehauftritten zitiert er die Bibel und predigt die Familienmoral. Bei einer Versammlung von 200 000 Gläubigen erntete er im vergangenen November lebhaften Applaus und fragte dann, ob der Papst wohl eine so große Menge mobilisieren und eine solche Begeisterung auslösen werde.

Papst Johannes Paul II. wird in Guatemala, der vierten Station seiner Mittelamerika-Reise, ein neues Problem der katholischen Kirche in dieser Region kennenlernen: die Herausforderung der protestantischen Sekten. Nirgendwo anders auf dem Halbkontinent haben diese religiösen Gruppen einen so fruchtbaren Boden für ihre Arbeit gefunden wie in dieser Indianer- und Mestizennation.

Schon sind mehr als 23 Prozent der sieben Millionen Guatemalteken auf irgendeinen protestantischen Glauben getauft. Sekten aller Schattierungen entfalten selbst in den entlegensten Hochlandgebieten rege Aktivitäten. In Chimaltenango, der Hauptstadt der gleichnamigen Provinz, gibt es heute nicht weniger als 30 verschiedene evangelische Kirchen.

Der erfolgreichste Missionar ist General Efrain Rios Montt, der Präsident, der seit fünf Jahren der amerikanischen Religionsgemeinschaft „Christian Church of the World" angehört und sich von Glaubensbrüdern auch in politischen Dingen beraten läßt. Er betrachtet die Berufung an die Staats-Spitze am 23. März 1982 durch junge Putsch-Offiziere als ein Signal Gottes. Er glaubt, daß er in Gottes Auftrag eine neue Nation mit christlichen Werten schaffen soll.

Nach einem brutalen und blutigen Krieg gegen marxistische Rebellen, in dem sich vor einem Jahr noch kein Ende abzeichnete, konnte Rios Montt, der Bruder eines katholischen Bischofs, innerhalb weniger Monate das Blatt zugunsten der Regierung wenden. Seine besten Waffen waren neben sozialen Initiativen wie die Verteilung von Lebensmitteln und die Errichtung von Wohnungen, Schulen und Krankenhäusern seine integre Persönlichkeit.

Der Kreuzzug der Protestanten in Guatemala hätte zu keinem besseren Zeitpunkt für sie kommen können: Die katholische Kirche ist wie in den Nachbarstaaten El Salvador und Nicaragua durch eine ideologische Spaltung geschwächt.

In den letzten fünf Jahren sind 16 Priester Opfer politischer Gewalt geworden; die meisten starben unter den Schüssen rechter Fememörder. Mindestens vier Priester kämpfen mit der Guerrilla. Der soziale Aktivismus des linken Klerus hat in konservativen Bevölkerungskreisen und auch bei vielen Offizieren tiefen Haß ausgelöst, aus dem heraus jeder Soutane-Träger in den Ruch der „Subversion" geriet.

Der guatemaltekische Kardinal Mario Casariego hofft, daß der Papst während seines Besuches seiner bedrängten Kirche „neue Kraft und Impulse" geben kann. Sein Aufenthalt soll „eine große Manifestation des katholischen Glaubens" werden. Andere Priester warnen vor den Gefahren der „Theologie der Befreiung", die den sozialen Aktivismus inspiriert, die Kirche aber auch oft in die Nähe des Marxismus gerückt hat. (SAD)

Personalien

GEBURTSTAG

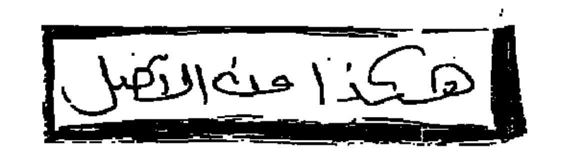
Der Verleger und Chefredakteur der „Esslinger Zeitung", **Otto Wolfgang Bechtle**, feiert am 10. März seinen 65. Geburtstag. Bechtle, der ein Humanistisches Gymnasium absolvierte, wurde zunächst Offizier und Flugzeugführer bei der Luftwaffe. Während des Zweiten Weltkrieges wurde er zum Generalstabsoffizier ausgebildet und war zuletzt bei der Luftwaffe 6. Nach dem Krieg wurde er Verlagsbuchhändler. Otto Wolfgang Bechtle übernahm 1947 die Geschäftsleitung des Familienunternehmens in Esslingen. Die Esslinger Zeitung erschien am 1. Februar 1949 mit einer Lizenz der US-Militärregierung, zunächst unter dem Titel „Neckar Post"". Im gleichen Jahr gründete Bechtle mit zwei Brüdern den Bechtle-Verlag, der sich der schönen Literatur, der Lyrik, des Humors annimmt und auch zeitgeschichtliche Werke, der Geschichte und Politik publiziert. Die Verlagsleitung übersiedelte 1960 nach München. Zu dem Unternehmen gehört heute auch die „Cannstatter Zeitung" und die „Untertürkheimer Zeitung". Otto Wolfgang Bechtle engagierte sich daneben in vielen berufsständischen Vertretungen: Er gehört zu den Gründungsmitgliedern des Verbandes Südwestdeutscher Zeitungsverleger, dessen Vorsitzender er seit 1970 ist, und deren Mitgliedsverlage inzwischen 2,3 Millionen Tageszeitungen auf den Markt bringen. Von 1978 bis 1980 war er Sprecher des Deutschen Presserats und seit 1975 ist er Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Er gehört dem Verwaltungsrat der Vereinigten Wirtschaftsdienste an, dem Erweiterten Präsidium des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger und ist einer der Vizepräsidenten des Internationalen Zeitungsverlegerverbandes.

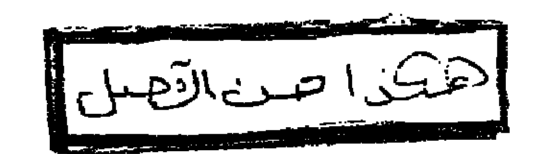
VERANSTALTUNG

Dr. Otto Herbert Hajek, Professor für Bildhauerei an der Staatlichen Akademie der bildenden Künste in Karlsruhe, wird mit seiner Bildhauerklasse vom 10. März bis 2. April eine Studienexpedition nach Indien unternehmen. Hajek, der mit international bekannten Künstlern und in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung den Nord-Süd-Kulturdialog anregte, war in Indien mit dieser Idee auf größtes Interesse gestoßen. Vorgesehen sind jetzt Treffen mit Künstlern der Lalit Kala Akademie und der Besuch der Bildhauerzentren von Khajouraho, Agra, Varanasi, Jaipur und New Delhi. Die Karlsruher besichtigen außerdem die Höhlenfelsentempel von Ellora und Ajanta, deren Entstehung bis auf 200 vor Christus zurückgeht. Die Bundesregierung wird die Studienexpedition finanziell unterstützen.

GESTORBEN

Als eine „herausragende Richterpersönlichkeit der Nachkriegszeit" hat Bundesjustizminister **Hans A. Engelhardt** den früheren Präsidenten des Bundesgerichtshofes, **Dr. Robert Fischer**, gewürdigt, der am 4. März starb. Fischer habe die Rechtsprechung in der Bundesrepublik maßgeblich mitbeeinflußt und das hohe Ansehen des Bundesgerichtshofes mitgeprägt, erklärte der Minister in seinem Nachruf. Dr. Fischer, in Gießen 1911 geboren, war von 1968 bis 1977 der dritte Präsident des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe. Dort gehörte er seinerzeit auch mit zu den ersten Richtern.





Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Falsche Voraussetzungen

„Union schlägt ‚DDR' Dialog vor": WELT vom 25. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

die von dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rühe, vorgeschlagene Initiative für einen umfassenden Meinungsaustausch mit der „DDR"-Zielrichtung: „Erziehung zum Frieden" – geht von falschen Voraussetzungen aus und wird sich deshalb als ebenso fruchtlos und illusionär erweisen wie das „Entspannungs"-Konzept der verflossenen Bundesregierung.

Herr Rühe übersieht erstens, daß die „DDR"-Führung in ihren Handlungen nicht selbständig entscheiden kann, sondern von den Interessen und Weisungen Moskaus abhängt. Dies betrifft in besonderem Maße die Probleme um Krieg und Frieden, um Rüstung und Abrüstung sowie die geistigen und politischen Vorbereitungen dazu.

Zweitens erkennt der CDU-Politiker offenbar nicht, daß die Militarisierung des gesamten öffentlichen Lebens in Mitteldeutschland und die dort vom Kindergarten bis zur Hochschule reichende Erziehung zum Haß auf alles Westliche unverzichtbare Herrschaftsinstrumente der SED darstellen, die im übrigen typisch für den ganzen kommunistischen Machtbereich sind. Ein vom „Klassenfeind" ausgedachter Plan, sie abzustumpfen oder ganz zum Verschwinden zu bringen, wird auf der anderen Seite bestenfalls ein mitleidiges Lächeln über unsere bodenlose Naivität hervorrufen.

Und was den von Herrn Rühe vorgeschlagenen Austausch von Wissenschaftlern, die Stipendienstiftung (wer soll konkret davon profitieren?) und das gemeinsame Kulturmagazin betrifft, so dürfte von vornherein sicher sein, daß an der Ausführung derartiger Pläne die unterdrückte mitteldeutsche Bevölkerung am allerwenigsten beteiligt sein würde. Alles würde in den Händen einiger weniger, demokratisch nicht legitimierter Funktionäre liegen, die ausschließlich das Interesse ihrer eigenen Partei und deren Ideologie im Auge haben.

Hier liegt auch der Kern des im Ansatz falschen Vorschlags: Herr Rühe möchte den zweiten Schritt vor dem ersten tun. Ich meine: erst müssen in der „DDR" die wesentlichen Grundrechte, von der Meinungsfreiheit bis zur Freizügigkeit, verwirklicht werden; dann ergeben sich enger gesteckte Vorhaben wie ein Kulturabkommen und Schülerbegegnungen ganz von selbst. Herr Rühe fordert die Schaffung einer „haßfreien Zone" in Deutschland; was gebraucht wird, ist eine f r e i e Zone!

Mit freundlichen Grüßen
H.-J. Caspar,
Henstedt-Ulzburg 3

Schizophrenie

„Pankraz, ein Lexikon und die Dissidenten": WELT vom 28. Februar

Lieber Pankraz,

natürlich ist es nicht nur ein Unsinn, etwa Alexander Dubcek als „Dissidenten" zu bezeichnen: Es ist gleichzeitig auch eine Beleidigung von ihm persönlich und andererseits von allen echten „Dissidenten" (irgendwie mag ich dieses Wort gar nicht!). Er war doch ein Mann, der damals alle diejenigen, die die Meinung äußerten, nur ein politischer Pluralismus sei eine Garantie gegen den Mißbrauch der Macht als „anarchisierende Radikale" bezeichnete, diejenige, die vor dem sowjetischen Einmarsch warnten, als Verrückte, denn (so er), es sei doch eine „Absurdität zu glauben, daß uns ein sozialistischer Bruderstaat militärisch überfallen könnte". Ein Mann, der noch vor wenigen Jahren meinte, es würde genügen, „die sowjetischen Genossen richtig zu informieren, dann würden sie sicher die Fortsetzung des Prager Frühlings erlauben".

Nein, er war nie ein Dissident. Aber das sind auch manche nicht, die aus der „DDR" kommen und hier den „Kommunismus unter der italienischen Sonne" oder einen Sozialismus mit grünem Antlitz predigen. Die Herren Biermann und Bahros sind wohl eher ein geschickter ideologischer Export des SED-Staates. Es kommen jedoch auch nicht wenige Leute aus meiner ersten Heimat, die im Sozialismus zwar nicht leben konnten, nun jedoch dieses fabelhafte System hierzulande einführen möchten.

In solchen Fällen handelt es sich einfach um eine Geisteskrankheit – und die Diagnose heißt Schizophrenie.

Ihr Ludek Pachman,
Griesbach i. Rottal

Wort des Tages

„Die Freiheit besteht darin, daß man alles das tun kann, was einem anderen nicht schadet."

Matthias Claudius, dt. Dichter (1740–1815)

Siebenteilige Serie über den Vater der Atombombe, J. R. Oppenheimer

Er legte sein Gewissen an die Kette

Am 6. August 1945 detonierte über Hiroshima die erste gegen Menschen eingesetzte Atombombe. Sie tötete 100 000 Japaner. Der Mann, der die Bombe konstruierte, hieß J. Robert Oppenheimer. Als er die Bilder des Infernos von Hiroshima sah, zitierte er selbstkritisch und verzweifelt die Bhagavad Ghita: „Ich bin der Tod geworden!"

Schon einmal stand der Wissenschaftler im Mittelpunkt eines Theaterstücks: Heiner Kipphardts Bühnenszenarium „In der Sache J. Robert Oppenheimer" wurde zum Tribunal eines Systems, das – aus Sicherheitsgründen – seinen wehrtechnischen Zulieferern das eigenständige politische Denkvermögen amputieren wollte. „McCarthy" hieß das Stichwort jener Ära, die acht Jahre nach Hiroshima den „Vater der Atombombe" nach einer spektakulären Anhörung vor dem Personnel Security Board (Sicherheitsausschuß zur Überprüfung von Wissenschaftlern, Künstlern, Politikern auf ihre politische Zuverlässigkeit) als Sicherheitsrisiko einstufte und ihn seiner Ämter enthob.

Oppenheimer, der 1954 von amerikanischen „Kommunistenfressern" sogar beschuldigt worden war, ein Sowjetagent und Komplize des Atomspions Klaus Fuchs gewesen zu sein, wurde 1963 von Präsident Lyndon B. Johnson rehabilitiert und mit dem Enrico-Fermi-Preis ausgezeichnet – der höchsten Ehrung, die in den USA für Physiker zu vergeben ist. Vier Jahre später starb er. Die Gewissensfrage, wie er die eigene Rolle beim Marsch der Menschheit in die neue Urangst, den globalen „Blow-up", bewältigt hatte, blieb unbeantwortet.

Für die BBC wurde die filmische Expedition in das Persönlichkeitszentrum Oppenheimers, dreizehn Jahre nach seinem Tod, zum faszinierenden Puzzlespiel. Produzent Peter Goodchild wollte vor allem authentisch sein. So blieb in der Vorbereitungsphase kein überlebender Freund, Kollege oder Bekannter unbefragt. Das „Freedom of Information Act", ein US-Gesetz zur Wahrung der Informationsfreiheit, öffnete den BBC-Rechercheuren die Archive des FBI, wo Oppenheimers Befragungsprotokolle von 1954 unter Verschluß lagen. So konnte Drehbuchautor Peter Prince sein Oppenheimer-Porträt weitgehend freihalten von Spekulationen – ein Faktum, das die Serie zur nachgestellten Dokumentation aufwertet.

Oppenheimer-Darsteller Sam Waterston studierte wochenlang Oppenheimers Gesten, Eigenarten, typische Bewegungsabläufe, Verhaltensmuster. Sein Eindringen in die fremde Persönlichkeit war so perfekt, daß Freunde des Atomphysikers nach Begutachtung der ersten Drehmuster sagten: „Er hat Oppie aus dem Grab zurückgeholt!" Mit intellektuell geschärftem Einfühlungsvermögen verkörpert Waterston Oppenheimer, wie er vermutlich wirklich war: ein glänzender Geist und Wissenschaftler, der das eigene Gewissen – nach Hiroshima und Nagasaki – mit dem Schulterzucken des Theoretikers im Elfenbeinturm an die Kette legt: „Ein Wissenschaftler kann den Fortschritt nicht aufhalten aufgrund von Befürchtungen, was die Welt mit seinen Entdeckungen tun wird!" Einen Oppenheimer aber auch, der angesichts des heraufdämmernden globalen Nuklear-Infernos zunehmend an dieser Position des „Nichtverantwortlichseins" zu zweifeln beginnt

J. Robert Oppenheimer, Atomphysiker (1) – ARD, 20.15 Uhr

Davis hat seine Oppenheimer-Story, soweit möglich, an den Originalschauplätzen gedreht. Bei der Rekonstruktion der vorbereitenden A-Bomben-Experimente wurden die alten Laboreinrichtungen benutzt. Wenige Wochen, bevor die Serie in der Bundesrepublik anläuft, wurde die Oppenheimer-Story in den USA sozusagen vom Leben ergänzt. Der Physik-Nobelpreisträger Hans Bethe, langjähriges Mitglied des Oppenheimer-Teams und zeitweilig in Los Alamos (dem A- und N-Bomben-Zentrum in New Mexico) Vorgesetzter von Edward Teller, behauptete in einem jetzt freigegebenen Bericht von 1954, nicht Oppenheimer habe mit seinen Skrupeln den Bau der N-Bombe verzögert, sondern in erster Linie Teller. Der gebürtige Ungar habe das N-Bomben-Projekt durch falsche Grundlagenberechnungen zeitlich stark zurückgeworfen. Oppenheimer selbst sei bei seiner schicksalhaften Anhörung vor dem Sicherheitsausschuß ein Gefangener der Geheimhaltungspflicht gewesen. Deshalb sei es ihm unmöglich gewesen, sich mit Tellers Fehlberechnungen gegen den Vorwurf der politisch motivierten Projektverzögerung zu verteidigen.

HANS-HEINZ KANNENBERG

KRITIK

Der Alptraum vom selbstgemachten Fernsehen

Respekt, Respekt, wie sich Leo Brawand auf dem öffentlich-rechtlichen Bildschirm des Bayerischen Rundfunks der Konkurrenz widmete. Schließlich ging es bei **Kasse mit Kassette** (ARD) um das eigene Bildschirmprogramm von der Videokassette, also Fernsehen selbstgemacht (per Videokamera) oder selbstzusammengestellt (per Aufzeichnung oder Ausleihe bespielter Bänder). Und bei dem Satz „Das Gerede von der Verbrauchersättigung ist in einer Marktwirtschaft manchmal nur die Entschuldigung für Einfallslosigkeit, das beweist Video" muß der Intendant wohl gerade weggehört haben.

Tatsache ist, daß gegen Ende dieses Jahres in jedem zweiten Haushalt ein Videorecorder stehen wird, obwohl drei verschiedene und nicht kompatible Systeme angeboten werden und die Hersteller sich erst für 1984/85 auf eine Standardkassette einigen konnten. Tatsache ist auch, daß die Kunden der Videotheken und Videoläden monatlich etwa 40 Mark für die geliehene Bilderwelt – meist Kinofilme – ausgeben. Tatsache ist weiter, daß sich besonders mit Sex und Gewalt gut Kasse machen läßt, auch wenn die Verleiher dem Publikum hier „Besserung" bescheinigen.

Immerhin sind von 3000 angebotenen Filmen 100 indiziert, müssen 700 weitere erst noch geprüft werden. Die Chancen des Video sind groß: Eigenaufzeichnung von der Geburt bis zur Bahre, auch das Testament gibt es schon mit Bildern; Fertigangebote vom Kinofilm bis zur Lehrlingsausbildung; Lokalberichterstattung durch kommerzielles Stadtfernsehen und „Bürgermedium Video" bei den Alternativen. Auf der anderen Seite steht ein erbarmungsloser Kampf um Marktanteile und Preise, die Drohung eines neuen Kinosterbens, der Alptraum vom Video total. Knüller oder Pleite – spätestens mit Einführung des Satelliten- und Kabelfernsehens wird sich das zeigen.

PETER BÖBBIS





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.05 Musik kennt keine Grenzen
11.35 Umschau
12.00 Wahl-Nachlese
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Typisch! Typisch?
Spiel um Vorurteile
Zum Beispiel: Bauern
17.00 Spaß muß sein
Mit Hanni und dem Walroß
17.40 Tele-Lexikon
Uhren
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 J. Robert Oppenheimer
Atomphysiker (1)
Neue Fernsehserie in sieben Teilen
Regie: Barry Davis
Anschließend:
Ein Platz an der Sonne
21.15 Algarve ohne Sonnenschein
Filmbericht aus Portugals tiefem Süden
Von Wolf Hanke
21.45 Eine Frau macht Geschichten
Show-Episoden mit Angelika Milster
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Die Erbschaft
Ungar.-franz. Spielfilm, 1980
00.40 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Lehrerprobleme – Schülerprobleme
Schlechte Schulleistung
Teil 1: Allgemeines Schulversagen
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Lassie
Schlamperei
17.00 heute
17.08 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Marianne Rosenberg und Wolf Maahn
Anschließend:
Das geht Sie an!
Steuer sparen – aber wie?
17.50 SOKO 5113
Horrortrip (Teil 1)
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 SOKO 5113
Horrortrip (Teil 2)
19.00 heute
19.30 Vorsicht – Musik!
Hits mit Witz
vorgestellt von Frank Zander
20.15 Aus Forschung und Technik
Der Umgang mit der Bombe
Leitung: Joachim Bublath
21.00 heute-journal
21.20 David
Spielfilm
23.20 heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Deutsch (23)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich
Gerhart Baum (FDP), Ex-Bundesinnenminister
21.45 Landesspiegel
Hinter den Schlagzeilen
Bürger und Polizei
22.15 Wenn wir zusammenlebten ...
Ein Tagebuchfilm von Antonio Skármeta
Der chilenische Schriftsteller und Drehbuchautor Antonio Skármeta („Es herrscht Ruhe im Land") kam 1974 in die Bundesrepublik und lebt heute in West-Berlin.
23.55 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Berufsausbildung
Drei Jahre später (2)
19.15 Naturwissenschaftliches Feature
Welcher Strom ist schöner?
Risiken von Kohle- und Kernkraftwerken
20.00 Tagesschau
20.15 Das Kabarettpodium
Thomas Freitag
21.15 Leute
Eine neue Talkshow aus Berlin.
Live aus dem Café Kranzler
23.15 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Montagsspaß (10)
19.00 Märchenhafte Reise durch die Schwalm zur Eder (3)
19.30 Elternstammtisch
20.00 Tagesschau
20.15 Horizonte
Ein ökumenisches Magazin
21.00 Drei aktuell
21.15 Captain Paris
US-Kriminalserie
Heute: Freunde und Feinde
22.00 Kultur international
Moderation: Günter Lüdcke
22.45 ... und sie bewegt sich doch
Das vierte Soloprogramm von Thomas Freitag

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Deutsch (23)
19.00 Komm ins Meer
3. Die Rückkehrer
19.35 Bonanza
Überfall auf die Ponderosa
20.25 Menschen unter uns:
Ein Bürgermeister und sein Dorf
21.10 Soap – oder: Trautes Heim (22)
21.35 Reden muß man miteinander
2. Der Fall Ottokar
22.10 Turnier der Schachgroßmeister (9)

BAYERN

18.15 Zirkusgeschichten
18.40 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars
18.45 Rundschau
19.00 Die schönsten Fabeln der Welt
Die Schlange und ihr Schwanz
19.05 Die Nacht ist mein Feind
Engl. Spielfilm, 1959
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 Bunt ist die Welt
22.50 Rundschau

‚Deutsche machen eine komplizierte Phase durch‘

SAD. Washington

Deutschland-Experten der US-Regierung gehen davon aus, daß sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen auch nach einem Wahlsieg Helmut Kohls schwierig gestalten werden, da der Bundesrepublik in ihrem Bemühen um größeres Gewicht in der Weltpolitik in jedem Fall „zwei bis fünf sehr unruhige Jahre" ins Haus stünden.

Die Bundesrepublik – „ein Land auf der Suche nach seiner Identität" – werde sich um größere wirtschaftliche und diplomatische Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten bemühen, sagte ein Beamter des Außenministeriums vor Journalisten. „Die Regierung Kohl", fügte er hinzu, „ist fest auf unserer Seite, aber das bedeutet nicht, daß sie jederzeit in allen Themen mit uns übereinstimmt. Ich glaube, wir werden bald merken, daß sie ihre Interessen genauso fest verteidigen wird wie die SPD."

Die Deutschen in der Bundesrepublik, so der Beamte weiter, machten derzeit eine „komplizierte Phase" durch, deren Ende die Amerikaner, besonders der Kongreß „mit Geduld" abwarten sollten. Manchmal beschleiche ihn jedoch die Furcht, daß es den USA an der nötigen Geduld fehlen könnte, sagte er.

Andere Vertreter der US-Regierung hatten in den Wochen zuvor keinen Hehl aus ihrer Auffassung gemacht, daß die Bildung einer Koalition aus SPD und Grünen nach der Wahl in Bonn zu einer Belastung des Bündnisses führen würde. Sie versäumten es jedoch nie darauf hinzuweisen, daß sich diese Bedenken nicht gegen Hans-Jochen Vogel richteten, mit dem sie sich eine Zusammenarbeit durchaus vorstellen könnten.

In vielen Äußerungen von US-Experten schwingt die Sorge mit, daß es in der Bundesrepublik zu schweren Ausschreitungen kommen könnte, wenn nach einem Fehlschlag der Genfer Verhandlungen mit den Sowjets die für diesen Fall vorgesehene NATO-Nachrüstung mit neuen US-Mittelstreckenwaffen beginnt.

Falls es in einem solchen Fall zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen US-Soldaten kommen sollte, so ist in Washington immer wieder zu hören, würde die für den Abzug der amerikanischen Truppen in Deutschland eintretende Minderheit im Kongreß schlagartig starken Zulauf erhalten. „Gleichgültig, wer in Bonn regiert", so heißt es derzeit in Washington, „unsere Beziehungen werden komplizierter sein, als sie es je waren."

Canberra: Sieger Hawke gibt Wirtschaft Vorrang

Australiens Labor Party errang Mehrheit im Parlament

AFP/dpa, Canberra

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen in Australien hat die Labor-Partei des früheren Gewerkschaftsführers Robert Hawke einen überwältigenden Sieg über die seit 1975 regierende bürgerliche Koalition der Liberalen errungen. Der bisherige Ministerpräsident Malcolm Fraser gestand seine – erwartete – Niederlage noch am selben Tag in einer Fernsehansprache ein und kündigte seinen Rücktritt als Führer der Liberalen Partei an. Mit der Bildung der zweiten Labor-Regierung seit 1949 wird für Donnerstag gerechnet.

Nach vorläufigen Auszählergebnissen kann die Labor Party mit einer Mehrheit im Repräsentantenhaus (125 Sitze) von 18 bis 25 Mandaten rechnen. Im Senat, der Gesetze blockieren kann, wird ebenfalls mit Stimmengewinnen für Labor gerechnet.

Drei Mitglieder der Regierung Fraser unterlagen ihren Labor-Rivalen. In ganz Australien verlagerten sich rund fünf Prozent der Stimmen von den bisherigen Koalitionsparteien zur Labor-Partei.

Hawke kündigte gestern vor der Presse an, seine Regierung werde der Wirtschaft angesichts einer Arbeitslosigkeit von zehn Prozent und einer Inflationsrate von elf Prozent Priorität einräumen.

Eine der ersten Regierungsmaßnahmen wird nach seinen Worten die Einberufung eines „Wirtschaftsgipfels" sein, auf dem sich Gewerkschaften, Arbeitgeber, die Premierminister der Bundesstaaten und Verbraucherorganisationen über dringende Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise verständigen sollen. Hawke will zusätzliche Ministerien für Wirtschaftsentwicklung und für Erziehung und Jugend einrichten.

Fraser hatte Anfang Februar – acht Monate vor dem regulären Termin – Neuwahlen angekündigt und diesen Schritt mit dem Widerstand der Gewerkschaften gegen einen Lohnstopp und mit drohenden Streiks begründet.

Seite 2: Zu ungewissen Ufern

„Warnende Anzeichen"

Woche der Brüderlichkeit / Galinski sieht Geist des Bösen

hrk./DW. Berlin/Stuttgart

Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, sieht in einer steigenden Anzahl antisemitischer Ausschreitungen und in „zunehmender Ausländerfeindlichkeit" in der Bundesrepublik Deutschland „warnende Anzeichen".

Zur Eröffnung der „Woche der Brüderlichkeit" bemängelte Galinski, daß bisher „das Entsetzen, der Aufschrei und der entscheidende Widerstand" gegen derartige Tendenzen ausgeblieben sei.

Im Verfassungsschutz-Bericht sei zum ersten Mal die Rede von „hauptberuflichen" Terroristen aus rechtsextremistischen Kreisen. Galinski sprach von einem „bedrohlichen Geist, dem Geist des Bösen, den viele für tot erklärten".

Er forderte zu entschiedenem öffentlichen Protest und Widerstand gegen eine derartige Entwicklung auf. „Widerstehen wir zur rechten Zeit, wo es keine Gefahr ist, zur rechten Zeit zu widerstehen."

Er variierte damit das Motto der Woche der Brüderlichkeit in diesem Jahr: „Widerstehen zur rechten Zeit." Bei einem Festakt in Stuttgart in Anwesenheit von Bundespräsident Karl Carstens betonte der Vorsitzende des Direktoriums des Zentralrates der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, er glaube nach den Erfahrungen der vergangenen drei Jahrzehnte an die Möglichkeit, daß diese noch immer noch junge Demokratie auf dem Weg der Grundrechte vorankomme.

Nachmann kritisierte allerdings, daß sich in jüngster Zeit Vertreter christlicher Kirchen zu „deutschen Sittenwächtern" aufgeschwungen und sich nicht gescheut hätten, nationalsozialistische Konzentrationslager zum Vergleich mit dem israelisch-libanesischen Konflikt heranzuziehen.

Bei der Veranstaltung wurde die Buber-Rosenzweig-Medaille an Helene Jacobs verliehen wegen „persönlicher Tapferkeit" in einer Zeit, als „Menschlichkeit und Solidarität eine Seltenheit waren".

Nell-Breuning: Es gibt kein „Recht auf Arbeit"

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Für „ganz und gar aussichtslos" hält der Nestor der katholischen Soziallehre, Professor Oswald von Nell-Breuning, das Bemühen, Vollbeschäftigung allein wieder durch ein „angemessenes Wirtschaftswachstum" herbeizuführen. Wenn man heute diesen früheren Zustand auf dem Arbeitsmarkt wiederherstellen wolle, dann müsse man die Menschen damit beschäftigen, Dinge zu produzieren, die niemand brauche, sagte der Jesuitenpater.

In einem Interview mit dem Deutschlandfunk bezeichnete von Nell-Breuning das als „objektiven Widersinn" und „menschenunwürdige Zumutung". Der Mensch brauche zwar Arbeit als Lebensinhalt, dies müsse aber nicht unbedingt Tätigkeit im Produktionsprozeß sein. „Was mir im Augenblick das Dringlichste erscheint, ist, daß unsere Politiker den Blick für diese Möglichkeit öffnen, statt zu versuchen, mit Rezepten, die in den 50er und 60er Jahren zu vollem Erfolg geführt haben, wieder Vollbeschäftigung zu erreichen."

Ein „Recht auf Arbeit" im Sinne der heute oft gehörten Forderung sei „nicht zu greifen", er spreche von einem „Recht zu arbeiten". Das bedeute, fügte von Nell-Breuning hinzu, daß von einem Anspruch auf Einstellung und Beschäftigung nicht die Rede sein könne. Dagegen habe die Allgemeinheit in ihren politischen und anderen Organisationen dafür zu sorgen, daß Anlagen und Fähigkeiten von Menschen sich in Betätigung entfalten könnten. Die katholische Soziallehre habe sich mit dieser Gedankenführung jetzt „angefreundet", während sie sich früher hier deutlich anders geäußert habe.

Zur Arbeitszeitverkürzung meinte von Nell-Breuning, man habe ihn wegen seines Einsatzes dafür in der Vergangenheit „maßlos beschimpft und verhöhnt", inzwischen werde die Verkürzung aber mehr und mehr allgemeine Überzeugung. In diesem Zusammenhang kritisierte er den Vorsitzenden der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Otto Esser, der die Auffassung vertreten habe, daß man noch mehr arbeiten müsse, wenn man noch reicher werden wolle. Seine, Nell-Breunings, Auffassung sei hingegen, daß alle Menschen in die Lage versetzt werden müßten, durch ihre Tätigkeit auch ihren Lebensunterhalt zu verdienen, und diesen nicht „als Almosen empfangen zu müssen aus dritter Hand".

Mubarak warnt PLO vor Hetze gegen Kairo

London: Hohe Haftstrafen für palästinensische Attentäter

dpa/AFP/AP, Kairo/Jerusalem

Ägyptens Präsident Hosni Mubarak hat die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) beschuldigt, sie versuche, das ägyptische Volk und die Streitkräfte gegen seine Regierung aufzuhetzen. In einer Rede vor Parlamentariern der Regierungspartei NDP in Kairo warnte er die PLO am Wochenende: „Ich läute die Alarmglocke vielleicht einmal oder zweimal, aber nicht ein drittes Mal."

Mubarak machte klar, daß er keinerlei Einmischung der Palästinenser in die inneren Angelegenheiten Ägyptens dulden werde. „Die Bildung eines Staates im Staate würde ich niemals akzeptieren", sagte er in Anspielung auf die Rolle, die die PLO früher in Libanon gespielt hat.

PLO-Chef Arafat forderte er auf, unzweideutig zu wählen: Ägypten oder Syrien. Die Palästinenser müßten sich entscheiden, ob sie Frieden durch Verhandlungen mit Ägypten oder aber die „überspitzte" Position Syriens und damit die Möglichkeit eines endgültigen Verlustes des Westjordanlands und Gaza-Streifens vorzögen.

Mit seinen Äußerungen nahm Mubarak zum ersten Mal Stellung zu Kritik und Vorwürfen, die auf der Tagung des Palästinensischen Nationalrats in Algier gegen Ägypten erhoben worden waren. Der Chef der politischen Abteilung der PLO, Kaddoumi, hatte in Algier erklärt, die israelische Invasion in Libanon sei „eine goldene Gelegenheit für das ägyptische Regime gewesen, den Fehler von Camp David zu korrigieren". Kairo habe diese Gelegenheit jedoch nicht wahrgenommen. „Unsere Hoffnungen", so Kaddoumi auf der Tagung, „richten sich nun darauf, daß die nationale Bewegung Ägyptens und die Armee diese Situation korrigieren."

Beleidigung der Regierung

Mubarak betonte, solche Äußerungen liefen auf eine Aufhetzung des ägyptischen Volkes und der Streitkräfte gegen die Regierung hinaus. Er drohte jenen unter den 40 000 Palästinensern in Ägypten, die die Regierung beleidigten, „sehr harte Maßnahmen" an, darunter auch die Ausweisung. Er werde die palästinensische Sache weiter unterstützen, jedoch nicht zum Schaden seiner eigenen Interessen.

Jürgen Möllemann, Staatssekretär im Außenministerium der amtierenden Koalitionsregierung von Bundeskanzler Helmut Kohl, hat in einem von der kuwaitischen Tageszeitung „Al-Anbaa" gestern veröffentlichten Interview zugesagt, die Bundesrepublik Deutschland werde einen Palästinenserstaat in dem Moment anerkennen, in dem er gegründet sei. Nach Angaben des Blattes habe Möllemann die Notwendigkeit betont, daß die PLO an Nahost-Verhandlungen beteiligt werden müsse.

Libanon fürchtet Blockade

In Jerusalem beriet das israelische Kabinett gestern über den schleppenden Verlauf der Verhandlungen mit Libanon über den Abzug fremder Truppen. Dabei hatte Libanon in der vergangenen Woche die israelische Forderung nach völliger Öffnung der gemeinsamen Grenze energisch zurückgewiesen. Libanons Außenminister Elie Salem begründete die Haltung seiner Regierung damit, daß ein solcher Schritt die libanesische Wirtschaft zerstören und eine arabische Wirtschaftsblockade gegen Libanon provozieren würde.

FRITZ WIRTH, London

Die drei arabischen Attentäter, die im Juni 1982 den israelischen Botschafter Argov auf offener Straße zu ermorden versuchten, sind in London zu insgesamt 95 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der Botschafter überlebte den Anschlag, ist jedoch zeit seines Lebens paralysiert. Wenige Tage nach diesem Anschlag brach seinerzeit der Krieg in Libanon aus.

Die drei Araber sind Mitglieder einer Splittergruppe der PLO. Der Chef der drei Attentäter, der Iraker al-Banna, erhielt mit 35 Jahren die höchste Strafe. Hussein Said, der den Schuß auf den israelischen Botschafter abfeuerte und bei der Verfolgung selbst angeschossen wurde, wurde mit 30 Jahren Haft bestraft.

Es sind die höchsten Strafen, die je in der britischen Kriminalgeschichte wegen versuchten Mordes verhängt wurden. Richter Mars-Jones erklärte in der Urteilsbegründung: „Wir werden nicht dulden, daß Banden von Terroristen in diesem Lande operieren oder ihre Gewaltkampagnen auf den Straßen unserer Hauptstadt durchführen." In dem Verfahren, das 31 Tage dauerte, wurde enthüllt, daß die drei vor zwei Jahren mit der Absicht nach London gekommen waren, israelische Ziele in der Stadt anzugreifen.

Berlin entschied schon am Vormittag

hrk. Berlin

Knapp sieben Stunden vor dem Schließen der Wahllokale bei der Bundestagswahl bestimmte gestern das Berliner Abgeordnetenhaus die 22 Berliner Bundestagsabgeordneten. Aufgrund des Rechtsstatus der Stadt und alliierter Vorbehalte können die zwei Millionen Berliner weder ihre Bundestags- noch Europa-Abgeordneten direkt wählen.

Die 132 Abgeordneten erhoben sich zum Zeichen ihres Einverständnisses mit den von CDU, SPD, FDP und Alternativer Liste aufgestellten 22 Bewerbern um die Plätze im Bundestag von den Plätzen. Als der SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel den Plenarsaal betrat, begrüßte ihn die SPD-Fraktion mit Beifall. Aus den Reihen der CDU wurden Buh-Rufe laut.

Unter den 22 Abgeordneten stellt die CDU elf (Spitzenkandidat Staatssekretär Peter Lorenz), die SPD neun, FDP und AL jeweils einen Vertreter. Mit dem Fernseh-Journalisten Dirk Schneider, der sich in weinrotem Nicki-Pullover und Cordhosen zu den CDU-Bundestagskandidaten gesetzt hatte, zog zum erstenmal ein den Grünen zuzurechnender Vertreter in den Bundestag ein.

An der Bundestagswahl nahmen mindestens 40 000, vermutlich aber zwischen 60 000 und 80 000 Berliner teil, sofern sie einen zweiten Wohnsitz in Westdeutschland nachwiesen oder dort ihren Hauptwohnsitz haben. Nach Angaben der Senatsinnenverwaltung forderten rund 40 000 Berliner die entsprechende Unterlage ihrer Berliner Meldebehörde an, daß sie einen zweiten Wohnsitz in Westdeutschland besitzen. Auf dieser Bescheinigung konnten bis zu vier Personen aufgeführt werden, so daß sich eine Schätzzahl von 60 000 bis 80 000 Berliner Wählern ergibt.

Am Sonntagmittag gab sich SPD-Kandidat Vogel zuversichtlich. „Die Partei war noch niemals so mobilisiert wie jetzt", sagte er. Nach einer Prognose befragt, verwies er auf den Tip eines Berliner SPD-Politikers, der die SPD mit 45,6 Prozent der Stimmen um 0,2 Prozent vor der CDU/CSU sah und weder der FDP noch den Grünen den Einzug in den Bundestag attestierte: „Dieser Tip gefällt mir", meinte Vogel zur WELT.

Der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker zeigte sich zu diesem Zeitpunkt sicher, daß vier Parteien in den Bundestag gelangen und die Koalition siegen werde.

Schädliche Eingriffe

Mk. – Über die vergangenen 25 Jahre gesehen spricht das HWWA Institut für Wirtschaftsforschung in einer Untersuchung von einem „einschneidenden Tendenzumbruch" im Welthandel. Zwischen 1960 und 1973, dem Jahr des ersten Ölpreisschocks, war das Volumen des Welthandels jährlich inflationsbereinigt um reichlich acht Prozent gestiegen. Dieses Jahr könnte nach dieser Analyse das vierte Jahr der Stagnation werden.

Die Erklärung, durch die erste Ölkrise wurden die Zuwachsraten der vorangegangenen Zeit halbiert und durch die zweite Preisexplosion Ende der siebziger Jahre ganz beseitigt, wäre zu einfach. Sie könnte auch zu einem falschen Schluß verleiten. Die Ölpreise haben zweifellos einen Einfluß auf die Weltkonjunktur und damit auf den Warenaustausch gehabt, aber nicht nur sie allein. Daher ist die Hoffnung, wenn jetzt die Preise sinken, dann komme die weltweite Erholung fast von selbst, nur allzu trügerisch.

Die Ölkrise fiel zusammen mit der Änderung des Weltwährungssystems, mit einer weltweiten Inflation, mit einer Erstarrung der Wirtschaften durch wachsende Staatsanteile, Subventionen und Eingriffe in den Handel. Die internationale Wettbewerbsordnung zum Beispiel im Gatt veränderte sich, ohne daß ein neuer Rahmen gefunden wurde. Rund die Hälfte des Welthandels wird heute bereits „gemanaged", wird nicht mehr nach den Regeln des Freihandels abgewickelt.

Dies ist auch eine Folge der weltweiten wirtschaftlichen Schwäche der letzten Jahre. Diese wird sich durchgreifend jedoch nicht beheben lassen, wenn die Eingriffe in den internationalen Wettbewerb nicht abgebaut werden. Hier sind Initiativen – in Europa, zwischen den Industriestaaten und weltweit – überfällig.

Keine neuen Impulse

Von LEO FISCHER

ie Konjunkturhoffnungen, die die Rohstoffbörsen im Januar stark beflügelt hatten, scheinen h nun zu bestätigen. Vor allem den USA signalisieren die neuen Konjunkturindikatoren das de der Rezession und den Bein des Aufschwungs. Aber wer wartet hatte, daß diese Nachrichden Rohstoffbörsen im Februar ue Impulse geben würden, sah h enttäuscht.

Dies lag gewiß zum einen daran, ß der starke Sprung der Konkturindikatoren in den USA et zum Ende der Berichtszeit bent wurde. Zum zweiten hatten Rohstoffmärkte im Januar on einige von den guten Konkturnachrichten aus den USA, dann gegen Ende Februar ließlich bekannt wurden, vorggenommen.

Von entscheidendem Einfluß auf Entwicklung an den Rohstoffirkten im Februar war aber wohl Rückgang der Ölpreise. Er chte sich bei den Edelmetallen, er auch bei einigen NE-Metallen sonders bemerkbar. Der sinken Ölpreis wirkt tendenziell deflanär und veranlaßte alle die Spelanten zum Ausstieg aus den tallen, die diese zuvor in Erwarng eines Inflationsschubs in Zunmenhang mit einem konjunkellen Aufschwung erworben tten.

m Falle von Gold fiel der eisrutsch besonders ausgeprägt s, weil die Spekulanten stark ch oben übertrieben hatten. Vor natsfrist hatte die Degussa gernt, daß das gelbe Metall bei eisen um 500 Dollar für einen eisrückgang anfällig sei, weil der rangegangene Aufschwung ht von der industriellen Nachge getragen wurde. Aus charthnischer Sicht wird es jetzt ch Meinung der Degussa wichtig n, ob die 400-Dollar-Marke nicht ch unten durchbrochen wird.

uch Kupfer bewegt sich weiter im Schlepptau der Goldspekuion, auch wenn das bei der chtagsbetrachtung nicht so htbar wird. Kupfer hatte aber ischenzeitlich mit 1126,50 Pfund ein *Dreijahreshoch* erklettert, bevor es zu dem Rückschlag kam, der inzwischen sogar bis auf einen Preis von 1068,75 Pfund geführt hat. Mittlerweile mußten die US-Hersteller ihre Verkaufspreise um zwei Cent zurücknehmen.

Eine Ausnahmestellung unter den Metallen nahm im Februar das Zinn ein. Der starke Preisaufschwung wird auf die anhaltenden Stützungskäufe für den Buffer Stock des Internationalen Zinnrats zurückgeführt. Auf diese Weise ist ez dem Zinnrat gelungen, den Londoner Zinnpreis in Übereinstimmung mit der Notierung von Penang zu bringen. Der Zinnpreis birgt auf dem jetzigen Niveau aber erhebliche Risiken. Ohne eine Vereinbarung aller Produzenten ist der augenblickliche Preis kaum zu halten. Die USA sollen im bisherigen Jahresverlauf 215 Tonnen Zinn unter dem vom Zinnrat festgesetzten Mindestpreis verkauft haben.

Die spektakulärste Preisentwicklung hat unter den Soft Commodities im letzten Monat Kautschuk aufzuweisen. Ausgelöst wurde die Preishausse, die mit 72 Pence je Kilo einen neuen Höchstpreis seit drei Jahren brachte, durch Engagements von Chart-Analysten. Dann gab es Gerüchte über russische Käufe von Kautschuk. Verstärkt wurde der Preisaufschwung schließlich, als bekannt wurde, daß Japaner und Chinesen wieder auf der Käuferseite sind. Weitere Nahrung erhielt die Hausse durch die Nachricht, daß die Exportländer die Vereinbarung über die Festlegung von Exportquoten verlängern wollen.

Weiter schwach tendiert der Zuckermarkt, und daran dürfte sich nach Ansicht des britischen Fachblattes „Sugar Journal" nichts ändern. Das Blatt rechnet noch bis Mitte 1984 mit eher nachgebenden Notierungen. So sind nach einer Schätzung der genannteh Publikation die Weltüberschußbestände in der Saison 1982/83 leicht von 8,689 auf 8,667 Millionen Tonnen gesunken. Die Bestände müßten aber noch weiter fallen, ehe sich die Zuckerpreise erholen könnten.

hstoffe	Börse	Einheit	Ende Februar 1983	Ende Januar 1983	Hoch 1983	Tief 1983
pfer	L	£/t	1098,50	1056,50	1126,50	932,25
ık	L	£/t	439,75	457,00	462,50	419,75
ın	L	£/t	8732,50	8125	8737,50	7392,50
ei	L	£/t	293,25	309,25	309,25	287,50
ld	L	$/Unze	419,75	503	511,50	419,75
ber	L	p/Unze	768,20	902,10	948,65	680,30
atin	L	£/Unze	261,15	311,70	322,00	244,55
eizen	C	Cts/bu	306,25	348,50	350,75	306,25
ais	C	Cts/bu	272,62	267,75	279,75	242,62
kao [1,3])	L	£/t	1264,50	1295,50	1366,50	866,50
ffee [1])	L	£/t	1641,50	1583	1734	1573,50
cker [2]	L	£/t	105	110	177	82
jaöl	C	Cts/lb	16,32	17,52	17,68	15,99
umwolle [3,4])	Li	Cts/kg	76,55	72,65	79,10	67,80
hweißwolle	S	Cts/kg	533,00	539,00	562,50	527,50
utschuk	L	p/kg	70,00	59,25	72,00	50,00
dices:						
ody's (31.12.31=100)	New York		1029,4	1064,2	1084,9	1005,8
uter's (18. 9.31=100)	London		1696,8	1661,2	1706,8	1527,7

weite Abladung · öchst-Tiefstpreis 1982/83 · A-Index-Preis
L = London · C = Chicago · S = Sydney · Li = Liverpool
Zusammengestellt von der Commerzbank AG

WIRTSCHAFTSLAGE / Wachstumsimpulse gehen vorerst nur vom Baubereich aus

Auch das Handwerk hat jetzt den konjunkturellen Tiefpunkt erreicht

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Auch das Handwerk hat nach eigener Einschätzung den *Tiefpunkt der konjunkturellen Entwicklung erreicht, wenn nicht gar* überwunden. Nach den jüngsten Konjunkturberichten der Handwerkskammern an den Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) dürfte sich die Besserung der Wirtschaftslage in diesem Bereich jedoch nur ganz allmählich durchsetzen. Am günstigsten sieht es im Baugewerbe aus.

Nach dem Konjunkturbericht des ZDH hat sich die Lage des Handwerks im vierten Quartal gegenüber dem vorherigen Drei-Monats-Zeitraum nicht weiter verschlechtert. Da es jedoch noch an gesamtwirtschaftlichen Wachstumsimpulsen *mangelte*, sei die Geschäftslage der Unternehmen unbefriedigend geblieben.

Wegen der Nachfrageschwäche der privaten Haushalte, der fehlenden Investitionsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft und der geringen Auftragsvergabe der Gebietskörperschaften sei es im allgemeinen nur zu der jahreszeitlich üblichen Belebung gekommen. Der Umsatz habe wiederum unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahres gelegen. Gegenüber dem vorangegangenen Quartal habe sich die Auftragslage insgesamt nicht weiter verschlechtert und in Teilbereichen, vor allem aus saisonalen Gründen, leicht verbessert.

Der Verband geht davon aus, daß es zunächst zu deutlich unterschiedlichen Verläufen der Branchenkonjunkturen kommen werde. Dabei dürften Wachstumsimpulse vom Baugewerbe auf nachgelagerte Bereiche der metall- und holzverarbeitenden Handwerke ausgehen.

Die Nachfrage nach Bauleistungen habe bereits in einem für die Jahreszeit ungewöhnlichen Maße zugenommen. Der Auslastungsgrad der Betriebskapazitäten sei dennoch sehr gering geblieben. Dies dürfte sich nach Ansicht des Verbandes in den nächsten Monaten *aufgrund der gestiegenen Bau*genehmigungen, der Zinssenkungen und der staatlichen Wohnungsbaufördermaßnahmen ändern. Dies gelte in erster Linie für Firmen, die sich auf den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern spezialisiert haben. Dagegen dürfte das Ausbaugewerbe zunächst noch überwiegend mit Reparatur- und Modernisierungsaufträgen für Altbauten beschäftigt sein, wobei kleine Betriebe ihre Kapazitäten bisher besser auslasten konnten als die Großunternehmen. In diesem Bereich setzen sich die Impulse erfahrungsgemäß erst zeitlich verzögert durch. Unzureichend war die Auftragslage vor allem bei den Installationshandwerken.

Der Auftragsbestand ist in den metallverarbeitenden Zulieferbetrieben des Handwerks noch leicht gesunken. Hier bleibe das Urteil über die weitere Geschäftsentwicklung skeptisch. Zunehmende Aufträge würden lediglich von der Kraftfahrzeugindustrie erwartet. In den Kraftfahrzeughandwerken sei die Auftragslage und Beschäftigung bereits besser als in den Mo*naten zuvor* gewesen. Vor allem der Neuwagenabsatz habe sich belebt.

Die Lage in den Holzhandwerken sei von der nach wie vor geringen Bauproduktion geprägt worden. Auch bei den Gütern des gehobenen täglichen Bedarfs sei die Nachfrage schwach geblieben. Die Ausgaben der Konsumenten für Wohnbedarf und Kleidung haben aufgrund der erhöhten Sparneigung und der gesamtwirtschaftlich geschrumpften Kaufkraft deutlich abgenommen. Selbst im Dienstleistungssektor, vor allem bei Friseuren und Textilreinigern, habe sich die Beschäftigung und Auftragslage noch nicht gebessert.

Zu Neueinstellungen dürfte es in den nächsten Monaten im Handwerk nur in Ausnahmefällen, so im Bereich des Wohnungsbaus, kommen. Mit zunehmender Konjunkturbelebung dürfte jedoch der Fachkräftebedarf wieder steigen. Die im vergangenen Jahr um rund sechs Prozent auf rund 232 000 gestiegene Zahl neu abgeschlossener Lehrverträge wird vom Verband als Zeichen für die positiven Wachstumserwartungen der Handwerksunternehmen gewertet.

Die Ertragslage habe sich im Handwerk weiter verschlechtert, da der Kostenanstieg nur zum Teil überwälzt werden konnte. Teilweise seien sogar Preisnachlässe erforderlich gewesen, um den konjunkturell überhöhten Beschäftigtenstand in der Hoffnung auf eine baldige Lagebesserung halten zu können.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Das Gatt kann Agrarstreit mit USA nicht schlichten

WILHELM HADLER, Brüssel

Keine Klärung gebracht hat der Schiedsspruch des Gatt um die europäischen Agrarsubventionen. Die Amerikaner jedenfalls scheinen – wie aus ersten Reaktionen hervorgeht – ihren Kampf gegen die Exportpraktiken der EG fortsetzen zu wollen. Auf Antrag Washingtons hatten sich die Partner des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens mit den Exporterstattungen der Gemeinschaft für Mehl befaßt. Dabei war das „Gatt-Panel" zur Auffassung gelangt, daß der Vorwurf, die EG habe sich durch die Subventionen einen un*angemessenen Anteil am Welt*markt verschafft, nicht zu begründen sei.

Nach den in der „Tokio-Runde" vereinbarten Regeln sind nämlich Agrarbeihilfen nicht grundsätzlich untersagt, sondern nur dann, wenn sie als Instrument einer aggressiven Exportpolitik eingesetzt werden. Im Falle der EG hat das Gatt zwar festgestellt, daß die Restitutionen zu Marktstörungen führen könnten, den Nachweis für einen ungerechten Marktanteil jedoch *für nicht gegeben angesehen.*

Während die Brüsseler Kommission den Schiedsspruch öffentlich als einen Sieg feierte, äußerten sich die Amerikaner verständlicherweise kritisch: Sie werfen der EG nicht nur eine einseitige Interpretation der Stellungnahme, sondern auch Indiskretion vor, weil die Kommission entgegen einer vorherigen Absprache den Tenor des Gatt-Schiedsspruchs vorzeitig bekanntgemacht hatte.

Der Handelsbeauftragte Präsident Reagans, William Brock, vertrat im Gegensatz zur Kommission die Meinung, der Gatt-Ausschuß habe im wesentlichen die amerikanische Position gestützt. Die Weigerung der Gatt-Partner, aus ihrer Beurteilung auch die „logischen Konsequenzen" zu ziehen, lassen Zweifel an der Wirksamkeit des internationalen Schlichtungsverfahrens zu.

Inzwischen hat in Genf auch die erste Phase des Gatt-Verfahrens stattgefunden, das die Gemeinschaft ihrerseits gegen das Mehlgeschäft der USA mit Ägypten angestrengt hat. Die EG machte dabei *geltend, daß die Amerikaner die* Lieferung weit unter dem Weltmarktpreis zugesagt und damit die europäischen Exporteure von einem traditionellen Markt verdrängt hätten. Sie forderte Washington sogar zu einem Schadenersatz in Höhe von 30 Millionen Dollar auf. Dagegen wollte die US-Delegation auch für die Zukunft keine Zusage für einen Verzicht auf ähnliche Geschäfte geben.

Wie um den Disput weiter anzuheizen, haben die europäischen Dachverbände der Mühlenindustrie und des Getreide- und Futtermittelhandels die Kommission energisch um eine Anhebung der Ausfuhrerstattungen für Mehl ersucht. Sie berufen sich dabei ausdrücklich auf den Gatt-Schiedsspruch. Nach Angaben der Mühlen ist die EG durch das Ägypten-Geschäft um ein Drittel ihrer Mehlexporte gebracht worden. Die Exportaufträge seien 1982/83 bereits auf 2,1 Millionen Tonnen geschrumpft, verglichen mit 4,2 Millionen Tonnen im Vorjahr.

AUF EIN WORT

„Kleine und mittlere Unternehmen sind Garanten für ein ausreichendes Arbeits- und Ausbildungsplatzangebot. Und: Sie bilden das Rückgrat der Versorgung."

Dr. Ursula Engelen-Kefer, Leiterin der Abteilung Arbeitsmarkt beim DGB-Bundesvorstand.
FOTO: DIE WELT

Währungsreserven weltweit gesunken

AFP, Washington

Die internationalen Währungsreserven der 146 Mitgliedsländer des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Schweiz sind mit Ausnahme von Gold erstmals seit 1959 gesunken. Wie der IWF in Washington mitteilte, gingen die Reserven um 1,7 Prozent zurück und lagen am 31. Dezember bei 336,6 Milliarden Sonderziehungsrechte (etwa 366,8 Milliarden Dollar). Von dieser Lage besonders betroffen sind die erdölexportierenden Entwicklungsländer: Ihre internationalen Reserven sanken um 5,5 Prozent und betrugen 75,6 Milliarden SZR. Die anderen Entwicklungsländer verfügten zum Jahresende über 69,4 Milliarden SZR. Nach Angaben des IWF sanken die internationalen Reserven in den Industrieländern lediglich um 0,4 Prozent und lagen Ende 1982 bei 184,4 Milliarden SZR.

OPEC

Reduzierung der Förderung auf 17,5 Millionen Barrel?

WILHELM FURLER, London

Auf einer außerordentlichen Vollversammlung werden die Öl*minister aller 13 Mitgliedsstaaten* der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) am heutigen Montag über eine Reduzierung des Ölpreises um aller Voraussicht nach fünf Dollar je Barrel und über neue Produktionsquoten entscheiden.

Das Ölkartell, das sich bislang für die neutralen Plätze Wien, Genf oder Lausanne als Tagungsstätten für seine Ölpreis- und Fördermengen-Verhandlungen entschied, gibt diesmal mit der Entscheidung *für London als Tagungsort zu* verstehen, welche Bedeutung es der Ölpolitik Großbritanniens beimißt.

Wegen des drastischen Preisverfalls für Rohöl an den freien Spotmärkten, wo Rohöl derzeit für weniger als 28 Dollar je Barrel (159 Liter) gehandelt wird, während der offizielle Opec-Referenzpreis immer noch bei 34 Dollar liegt, sind die Opec-Minister zu raschen Entscheidungen gezwungen. Zumal die Nicht-Opec-Mitglieder Groß*britannien und Norwegen ihre* Preise für Nordseeöl bereits im vergangenen Monat um drei auf 30,50 Dollar je Barrel reduziert haben.

Grundsätzlich haben sich acht Minister der führenden Opec-Staaten bereits am Freitag auf eine Reduzierung des offiziellen Preises für Opec-Öl um fünf auf 29 Dollar je Barrel geeinigt. Während des Wochenendes hat man offensichtlich auch das Problem der Produktionsmengen-Reduzierung in den Griff bekommen. Inoffiziellen Meldungen zufolge wird die Opec-Produktionsumlage auf 17,5 Millionen Barrel pro Tag gesenkt. Lediglich Iran weigert sich, die Preis- und Mengen-Absprachen zu akzeptieren. Außerdem ist es den Opec-Ministern nicht gelungen, London zu einer Beteiligung an globalen Preis- und Mengen-Absprachen zu überreden.

US-AKTIENMÄRKTE

Gute Konjunkturnachrichten treiben die Hausse weiter

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Wall Street kann es selbst nicht so recht glauben, daß an den US-Aktienmärkten beinahe täglich neue Rekorde aufgestellt werden. Immerhin sind Korrekturen, gekoppelt mit Gewinnmitnahmen, längst überfällig. Für Robert Stovall von Dean Witter gab es am Freitag nur diese Erklärung: „Die Konjunkturnachrichten sind zu gut; niemand steigt aus." In der vergangenen Woche wurden die Investoren mit positiven Signalen, darunter eine Explosion der führenden Indikatoren und ein kräftiges Anziehen der Industrie-Aufträge, geradezu überschüttet.

Die Kurse nach oben treiben die institutionellen Anleger, die nun nach vielversprechenden Standardwerten Ausschau halten, worauf die größeren Aktivitäten außerhalb der „Dow"-Werte zurückzuführen sind. Das Klima kann sich jedoch schnell ändern, wenn es den Ölexportländern gelingt, in London neue Kartellabsprachen über Preise und Liefermengen zu treffen. In den USA wurde bisher die Hausse zu einem guten Teil durch die Hoffnung auf stärker sinkende Ölpreise angeheizt. Eine Einigung auf 28 Dollar je Barrel (159 Liter) würde viele Investoren enttäuschen.

Die Frage ist auch, in welche Richtung die Zinsen marschieren. Die Geldmenge M1 ist in der letzten Berichtswoche um 3,6 Milliarden Dollar in die Höhe geschnellt; mit 12,8 Prozent liegt das Wachstum weit über dem Zielkorridor. Notenbanktagegeld und dreimonatige Treasury Bills zogen daraufhin auf 8,5 und 8,07 Prozent an, 30jährige Treasury Bonds verteuerten sich auf 10,47 Prozent. Der Dow-Jones-Industrie-Index stieg Freitag um 2,90 auf *1140,96*, der breitere Nyse-Index um 0,15 auf 88,36 Punkte. Das Wochenplus betrug 20,02 und 2,28 Punkte. Die großen Gewinner waren Bankwerte.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Argentiniens Wirtschaft schrumpft

Buenos Aires (rtr) – Argentiniens Bruttoinlandsprodukt ging im vergangenen Jahr um 5,7 Prozent zurück, nachdem bereits 1981 eine Einbuße von 5,9 Prozent verzeichnet wurde. Allerdings geht aus den Zahlen des Wirtschaftsministeriums hervor, daß sich die rückläufige Entwicklung im letzten Quartal des Jahres 1982 fühlbar verlangsamte. Im vierten Quartal betrug die Einbuße lediglich noch 0,8 Prozent gegenüber einem Minus von 28 Prozent in den vorangegangenen drei Monaten und 13 Prozent im letzten Quartal 1981.

Durchlaufglühe genehmigt

Brüssel (dpa/VWD) – Die EG-Kommission hat einen Kredit-Antrag der Hoesch-Hüttenwerke Dortmund AG zum Bau einer Durchlaufglühe genehmigt. Dies teilte ein Sprecher der EG-Kommission mit. Es handelt sich dabei um einen Kredit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Umfang von rund 250 Millionen Mark. Das Projekt war bereits im September 1982 im Hinblick auf die damals beschlossene Fusion von Hoesch und Krupp zu einer „Ruhrstahl AG" beantragt worden.

Weg der Kurse

	4. 3. 83	25. 2. 83
Boeing	36,125	36,625
Chrysler	15,875	15,50
Citicorp	41,625	37,125
Coca-Cola	51,25	49,875
Exxon	30,875	29,75
Ford Motors	41	39,375
IBM	102,25	100,25
PanAm	5,375	5,625
US Steel	23,375	22,375
Woolworth	29,75	27,625

Weltbank-Kredite

Washington (Sbt.) – Die Weltbank und die Internationale Entwicklungsgesellschaft (IDA) haben sechs Ländern Darlehen über insgesamt 465,7 Millionen Dollar (rund 1,13 Milliarden Mark) eingeräumt. Indien erhält 222,3 (Pipeline-Verlegung vom Erdgasfeld South Bassein in der Arabischen See), Portugal 126,4 (Fertigstellung von acht Wasser- und Bau von zwei Wärmekraftwerken), Uganda 102 (Verbesserung der Agrarerzeugung und des Erziehungssystems) sowie Togo, Ghana und Elfenbeinküste 15 Millionen Dollar (Bau eines regionalen Klinkerwerkes, des ersten industriellen Gemeinschaftsprojektes in Westafrika). Nachdem der Nettogewinn in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 1983 mit 448 Millionen Dollar Rekordhöhe erreichte, hat die Weltbank die Gebühr für neue Kredite von 0,75 auf 0,25 Prozent gesenkt.

Peru will Umschuldung

Tokio/London (AFP) – Peru hat ein Konsortium amerikanischer, europäischer und japanischer Banken um eine Umschuldung für seine Verpflichtungen ersucht, wurde von der japanischen Staatsbank mitgeteilt. Die Auslandsverschuldung Perus belief sich im vergangenen Herbst auf 12 Milliarden Dollar, von denen vier Milliarden in diesem Jahr fällig werden. Nach Angaben der Bank von Japan will der peruanische Wirtschafts- und Finanzminister Carlos Rodriguez Pastor heute in New York ein offizielles Umschuldungsersuchen vorlegen. Am Dienstag wird er nach Angaben Londoner Bankkreise in der britischen Hauptstadt erwartet und am Mittwoch nach Tokio weiterreisen.

Beratung um Agrarstreit

Paris (dpa) – In einem „sehr kooperativen", informellen Gespräch haben Spitzenvertreter der wichtigsten westlichen Industrieländer in Paris beraten, wie ihr Streit über den Export von Landwirtschaftserzeugnissen beigelegt werden kann. Einzelheiten wurden nicht bekannt. Es hieß lediglich, daß sich die Runde im kommenden Monat erneut zusammensetzen werde. Das Gespräch war von dem Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris, Emile von Lennep, an den Sitz der Organisation nach Paris einberufen worden. Es ging dabei vor allem um die europäischen Vorwürfe, die USA würden ihren Weizenüberschuß zu Preisen unter dem Weltmarktstand abgeben.

Wochenausweis

	28. 2.	23. 2.	31. 1.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	74,8	73,6	70,6
Kredite an Banken	64,9	60,6	69,5
Wertpapiere	5,9	5,9	6,1
Bargeldumlauf	95,2	92,5	95,0
Einl. v. Banken	49,1	40,0	51,3
Einl. v. öffentl. Haushalten	1,5	8,7	1,2

OECD

Dritte Welt am Kapitalmarkt

J. Sch. **Paris**

Nachdem der internationale Kapitalmarkt im Januar nicht zuletzt wegen der verstärkten französischen Kreditaufnahmen zu 10,9 Milliarden Dollar in Anspruch genommen worden war, sind im Februar für nur noch acht Milliarden Dollar Anleihen (Obligationen und Bankkredite) plaziert worden. Dies lag vor allem daran, daß die USA ihre Emissionen um 4,6 Milliarden Dollar einschränkten. Als Grund dafür nennt der Kapitalmarktausschuß der OECD in seinem jüngsten Monatsbericht die größere Unsicherheit über die weitere Entwicklung der amerikanischen Zinssätze. Internationale Bankkredite waren schon im Februar wieder teurer geworden. Erhöht hatte sich die Kreditnachfrage der nicht ölexportierenden Entwicklungsländer, deren Auslandsverschuldung im Februar um 0,3 Milliarden Dollar zunahm. Für die nächsten Monate erwartet der OECD-Ausschuß auf Grund der in Vorbereitung befindlichen Hilfeaktionen zugunsten der lateinamerikanischen Länder eine „fühlbare Steigerung" der Beanspruchung des internationalen Kapitalmarktes.

Bereits in der zweiten Hälfte des letzten Jahres war diese mit monatsdurchschnittlich 13,2 Milliarden Dollar erheblich höher als im Januar und Februar.

SPANIEN / Unternehmerverband: Intervention ja, aber Enteignung war voreilig

Der Streit um die Rumasa-Holding geht weiter

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

„Das schwindelerregende Wachstum der Rumasa-Gruppe" hat auch der Dachverband der spanischen Unternehmervereinigungen, CEOE, seit längerer Zeit „mit Besorgnis" beobachtet. Wie jetzt der Vorsitzende des Verbandes, Carlos Ferrer Salat, in einer ersten Stellungnahme erklärte, habe „angesichts der Daten, die der Finanzminister vorlegte, etwas mit der Holding geschehen müssen. Aber nicht in Form eines voreiligen Enteignungsdekrets, sondern – vernünftiger – in Form einer normalen Intervention". Der Unternehmerverband, der mit seiner Kritik die parlamentarische Debatte abgewartet hatte, „teilt die ernsten und begründeten Zweifel" der politischen Opposition an der Legalität der Enteignung von 232 Unternehmen. 50 Abgeordnete reichten Klage beim Verfassungsgericht ein.

Offensichtlich auf Grund dieser Kritik sollen die inzwischen von der Rumasa-Holding der Regierung bekanntgegebenen Unternehmen, die ebenfalls mit Rumasa unter „Gruppe B" verbundenen weiteren 200 Unternehmen, im Rahmen einer „Intervention" saniert werden.

Zu den „schwerwiegenden Konsequenzen der Verstaatlichung" gehören nach Ansicht des Unternehmerverbandes die „negativen Auswirkungen auf das Vertrauen und damit auf die Investitionstätigkeit der Wirtschaft". Tatsächlich baten Betriebsrat und Direktion einer Keramikfabrik sowie einer Bank, der Banco Pyrenaico, inzwischen ebenfalls um die Verstaatlichung. „Gleiches Recht wie Rumasa" forderten Tausende von Stahlarbeitern von Sagunto in einer Protest-Demonstration gegen die Regierung. Das Hochofenwerk Sagunto wird von der staatlichen Holding INI kontrolliert und steht vor der Entlassung von etwa 1500 Arbeitern.

Der Finanzminister hatte die Verstaatlichung mit Zahlen über die Krise, in der sich Rumasa befand, verteidigt. Danach hätten insbesondere die Immobiliengesellschaften Rumasina und Rumasinver einen Vermögensstand von 116 Milliarden Peseten, das sind umgerechnet 2,2 Milliarden DM, angegeben. Nach den Berechnungen seines Ministeriums aber betrage der Wert nicht einmal eine Milliarde DM. Auch die Bankenbeteiligungen seien fünfmal höher angegeben, als die 1,3 Milliarden DM der offiziellen Bewertung. Der Finanzminister wirft Rumasa vor, die Bankrisiken, die er mit 5,3 Milliarden DM bezifferte, zu stark im eigenen Konzern konzentriert zu haben. Abgesehen von Banco Atlantico sei die Rumasa-Gruppe zu 60 Prozent ihres Geschäftsumfangs mit Rumasa-Krediten belastet.

Ruiz Mateos schuf sein Imperium, das heute 60 000 Arbeitskräfte beschäftigt, vor 22 Jahren praktisch aus dem Nichts heraus. Den Anfang machte eine kleine Weinvertriebsgesellschaft, der inzwischen 31 weitere Weinvertriebsgesellschaften im In- und Ausland angegliedert wurden. Unter den Sektoren Lebensmittel, Ackerbau und Viehzucht befindet sich eine der größten Selbstbedienungsketten Spaniens, die Mantequerias Leconesa. Zur Gruppe gehörte eine Erzgrube, drei Reedereien, neun Industrie-Unternehmen, zwölf Bau- und Installationsfirmen.

85 Immobilien- und Urbanisationsunternehmen bilden die größte der Rumasa-Gruppen, gekoppelt mit zwei Hotelketten und drei Reise-Agenturen. Zu den fünfzig Handelsunternehmen gehören drei große Kaufhausketten, Galerias Preciados und Sears, sowie weitere Weinvertriebsgesellschaften vor allem in England. Eine Reihe von Stiftungen schließen das Bild ab, darunter mehrere Institutionen, die Ruiz Mateos, der Holding-Inhaber, der Kirche zur Verfügung stellte. Der Unternehmer ist Mitglied der katholischen Laien-Organisation Opus dei, der den größten Teil seines persönlichen Einkommens monatlich der Organisation zur Verfügung stellt.

Wie der Chef der sozialistischen Gewerkschaft UGT, Nicolas Redondo, nach einer Unterredung mit dem Finanzminister Miguel Boyer der Presse mitteilte, sollen nur „einige" der Rumasa-Unternehmen reprivatisiert werden.

Ungarn: Defizit im Westhandel

AP, **Budapest**

Die Volksrepublik Ungarn hat nach Angaben von Handelsminister Peter Veress im vergangenen Jahr im Handel mit Ländern, die ihre außenwirtschaftlichen Transaktionen in frei konvertierbarer Währung abwickeln – darunter auch Länder der Dritten Welt – einen Überschuß von 516 Millionen Dollar (etwa 1,290 Milliarden Mark) erwirtschaftet. Der Handel mit westlichen Industriestaaten allein habe indessen ein Defizit in Höhe von rund 400 Millionen Dollar (etwa eine Milliarde Mark) aufgewiesen. Wichtigster westlicher Handelspartner und nach der UdSSR zweitgrößter Handelspartner Ungarns überhaupt sei die Bundesrepublik Deutschland gewesen, erklärte Veress.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Duisburg: Mareck & Meißner GmbH, Oberhausen; **Hamburg:** Wilhelm Schütt Verwaltungen GmbH; **Köln:** Nachl. d. Peter Wiesen; **Wuppertal:** Koch – Haus GmbH, Velbert 1.

Vergleich beantragt: Oldenburg: Betonsteinwerk Hans Klattenhoff GmbH & Co. KG, Hude; **Stuttgart:** H. J. Fehr GmbH, Rutesheim.

NAMEN

Hermann Gruner, langjähriges Vorstandsmitglied der Dyckerhoff-Zementwerke AG, Wiesbaden, vollendet am 8. März das 65. Lebensjahr.

Boomjahr für das Export-Factoring

dpa/VWD, **Mainz**

1982 war für das Exportgeschäft der deutschen Factoring-Institute ein Boom-Jahr. Das Factoring-Volumen weitete sich um 53,2 Prozent auf 652,8 Mill. DM aus, berichtete der Geschäftsführer des Deutschen Factoring-Verbandes, Mainz, Klaus Bette.

Zwar hat das Export-Geschäft am gesamten Factoring-Volumen von 7,34 Mrd. DM (plus 9,2 Prozent) nur einen relativ kleinen Anteil, die Zuwachsraten im Ausfuhrgeschäft werden aber nach Einschätzung Bettes auch in Zukunft deutlich höher sein als die des Gesamtmarktes. Insgesamt sieht Bette noch ein hohes Marktpotential für das Factoring: „8 Mrd. DM müßten 1983 zu erreichen sein."

Pelikan soll Betriebsrenten zahlen

rtr, **Hannover**

Der Büroartikelhersteller Pelikan AG, Hannover, soll nach einem Zwischenvergleich des Arbeitsgerichtes Hannover rückwirkend zum 1. Dezember 1982 die Betriebsrenten für rund 200 Pensionäre der in Konkurs gegangenen Roto-Werke GmbH, Königslutter, übernehmen.

Nach Angaben des Kölner Pensionssicherungsvereins soll die Regelung zunächst für neun Monate gelten. Es bedürfe allerdings noch der Zustimmung des Pelikan-Vergleichsverwalters und des Gläubigerbeirates bis zum 8. April. Die Pensionäre der Roto-Werke, einer früheren Pelikan-Tochter, hatten seit Dezember 1982 keine Betriebspensionen mehr erhalten.

POLEN / Vertraulicher Bericht:

Lage schlimmer als erwartet

J. G. GÖRLICH, **Bonn**

In den Westen ist ein vertraulicher Bericht der polnischen Staatlichen Planungskommission beim Ministerrat und der KP- sowie Armeeführung gelangt, wonach die Wirtschaftslage des Landes eigentlich noch katastrophaler ist, als in den Medien zugegeben wird. Laut Planungskommission werden die Preise weit stärker steigen als die Löhne. So sollen die Löhne 1983 um 15 Prozent angehoben werden, die Preise um 17 Prozent. Der interne Kommissionsbericht sieht aber schon bei Zitrusfrüchten eine Preissteigerung von 100, bei Bohnenkaffee um 43 Prozent vor. Schuhe, Strümpfe und Seife – um nur einige Waren zu nennen – sind für die vom Staat festgesetzten Preise kaum, sondern nur über den Schwarzmarkt zu erhalten. Da die Viehzucht zurückging, die Bauern kaum Getreide abliefern, wird die Fleischversorgung noch knapp[…] werden und muß Getreide […] wieder importiert werden. Wenn man die Geflügelzucht dazunimmt – so der Bericht –, wird das gesam[…]te Fleischangebot um bis […] 115 000 Tonnen im laufenden Jahr zurückgehen. Der Bericht w[…] schließlich darauf hin, daß im letzten Jahr 197 200 Polen aufgrund von Voreinzahlungen ein Anrecht auf Erwerb eines Pkw hatten. T[…]sächlich erhielten nur 117 500 e[…] Auto. 1983 wird die Auslieferungszahl noch geringer sein.

Aus dem Bericht der Partei- und Armeeführung geht weiter hervor, daß in der Verarbeitungs-, Baum[…]terial- und Chemieindustrie sowie im Hüttenwesen die Produktion zurückging. Die Baubranche ste[…]ke in einer Krise, und sowohl die Leichtindustrie als auch die pharmazeutische Industrie haben „ko[…]lossale Versorgungsschwierigkeiten".

RENTENMARKT / Zinsen weiter abwärts

Hoffen auf die Bundesbank

Die Zinsen am Kapitalmarkt sinken. Langsam, aber stetig. Ebenso wie die Aktienbörse, wenn auch nicht spektakulär, wurde der Rentenmarkt von der Hoffnung auf einen Wahlsieg der bürgerlichen Koalition stimuliert, der die Voraussetzungen dafür schafft, daß die Bundesbank bei der nächsten Sitzung des Zentralbankrats am […] März die Leitzinsen senken kann […]

Emissionen	4. 3. 82	25. 2. 83	30. 12. 82	30. 12. 81	30. 12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,99	7,11	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,81	6,88	7,04	10,55	9,00
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,30	7,38	7,61	10,36	9,41
Schuldverschreibungen der Industrie	7,77	7,82	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,18	7,31	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,88	6,99	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,67	7,78	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,19	7,31	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,28	8,47	8,45	10,32	8,32

In tiefer Betroffenheit geben wir zur Kenntnis, daß unser verehrter Chef und Inhaber

Karl-Heinz Hermann Wiedemann

am 3. März 1983 auf tragische Weise aus voller Schaffenskraft im 52. Lebensjahr aus unserer Mitte gerissen wurde.

Sein umfassendes Wissen und Können haben den Aufbau unserer Unternehmen geprägt und zur heutigen Bedeutung geführt.

Seine soziale Einstellung erfüllt uns mit Dankbarkeit. Sein unermüdlicher Einsatz und sein fortschrittliches Denken werden uns Vorbild und Verpflichtung bleiben.

Geschäftsleitung, Betriebsrat und Belegschaft

WIEDEMANN KG

VARIA Wärmepumpen GmbH & Co. KG

Wartungsdienst GmbH

Wir nehmen Abschied auf dem Firmengelände in 3203 Sarstedt, Am Boksberg 1–3, am 10. März 1983 um 11 Uhr.

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Bestattungsinstitut August Battermann, 3000 Hannover 1, Calenberger Str. 57

Wertpapier-Kenn-Nr.: 811 700

VEREINS-UND WESTBANK
Aktiengesellschaft · Hamburg

EINLADUNG

Wir laden unsere Aktionäre ein zu der am Freitag, dem 15. April 1983, 11.00 Uhr, im Saal 2 des Congress Centrums Hamburg (CCH), Am Dammtor, 2000 Hamburg 36, stattfindenden

ORDENTLICHEN HAUPTVERSAMMLUNG

TAGESORDNUNG

1. a) **Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1982 mit dem Bericht des Aufsichtsrats.**
   b) **Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichtes für das Geschäftsjahr 1982.**
2. **Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns.**
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn von 21 474 000,– DM zur Ausschüttung einer Dividende von 9,– DM je 50,– DM Aktien-Nennbetrag auf das Grundkapital von 119 300 000,– DM zu verwenden.
3. **Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats.**
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, für das Geschäftsjahr 1982 Entlastung zu erteilen.
4. **Wahlen zum Aufsichtsrat.**
   Mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung am 15. April 1983 laufen die Mandate sämtlicher Mitglieder des Aufsichtsrats turnusmäßig ab.
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Herren Reinhard Delius, i. Fa. C.A. Delius & Söhne, Bielefeld, Hans Dethleffsen, i. Fa. Herm. G. Dethleffsen, Flensburg, Dr. Maximilian Hackl, Vorstandsmitglied der Bayerischen Vereinsbank AG, München, Dr. h.c. Alwin Münchmeyer, Vorsitzender des Beirats des Bankhauses Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co., Hamburg, und Günter Nawrath, Vorsitzender des Aufsichtsrats des Otto-Versands (Verwaltungsgesellschaft Otto-Versand mbH), Hamburg, wieder sowie Herrn Herbert Singer, Vorsitzender des Vorstands der ALBINGIA Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg, neu in den Aufsichtsrat zu wählen.
   Die Zusammensetzung des Aufsichtsrats bestimmt sich nach § 96 Abs. 1 Aktiengesetz in Verbindung mit § 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Mitbestimmungsgesetz. Die Hauptversammlung ist an Wahlvorschläge nicht gebunden.
5. **Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983.**
   Der Aufsichtsrat schlägt vor,
   Herrn Dipl.-Kfm. Dr. Günter Bock, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Hamburg,
   und die
   Deutsche Warentreuhand- und Kontinentale Treuhand-Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg,
   zu Abschlußprüfern zu wählen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts ist jeder Aktionär berechtigt, der spätestens am 12. April 1983 seine Aktien während der üblichen Geschäftsstunden bei einer unserer Geschäftsstellen oder bei einer der nachstehend aufgeführten Banken hinterlegt hat:

Baden-Württembergische Bank AG,
Bankhaus Neelmeyer AG,
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG,
Bayerische Vereinsbank AG,
Berliner Bank AG,
Berliner Commerzbank AG,
Berliner Handels- und Frankfurter Bank,
Commerzbank AG,
Deutsche Bank AG,
Deutsche Bank Berlin AG,
Deutsche Länderbank AG,
Conrad Hinrich Donner,
Effectenbank – Warburg AG,
Handelsbank in Lübeck AG,
Handels- und Privatbank AG,
Metallbank GmbH,
B. Metzler seel. Sohn & Co.,
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.,
J. H. Stein,
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.,
Westfalenbank AG.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß, wenn die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle bei anderen Banken bis zur Beendigung der Hauptversammlung im Sperr-Depot gehalten werden.

Die Hinterlegung kann auch bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank erfolgen. In diesem Falle ist die Bescheinigung des Notars über die erfolgte Hinterlegung bzw. der von der Wertpapiersammelbank ausgestellte Hinterlegungsschein spätestens am 13. April 1983 bei der Gesellschaft einzureichen.

Hamburg, im März 1983

DER VORSTAND

Bandow Bechtolf Luckey
Meincke v. Pannwitz Wascheck

VEREINS-UND WESTBANK
Aktiengesellschaft

Bilanz '82

Ausgewählte Zahlen aus unserem Jahresabschluß per 31. Dezember 1982

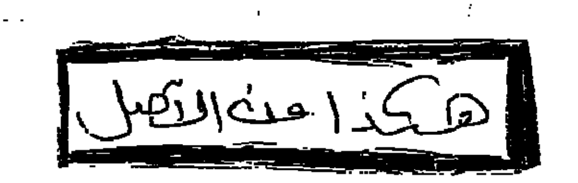
	in Mill. DM	Veränderung gegenüber dem 31.12.1981
Kundeneinlagen	6.857	+ 10,2 %
– davon Spareinlagen	1.758	+ 8,6 %
Kreditvolumen	7.147	+ 4,6 %
Eigenkapital	409	+ 1,2 %
Bilanzsumme	9.884	+ 5,8 %
Geschäftsvolumen	11.060	+ 4,7 %

Ertrag aus dem Geschäftsvolumen: 316 Mill. DM (+ 11,6 %).
Jahresüberschuß: 26,5 Mill. DM.
Einstellung in die Rücklagen: 5 Mill. DM (+ 1,9 %).

Der am 15. April 1983 in Hamburg stattfindenden Hauptversammlung wird vorgeschlagen, an die Aktionäre der Bank eine Dividende von 9,– DM je Aktie von nom. 50,– DM auszuschütten.

Zentrale: Alter Wall 20–32
2000 Hamburg 11, (040) 3692-1





UTTERMITTEL / Produktion sinkt

Hersteller unter Druck

H. LAVALL, Bonn

Unter Druck gesetzt fühlt sich deutsche Futtermittelindustrie. in rund 800 Werken hergestell- Tiernahrung ist wegen chemi- er und pharmazeutischer Zu- ize den Umweltschützern su- kt, während der Gesetzgeber Grundstoffe in dem Futter kri- iert. Hier spielt eine Rolle, daß in Europäischen Gemeinschaft Zeit wieder riesige Überschüs- an Getreide lagern, die nach der ten ertragreichen Ernte für die nschliche Ernährung kaum ab- setzen sind. In den Futtermitteln wendet die Industrie einen gro- Teil des Austauschstoffs Ta- ka, der im Preis deutlich unter geeigneten Inlandsgetreide gt.

Ulrich Wagner, Vorsitzender des rbandes der Futtermittelindu- ie, Bonn, führte denn auch die kende Getreideverwendung im tter um 600 000 t im vergange- Jahr auf diesen Umstand zu- k. Nur so sei es der Industrie ungen, die Preise für die Abnehmer der Landwirtschaft stabil zu halten.

Dennoch habe der Konsumverzicht bei Fleisch den Absatz von Futtermitteln um 400 000 t auf 17,2 Mill. t schrumpfen lassen. 1982 wurden noch 6,5 Mill. t Mischfutter für Rinder, 6,1 Mill. t für Schweine, 3,4 Mill. t für Geflügel und 0,8 Mill. t für Kälber und Pferde hergestellt. Die restlichen 400 000 t entfielen auf Spezialfutter.

Zur Entwicklung im laufenden Jahr wird von dem Fachverband, dem die privatwirtschaftlichen Produzenten angehören, eine eher optimistische Haltung eingenommen. Viel hänge aber davon ab, ob die Regierung ihr „mehr Marktwirtschaft" auch bei den Brüsseler Beamten durchsetzen könne.

Eine drastische Beschränkung der Tapioka-Einfuhr, oder gar ein Importstopp, würde dazu führen, daß der Fleisch- und Milchpreis im Inland erheblich ansteigt. In diesem Fall, so warnt Verbandsvorsitzender, Ulrich Wagner, drohe weiterer Konsumverzicht der Verbraucher.

VEREINS- UND WESTBANK / Das beste Betriebsergebnis des Vorjahres noch einmal um 80 Prozent verbessert

Der „warme Mantel" wird weiter gepolstert

JAN BRECH, Hamburg

Die Vereins- und Westbank AG, Hamburg, hat im Berichtsjahr 1982 wieder glänzend verdient. Das Betriebsergebnis 1981, das Vorstandsmitglied Hans Joachim Bechtolf vor Jahresfrist als das bislang beste der Bank bezeichnet hatte, verbesserte sich um rund 80 Prozent. Es soll genutzt werden, um angesichts unverändert hoher Risiken im In- und Auslandsgeschäft den „wärmenden Mantel" der Bank weiter zu polstern. Im Vergleich zum Vorjahr, so Bechtolf, habe man noch einmal gut die Hälfte mehr für die Vorsorge getan.

Die Aktionäre der Bank müssen sich deshalb für 1982 mit einer unveränderten Dividende von 18 Prozent auf 119,3 Mill. DM Kapital bescheiden (Hauptversammlung am 15. April). Der Jahresüberschuß, aus dem 5 Mill. DM der Rücklage zugeführt werden, ist auf diesen Standardsatz zugeschnitten. Die Zeit für eine Dividendenerhöhung, so betonte Bechtolf, sei angesichts der Risikoeinschätzung, betriebswirtschaftlicher Erfordernisse und der allgemeinen Unternehmenszielsetzung noch nicht reif.

Die im Bilanzgewinn nicht erkennbare Ergebnisverbesserung speiste sich bei der Vereins- und Westbank aus mehreren Quellen. Einmal stiegen die Erträge aus dem im normalen Rahmen ausgeweiteten Geschäftsvolumen. Zusammen mit einer von 2,67 auf 2,81 Prozent gestiegenen Zinsmarge erhöhte sich der Zinsüberschuß überproportional. Zum anderen blieb der Provisionsüberschuß auf hohem Niveau. Expansiv waren vor allem die Umsätze im Wertpapierbereich. Sie erhöhten sich um 50 Prozent, wobei festverzinsliche Papiere im Mittelpunkt standen.

Stagnation gab es im Kreditgeschäft. Eine Belebung der Nachfrage, so Bechtolf, sei trotz nachgebender Zinsen und der Investitionszulage ausgeblieben. Die Industriekundschaft habe den Zinsrückgang weitgehend genutzt, um Kredite umzuschulden. Steigende Nachfrage registrierte die Bank lediglich bei Wohnungsbaukrediten, gestützt vor allem auf die Zwischenfinanzierungen bei Bauherrenmodellen, sowie im Bereich der Anschaffungsdarlehen und Existenzgründungen.

Als solide Basis für das langfristige Kreditgeschäft bezeichnet Bechtolf die Entwicklung der Spareinlagen, die um 8,6 Prozent auf 1,76 Mrd. DM anstiegen. Bei rückläufigen Kapitalmarktzinsen habe sich die Umschichtung von Spareinlagen zu höher verzinsten Anlageformen wesentlich verringert.

Das neue Geschäftsjahr ist nach Bechtolfs Angaben gut angelaufen. Unverändert lebhaft sei vor allem das Wertpapiergeschäft. Die weiterhin schwache Kreditnachfrage bleibe abhängig von der Konjunkturentwicklung und den Zinsen. Bei den derzeitigen Lombard- und Diskontsätzen sieht Bechtolf noch „Zinspotential nach unten".

Auch die Risikobeilage im In- und Ausland hat sich nach Meinung von Bechtolf noch in keiner Weise verbessert. Im Auslandsgeschäft bleibe die Bank bei der Politik, weniger auf Volumen und mehr auf Ertrag zu achten. Das Geschäft am Platz New York werde nicht forciert, die Luxemburger Tochter entwickele sich auf solider Basis. Im Stadium ernsthafter Überlegung sind Pläne für eine Repräsentanz im asiatisch-pazifischen Raum. Die Wahl zwischen Singapur und Hongkong soll noch in diesem Jahr fallen.

Vereins- u. Westbank	1982	±%
Bankeinlagen (Mio.)	1 757	– 9,5
Kundeneinlagen	6 857	+ 10,2
Forderungen an		
Banken	2 396	+ 5,2
Kunden	4 938	– 0,3
Eigenkapital	409	+ 1,0
Bilanzsumme	9 884	+ 5,8
Geschäftsvolumen	11 060	+ 4,7
Zinsüberschuß	316	+ 11,6
Provisionsüberschuß	100	± 0
Jahresüberschuß	20	± 0

NIKON

Marktanteile eingebüßt

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Verstärkte Werbung für „angemessene" Bruttogewinnspannen des Fachhandels („bei Kameras mindestens 10 Prozent, bei Zubehör mehr"), kündigt die Nikon GmbH, Düsseldorf, als neue Etappe ihrer alten Position im Absatz-Preiskrieg der Hersteller auf dem Kameramarkt an. Die deutsche Vertriebstochter der japanischen Nippon Kogaku KK (Nikon), deren Hauptgeschäft bei hochwertigen Spiegelreflexkameras für Berufsfotografen und ambitionierte Amateure liegt, verbindet diese Ankündigung mit der Vorstellung einiger neuer Kameras („auch für neue Marktsegmente") und mit der Zuversicht, daß sich im Rabattkrieg das „Gegen-den-Strom-Schwimmen" denn doch auszahlen werde.

In 1982/83 (31. 3.) freilich hat die Nikon GmbH auf dem deutschen Markt, hier nach Canon und Minolta der drittgrößte japanische Kameraanbieter, bei dieser Vertriebspolitik nach bisheriger Übersicht Federn lassen müssen. Der erwartete Umsatz bleibt mit etwa 70 Mill. DM (dazu noch 4 Mill. DM aus dem Verkauf optischer Instrumente) zwar konstant. Aber der Nikon-Anteil an dem um etwa 2 Prozent auf 590 000 Spiegelreflexkameras gesunkenen Marktvolumen dürfte nach der Einschätzung von Marketing-Chef Kristof Friebe auf 9 (12) Prozent gesunken sein.

Friebe erklärt das mit etlichen frappanten Beispielen des Preiskrieges. Da habe es nach dem Absturz des Pfundkurses große und billige „Grauimporte" aus englischen Lägern gegeben. Da habe „ein Konkurrent" den Handel mit 20prozentigem Mengenrabatt „beglückt" (bei Abnahme von fünf Kameras eine kostenlos). Da werde schließlich und nicht zuletzt von Konkurrenten den Händlern als „Null-Lösung" empfohlen, bei Kameras überhaupt keine Spanne und beim Zubehörverkauf eine um so höhere zu nehmen.

Die japanische Mutter, Teil des Mitsubishi-Konzerns, erwartet für 1982/83 mit 6000 Beschäftigten einen leicht gestiegenen Umsatz von 1,3 Mrd. DM. Ihr Produktprogramm reicht über die Kamerafertigung hinaus zu integrierten Schaltgeräten, Brillen und anderen optischen Produkten.

ATEX / Stabilisierender Export

Keine Preiszugeständnisse

D. SCHMIDT, Steinhagen

Eine im Vergleich zur Branche nstige Entwicklung verzeichnet Damenoberbekleidungs-Her- ller Hatex G. Weber KG, Stein- gen-Brockhagen. Nach Angaben s Unternehmens, das in diesen gen auf das zehnjährige Beste- n zurückblickt, zeichnet sich für 83 ein Umsatzplus von 10 Pro- nt auf 60 Mill. DM ab.

Beschäftigungssorgen für die 9 Mitarbeiter – darüber werden ch 300 Personen über 15 Zwi- henmeister beschäftigt – gibt es ch den Worten von Firmenchef rhard Weber nicht. Dies gelte ch mit Blick auf die neue Herbst/ nter-Kollektion 1983/84. Der Or- reingang nach den Messen in isseldorf und München liege er den Erwartungen.

m Geschäftsjahr erzielte das nternehmen einen Umsatz von 55 ill. DM. Als stabilisierender Fak- erwies sich der Export, der mit einem Anteil von 40 Prozent überdurchschnittlich hoch liegt. Geliefert wird nach Großbritannien, Skandinavien, der Schweiz, den Benelux-Ländern und Österreich.

Künftig soll dem Inlandgeschäft wieder stärkere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Ertragslage hat sich Weber zufolge 1982 zwar etwas verschlechtert, ist aber insgesamt noch befriedigend. Hier habe sich die Unternehmenspolitik bewährt, keine Preiszugeständnisse zu machen; Rabatte würden nicht gewährt.

Neben dem Stammwerk in Steinhagen betreibt Hatex zwei weitere Betriebe in Halle und das vor einigen Jahren übernommene Classic-Werk in Paderborn. Das Programm wird unter „Weber International Mode" über den Fachhandel vertrieben. Im vergangenen Jahr wurden rund eine Million Röcke, Blusen, Hosen und Jacken produziert.

Ertragsstarke Werbeagentur

adh. Frankfurt

Besser als erwartet lief nach Bekunden von Hauptgeschäftsführer Hans Jürgen Lange das Geschäft der Werbeagentur Heumann, Ogilvy & Mather (HO&M), Frankfurt. Mit netto zwei Prozent gehöre die Ogilvy-&-Mather-Gruppe zu den ertragsstärksten Unternehmen der Branche, mit 203,6 Mill. DM Umsatz (plus 3 Prozent) rangierte die Gruppe in Deutschland auf Platz acht unter den großen Agenturen.

Gegen harte Konkurrenz habe man im vergangenen Jahr 30 Etats hinzugewonnen, davon 12 von Altkunden. Besonders erfolgreich war nach Angaben von Lange die Tochter O & M Direkt, mit einem Umsatz von 35,4 Mill. DM, stark in der Werbung für gemeinnützige Zwekke (u. a. World Wildlife Fund, Lebenshilfe) engagiert. Weltweit rangiert Ogilvy & Mather mit 2,2 Mrd. Dollar Umsatz und Vertretungen in 40 Ländern auf Platz drei unter den großen Agenturen.

IBM: Wachstum im Anlagen-Verkauf

nl. Stuttgart

Die International Business Machines Corporation (IBM), Armonk/USA, ist auch 1982 ein hohes Tempo gefahren. Der konsolidierte Umsatz des Konzerns stieg um 18,2 Prozent auf 34,36 Mrd. Dollar, wobei die Zunahme des USA-Geschäfts (plus 26,1 Prozent) besonders hervorsticht. Computeranlagen wurden mehr denn je gekauft, denn ihr Verkauf stieg um 30,3 Prozent auf 16,8 Mrd. Dollar, was einen Umsatzanteil von nunmehr 49 Prozent ausmacht.

Das Vermietungsgeschäft nahm nur um 2,6 Prozent auf 11,1 Mrd. Dollar zu. Dienstleistungen werden mit 6,4 Mrd. Dollar (plus 20,6 Prozent) ausgewiesen. Der Nettogewinn stieg um 22,1 Prozent auf 4,4 Mrd. Dollar. Der Konzern zählt nunmehr 150 444 Mitarbeiter. Zu den Perspektiven heißt es im Geschäftsbericht, IBM erwarte, den Trend von Wachstum und Rentabilität fortsetzen zu können.

WARBURG-BRINCKMANN / Tochter erfolgreich

Bilanzsumme deutlich größer

JAN BRECH, Hamburg

Die M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz International SA., Luxemburg, deren Kapital zu 100 Prozent von dem Hamburger Privatbankhaus M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co. gehalten wird, hat in ihrem 10. Geschäftsjahr (30. 9.) das Betriebsergebnis erheblich verbessert. Nach Angaben der Bank wird dieses zur Reservebildung und Risikovorsorge genutzt.

Wie bereits in den Vorjahren sind die Möglichkeiten zur Bildung von Pauschalwertberichtigungen voll ausgeschöpft und die Rückstellungen und Wertberichtigungen von 178,4 auf 222,7 Mill. Luxemburger Francs (lfrs) erhöht worden. Der ausgewiesene Gewinn von 342,3 Mill. lfrs wird den offenen Rücklagen zugeführt. Die Eigenmittel der Bank steigen dadurch auf rund 570 Mill. lfrs.

Die Bilanzsumme des Instituts erhöhte sich auch wegen der Abwertung des Luxemburger Francs gegenüber den wichtigsten Euro-Währungen, um 40,3 Prozent auf 19,1 Mrd. lfrs. Das Kreditgeschäft, ausgerichtet auf kurzfristige Handelsgeschäfte, stieg um 69,4 Prozent und erreicht mit 12 Mrd. lfrs den bislang höchsten Anteil an der Bilanzsumme (63 Prozent). Für die Refinanzierung wächst die Bedeutung der Kundeneinlagen. Der Bestand erhöhte sich auf 8,8 Mrd. lfrs oder 46 Prozent der Bilanzsumme.

Zur Entwicklung des Hamburger Stammhauses heißt es in einem ersten Überblick, die Bilanzsumme sei um 11 Prozent auf 2,3 Mrd. DM und das Geschäftsvolumen auf 3,6 Mrd. DM gestiegen. Als erfreulich wird die Entwicklung des Betriebsergebnisses bezeichnet. Der Jahresüberschuß nach Risikovorsorge habe sich stark erhöht.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

H. Georg Brodach, Inge Hackenbroch, Carsten Kreklau: Wege ins Ausland; ein Ratgeber für Ausbildung, Beruf und Freizeit im Ausland, Weltforum Verlags GmbH München/Köln, 236 Seiten, broschiert, 29,80 DM

Diese Broschüre gibt auf knappstem Raum einen ausgezeichneten Überblick über die zahllosen Möglichkeiten, zu einem Auslandsaufenthalt zu kommen. Sei es die Carl-Duisberg-Gesellschaft, der Deutsche Akademische Austauschdienst, das Deutsch-Französische Jugendwerk oder eine der zahlreichen anderen Stiftungen und Verbände, mit deren Hilfe junge Leute aller Berufsrichtungen, aber auch gestandene Wissenschaftler oder andere Fachleute im Ausland arbeiten oder studieren können. Diese Veröffentlichung gibt den ersten Überblick. Mit Hilfe der ausführlichen – und zum Teil dickleibigen – Programme der einzelnen Institutionen läßt sich dann das jeweils interessanteste Angebot im Detail studieren. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat die Veröffentlichung unterstützt. Präsident und Hauptgeschäftsführung des BDI erinnern im Vorwort an die hohe Exportorientierung unserer Volkswirtschaft und die daraus resultierende Notwendigkeit, daß qualifizierte Mitarbeiter auch über Kenntnisse in fremden Ländern verfügen.

Gabler Bürolexikon, Gabler Verlag, Wiesbaden 1982, 331 Seiten, 36 Mark

Der Arbeitsplatz Büro hat durch die technologischen Fortschritte in den letzten Jahren tiefgreifende Änderungen erfahren. Der zunehmende Einsatz von Computern, modernen Text- und Archivierungssystemen und neue Möglichkeiten der Informationsübermittlung erfordern eine fortwährende Anpassung und Aktualisierung des eigenen Wissenstandes. Das Bürolexikon will hier dem Nachschlagenden durch Informationen in leicht verständlicher Form helfen. In alphabetischer Reihenfolge werden über 1600 Begriffe aus den Bereichen Textverarbeitung, Informationsübermittlung, Datenverarbeitung, Organisationslehre, Wirtschaft und Recht erläutert. Komplizierte Sachverhalte werden durch längere Übersichtsartikel und ergänzend durch Abbildungen verdeutlicht.

Helmut Romé: Die großen Weine der Toskana, Großformat 240 Seiten, Leinen, 68 Mark, Seewald-Verlag, Stuttgart

Die Toskana bringt einige der besten Weine der Welt hervor. Das Land hat eine alte Weinkultur, die bis in die Zeit der Etrusker zurückreicht. Der Akzent des Buches liegt auf der konkreten Beschreibung der Wein- und Rebsorten und des Qualitätspotentials der toskanischen Weinbauregion. Der Autor führt erstmals im deutschen Sprachraum in die Welt der großen Weine des Brunello, der Vino nobile, des Carmignano, der Chianti Classico und des Vernaccia.

Max Beck (Hrsg.): Brennerei-Kalender 1983, Handbuch für die Brennerei- und Alkoholwirtschaft

Zum 30. Mal auf dem Markt mit dem Anspruch, alle, die mit der Brennereiwirtschaft in Verbindung stehen, zu informieren.

Neue Marktchancen für Wittenborg

dos. Hannover

Neue Impulse für das Geschäft mit Verpflegungsautomaten verspricht sich das dänische Unternehmen Wittenborg International, Odense, von der Entwicklung eines Kartensystems, das bargeldloses Einkaufen aus Automaten ermöglicht. Neben den Zeitvorteilen für die Konsumenten ergäben sich auch für die Bewirtschafter „interessante Rationalisierungseffekte", erklärten Sprecher der deutschen Vertriebstochter Wittenborg Automaten GmbH, Hannover.

Wittenborg, nach eigenen Angaben größter Hersteller von Versorgungsautomaten in Europa, sieht vor allem in der Bundesrepublik noch gute Marktchancen für die betriebliche Zwischenverpflegung. Der Umsatz der deutschen Tochter, der 1982 bei 22 Mill. DM lag, soll im laufenden Jahr 25 Mill. DM erreichen und 1984 weiter auf 30 Mill. DM steigen.

Große Hoffnungen setzt das Unternehmen auf einen neu entwickelten Automaten für Kaltgetränke, der das gewählte Getränk innerhalb des Geräts abfüllt und den Becher – verschlossen mit Deckel und Trinkhalm – abgibt. Dieser Automat steht zunächst ausschließlich der Coca-Cola GmbH, Essen, zur Verfügung. Eine Stärkung der Position dürfte zudem das Ausscheiden von WMF, Geislingen, aus dem Verkaufsautomaten-Geschäft Mitte dieses Jahres bringen. Die WMF-Flaschenautomaten und -thekenzapfgeräte werden künftig ebenfalls in Odense hergestellt. Der Umsatz der Muttergesellschaft lag 1982 bei 250 Mill. dKr und soll 1983 rund 300 Mill. dKr erreichen. Der Gruppenumsatz wird mit 500 Mill. dKr, rund 170 Mill. DM, angegeben.

RANCKH'SCHE VERLAGSHANDLUNG / „Damit Mensch und Natur Zukunft haben"

Natur und Technik unter einem Dach

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Naturschutz und technischen ortschritt unter einen Hut zu brinen, *ist ein nur schwer lösbares* nterfangen und bekanntlich ehr denn je Gegenstand heftiger iskussionen. Die Verlagsgruppe anckh-Kosmos, Stuttgart, bringt eses „Kunststück" einer Synthe- beider Themen nicht erst seit eute in ihrem eigenen Geschäft rtig.

Die vor nunmehr 160 Jahren ge- ündete Franckh'sche Verlags- andlung W. Keller & Co., Stamm- aus der Firmengruppe, hatte hon sehr früh den großen Bedarf n allgemein verständlichen natur- issenschaftlichen Informationen nd Literatur breiter Bevölke- ngsschichten entdeckt. In diese arktlücke stieß der Verlag bereits n Jahre 1904 mit der Zeitschrift Kosmos", die acht Jahre später ne Auflage von 100 000 Stück er- ichte. Zur Zeit erscheint das unter aufgemachte, eine breite hemenpalette aufgreifende Mo- atsmagazin „Kosmos" (Untertitel: amit Mensch und Natur Zukunft aben) in einer Auflage von rund 20 000 Exemplaren mit leicht stei- ender Tendenz.

Rund um diese Zeitschrift gruppieren sich neben anderen Periodika rund 750 Buchtitel mit dem Hauptgewicht auf Natur und Umwelt. Darüber hinaus umfaßt das *Buchprogramm die Bereiche Sport* und Hobby, Märchen und als großen „Renner" eine Hitchcock-Krimi-Serie.

Die Tatsache, daß die Naturschutz-Probleme immer mehr Bürgern „unter die Haut" gehen, werten die geschäftsführenden Gesellschafter Rolf und Claus Keller als Auftrag und gute Ausgangsbasis für ihr Buch- und Zeitschriften-Programm. Dieses bildet denn auch den weitaus größten Anteil am Gruppenumsatz von 35 Mill. DM des Jahres 1982. Der Rückgang um 2 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr wird außer mit allgemeinen Konjunktur- und Markteinflüssen vor allem damit begründet, daß das Unternehmen mit der Fertigstellung und Auslieferung eines neuen Bandes für das sechsbändige Chemie-Lexikon in zeitlichen Verzug geriet. Der Ausfall werde in diesem Jahr wieder hereingeholt.

Die Verbindung zur Technik hält die Verlagsgruppe nicht nur mit reichhaltiger Technik-Literatur, sondern seit längerer Zeit auch mit Experimentierkästen in den Sparten Biologie/Mikroskopie, Chemie, Physik, Mineralogie und Elektronik. Auf diesem relativ kleinen Markt, in dem sich in der Bundesrepublik noch Mangold und Busch *„tummeln", schätzt Franckh* seinen Anteil auf „eher 60 Prozent". Die Weiterentwicklung auf dem Gebiete der Mikroelektronik und das steigende Lerninteresse veranlassen das Unternehmen, demnächst (ab Mai/Juni) einen Lerncomputer (Preis: knapp 220 DM) anzubieten. Dieser ermöglicht experimentell in entsprechenden Lernschritten einen Einstieg in die Computer-Technologie.

Abgerundet werden die geschäftlichen Aktivitäten der Verlagsgruppe durch eine dritte Sparte, das Versandgeschäft (Kosmos-Service) mit Artikeln für den Naturfreund vom Geologenhammer, über das Fernrohr bis hin zu Pflanzenpresse und Rucksack.

Das Auslandsgeschäft hat einen Anteil von weniger als 10 Prozent. Über eine verstärkte Lizenzvergabe wird jedoch versucht, „draußen" besser Fuß zu fassen. Die Verlagsgruppe, die schon sehr früh die Idee einer Buchgemeinschaft realisierte und sich nach wie vor als Verein der Naturfreunde einer starken Kundenbindung erfreut, zählt 220 Mitarbeiter.

ERGEBNISSE

Bremen – Köln	1:1	(0:1)
Karlsruhe – Stuttgart	1:2	(1:1)
Leverkusen – M'gladbach	3:2	(1:2)
Bielefeld – Hamburg	2:0	(1:0)
Frankfurt – München	1:0	(1:0)
Braunschweig – Bochum	0:2	(0:0)
Schalke – Dortmund	1:2	(0:0)
Nürnberg – K'lautern	1:1	(1:0)
Düsseldorf – Berlin	1:1	(0:0)

DIE SPIELE

Bremen – Köln 1:1 (0:1)
Bremen: Burdenski – Fichtel (46. Meier), Okudera, Siegmann, Otten, Sidka (87. Schaaf), Gruber, Möhlmann, Bracht, Völler, Neubarth. – **Köln:** Schumacher – Strack, Prestin, Steiner, Zimmermann, Hönerbach, Sljivo, Engels, Willmer, Littbarski, Fischer. – **Schiedsrichter:** Ermer (Weiden). – **Zuschauer:** 33 000. – **Tore:** 0:1 Fischer (43.), 1:1 Sidka (55., Foulelfmeter).

Düsseldorf – Hertha 1:1 (0:0)
Düsseldorf: Kleff, Zewe, Theis, Kuczinski, Bockenfeld (73. Löhr), Bommer, Fach, Dusend, Weikl, Edvaldsson, Gores (63. Thiele). – **Berlin:** Quasten – Gruler, Schneider, Timme, Stöhr, Blau, Bonhof (8. Ehrmanntraut), Killmaier, Schmitz, Mohr, Remark, – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Brunnthal). – **Zuschauer:** 10 000. – **Tore:** 0:1 Killmaier (47.), 1:1 Fach (66.).

Bielefeld – Hamburg 2:0 (1:0)
Bielefeld: Diergardt – Pohl, Geils, Hupe, Büscher, Riedl, Pagelsdorf, Schröder, Rautiainen, Grillemeier, Lienen. – **Hamburg:** Stein – Hieronymus, Groh, Jakobs, Wehmeyer (70. von Heesen), Hartwig, Rolff, Magath, Milewski, Hrubesch, Bastrup. – **Schiedsrichter:** Stäglich (Bonn). – **Zuschauer:** 28 000. – **Tore:** 1:0 Grillemeier (23.), 2:0 Pagelsdorf (86.).

Frankfurt – München 1:0 (1:0)
Frankfurt: Jüriens – Pezzey, Sziedat, Körbel, Falkenmayer, Schreml, Kroth, Nickel (67. Sievers), Trieb, Gulich (73. Müller), Tscha. – **München:** Müller Augenthaler, Dremmler, Grobe, Horsmann, Del'Haye, Breitner, Kraus, Nachtweih (73. Pflügler), Hoeneß, Rummenigge. – **Schiedsrichter:** Assenmacher (Hürth). – **Zuschauer:** 60 000. – **Tor:** 1:0 Nickel (22.).

Nürnberg – K'lautern 1:1 (1:0)
Nürnberg: Kargus – Weyerich, Täuber, Reinhardt, Stocker, Eder, Botteron, Heck, Heidenreich, Trunk, Dressel. – **Kaiserslautern:** Reichel – Melzer, Plath, Dusek, Briegel, Brehme, Kitzmann, Geye, Bongartz, Nilsson, Allofs. – **Schiedsrichter:** Clajus (Karlsruhe). – **Zuschauer:** 15 000. – **Tore:** 1:0 Trunk (7.), 1:1 Allofs (62.).

Schalke – Dortmund 1:2 (0:0)
Schalke: Junghans – Lorant, Kruse, Drexler, Schipper, Bittcher, Opitz, Dietz, Clute-Simon, Wuttke, Abel. – **Dortmund:** Immel – Rüßmann, Keser, Koch, Bönighausen, Tenhagen (54. Freund), Abramczik, Burgsmüller, Zorc, Klotz, Eggeling (37. Raducanu). – **Schiedsrichter:** Eschweiler (Euskirchen). – **Zuschauer:** 33 000. – **Tore:** 1:0 Dietz (48.), 1:1 Abramczik (63.), 1:2 Abramczik (81.).

Braunschweig – Bochum 0:2 (0:0)
Braunschweig: Franke – Studzizba, Hollmann, Kindermann, Zavisic, Geiger, Tripbacher, Borg, Merkhoffer, Geyer (46. Herbst), Worm. – **Bochum:** Zumdick – Bast, Knüwe, Woelk, Kühn, Oswald, Patzke, Jakobs, Lameck, Kramer (56. Pater), Schreier. – **Schiedsrichter:** Brehm (Kemmern). – **Zuschauer:** 9975. – **Tore:** 0:1 Schreier (69.), 0:2 Pater (73.).

Karlsruhe – Stuttgart 1:2 (1:1)
Karlsruhe: Wimmer – Theiss (46. Walz), Lazic, Boysen, Kleppinger, Groß, Dittus (71. Hagmayr), Zahn, Wiesner, Hofeditz, Günther. – **Stuttgart:** Roleder – Makan, Niedermayer, K.-H. Förster, B. Förster, Kempe, Sigurvinsson, Allgöwer, Ohlicher, Reichert, Six. – **Schiedsrichter:** Ahlenfelder (Holten). – **Zuschauer:** 25 000. – **Tore:** 0:1 Reichert (28.), 1:1 Hofeditz (34.), 1:2 Allgöwer (75.).

Leverkusen – M'gladbach 3:2 (1:2)
Leverkusen: Greiner, Gelsdorf, Saborowski, Wojtowicz, Vöge, Bittorf (78. Knauf), Röber, Hörster, Winklhofer, Ökland, Waas. – **Mönchengladbach:** Sude – Schmider, Borowka, Schäffer, Ringels, Matthäus, Herlovsen, Bruns, Schäfer, Reich (78. Pinkall), Mill. – **Schiedsrichter:** Horeis (Hamburg). – **Zuschauer:** 13 000. – **Tore:** 1:0 Waas (19.), 1:1 Reich (29.), 1:2 Mill (42.), 2:2 Röber (80.), 3:2 Hörster (88.).

VORSCHAU

Dienstag, 20.00 Uhr:

Hamburg – Düsseldorf	(6:0)

Freitag, 19.30 Uhr:

Dortmund – Nürnberg	(2:3)

Samstag, 15.30 Uhr:

Stuttgart – Leverkusen	(3:0)
Berlin – Karlsruhe	(1:1)
Köln – Düsseldorf	(6:2)
K'lautern – Bremen	(0:3)
München – Bochum	(0:0)
Hamburg – Frankfurt	(1:1)
M'gladbach – Bielefeld	(2:4)
Schalke – Braunschweig	(1:1)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

FUSSBALL / Schalke 04 nach der Niederlage gegen Borussia Dortmund: Wenn der letzte Mann ins Leere greift

Sundermann lobte seinen Torwart, da wurde er vom Präsidenten mit „Herr Junghans" angeredet

BERND WEBER, **Gelsenkirchen**

Jochen Abel, der Schalker Mittelstürmer, stand nach der 1:2-Niederlage seiner Mannschaft gegen Borussia Dortmund an der Theke des „Palisander"-Raumes, der guten Stube im Gelsenkirchener Parkstadion. Er stierte in das vor ihm stehende Pilsglas, schüttelte immer wieder seinen Kopf und sagte dann: „Das Spiel mußten wir einfach gewinnen. Wir hätten es auch gewonnen, wenn ..." Den Satz führte er nicht zu Ende, aber alle, die um ihn herumstanden, wußten, was gemeint war. Manfred Drexler, der Schalker Mannschaftskapitän, meinte zerknirscht: „Wir hatten doch deutliche Feldvorteile, aber dann ..."

Auch Drexler drückte sich davor, den Satz zu Ende zu bringen. Wenn er es getan hätte, hätte er nämlich sagen müssen: Aber dann hat unser Torwart Walter Junghans mit zwei anfängerhaften Fehlern wieder einmal alles kaputtgemacht.

Denn genauso war es. Schalke hat mit Leidenschaft gegen die hochfavorisierten Dortmunder gekämpft. Schalke hat streckenweise wunderschöne Kombinationen aufgezogen. Schalke schaffte durch einen phantastischen 14-m-Schuß seines diesmal in eine Mittelfeldposition gerückten Routiniers Bernard Dietz die Führung. Und Schalke stand am Ende dennoch mit leeren Händen da, weil der Ex-Schalker Rüdiger Abramczik die beiden Fehler von Bayern Münchens Leihgabe Junghans eiskalt ausgenutzt hatte.

Vor dem ersten Tor ließ Junghans einen harmlosen Flankenball aus den Händen gleiten. Vor dem zweiten segelte er vehement an einem von Raducanu getretenen Eckstoß vorbei. „Bild am Sonntag" bewertete die Leistung des Torhüters mit „er hat sein Geld nicht verdient". „WELT am SONNTAG" gab ihm die Note „mangelhaft".

Der Torwart selbst gab zu, daß er beide Dortmunder Tore hätte verhindern müssen. „Andere machen auch Fehler", klagte er gestern morgen, „nur ich habe im Moment das Pech, daß sie bei mir immer gleich zu Gegentreffern führen."



Walter Junghans greift zu, aber der Ball ist nicht mehr da. Schalke, das Nigbur beurlaubt hat, scheitert an seinem Torwartproblem. FOTO: WEREK

Nervlich ist Junghans schon lange nicht mehr in bester Verfassung. Wahrscheinlich auch deshalb nicht, weil ihn die Fans von Anfang an abgelehnt haben, weil der in die Verbannung geschickte Norbert Nigbur trotz der vielen Fehler, die auch er in dieser Saison gemacht hat, immer noch höher im Kurs steht.

Nigbur saß am Samstag wieder auf der Tribüne. Allen, die ihn nach dem Spiel ansprachen, schaute er freundlich ins Gesicht und formulierte dann ganz locker: „Was soll ich euch groß erzählen? Ihr habt doch alle selbst gesehen, was los war." Junghans vermutet: „Norbert wird sich über jeden Fehler, den ich mache, unbändig freuen." Mit der Vermutung liegt er wohl richtig.

Doch trotz des neuen Debakels – die Schalker werden weiterhin fest zu ihrer Leihgabe stehen. Manager Rudi Assauer wurde gefragt, ob er sich denn nicht doch eine Situation vorstellen könne, die eine Rückkehr Nigburs ins Team möglich mache. „Ja", hat er geantwortet, „wenn sich Junghans und sein Ersatzmann Peter Sandhofe die Beine brechen würden."

Jürgen Sundermann verstieg sich in der Pressekonferenz nach dem Spiel zu einem Satz, der bei vielen Zuhörern den Verdacht aufkommen ließ, der Trainer habe mit geschlossenen Augen auf der Bank gesessen. Der Trainer erklärte wörtlich: „Ich habe noch nie mit einem so guten Torwart wie Junghans zusammengearbeitet. Er hat mein vollstes Vertrauen." Schalkes Präsident Hans-Joachim Fenne muß diese Äußerung total verwirrt haben. Er sprach Sundermann mit „Herr Junghans" an. Denn: Schon am Freitag hatte Sundermann den verblüfften Nigbur zu einem Einzeltraining bestellt.

Danach richtete Fenne einen fast zehnminütigen Appell an die Journalisten, der in dieser Forderung gipfelte: „Sie müssen sich jetzt entscheiden, ob Sie mit negativer Berichterstattung das Chaos herbeiführen oder ob Sie das Bemühen des Klubs unterstützen wollen, langfristig doch noch Erfolge zu haben."

Dortmunds Vorstopper Rolf Rüßmann, der zwölf Jahre lang für Schalke gespielt hatte, bevor er aus finanzieller Not an Borussia verkauft werden mußte, mischte sich nach dem Spiel unter seine ehemaligen Mannschaftskollegen und tröstete sie: „Ihr habt so gut gespielt, daß ich der festen Überzeugung bin, ihr werdet nicht absteigen." Gleichwohl sieht auch Rüßmann schlimme Wochen auf die Schalker zukommen.

Tatsächlich haben die Fans am Samstag vor allem wieder den Manager ins Visier genommen. „Assauer raus", hallte es immer wieder durchs Parkstadion. Und hinter den Kulissen tagen längst die verschiedenen Oppositionsgruppen. Charly Neumann, der ehemalige Mannschaftsbetreuer, feixte: „Der Rudi sollte als Dressman arbeiten. Für den Job ist er wahrscheinlich besser geeignet." Der zur Zeit glücklose Manager, dem man zumindest aber bescheinigen muß, daß er für seinen Verein gleichsam rund um die Uhr „malocht", hat dem im Augenblick nur dies entgegenzusetzen: „Abgerechnet wird erst am letzten Spieltag. Wir steigen nicht ab."

FRANKFURT / Zebecs Arbeit zahlt sich aus – Sieg über München

Junge Spieler – neue, frische Kräfte

MARTIN HÄGELE, **Frankfurt**

1:0 gegen den FC Bayern München, 1,1 Millionen Mark Rekordeinnahme. 59 000 Zuschauer im Frankfurter Waldstadion, 3000 mußten vor den Toren warten – die Eintracht bestand wieder einmal aus lauter Helden. „Es war", so Frankfurts Vorstopper Karl-Heinz Körbel (29), „wie bei einem Länderspiel."

Und Schiedsrichter Assenmacher führte Regie: In der 77. Minute kommt Rummenigge zu Fall, im Zweikampf mit Körbel. „Schwalbe" schreien die Frankfurter. Rummenigge sei freiwillig Parterre gegangen. Aber Assenmacher pfeift sofort Elfmeter. „Ich hatte den Eindruck, daß dem Schiedsrichter das Resultat nicht paßte", sagt Trainer Branco Zebec hinterher.

Vor ein paar Jahren hatte Assenmacher schon einmal einen zweifelhaften Elfmeter gegen Frankfurt verhängt. Auch damals lag Eintracht 1:0 vorn, und Manfred Kaltz verwandelte zum Ausgleich für den Hamburger SV. Die Polizei brauchte einen Kastenwagen, um den Schiedsrichter vor der Lynchjustiz zu retten. Mit Wasserwerfern mußte das aufgebrachte Volk beruhigt werden.

Diesmal läuft wieder ein Star an, Paul Breitner. Wenn er tritt, hat er in seinem letzten Bundesligaspiel im Waldstadion zum drittenmal in zwölf Jahren einen Punkt geholt. Frankfurts Torwart Joachim Jüriens ist stärker als Breitners Nerven. Er wehrt den Schuß ab, und den Nachschuß von Dieter Hoeneß auch. Der Einsatzleiter der Polizei atmet erleichtert durch. Kein Kastenwagen, keine Wasserwerfer ...

Achim Jüriens hat den Sieg gerettet. Zusammen mit Bernd Nikkel. Nach einem Schrittfehler des Münchner Ersatztorwarts Manfred Müller hatte Nickel den Freistoß im zweiten Versuch ins Tor gejagt, schon nach 22 Minuten.

Doch die Leute auf dem Heimweg reden weniger von Nickels Tor. Sie diskutieren über die Zukunft: „Wer ist der nächste von den Jungen, die Zebec bringt?"

Denn plötzlich, im letzten Drittel der Runde, die für die Eintracht chaotisch gelaufen war, schimmern die Perlen, die bisher verborgen waren. „Zebec", sagt Körbel, „hat es verstanden, die Jungen und Alten zusammenzubringen und daraus eine Mannschaft zu machen." Zebec hat ihnen Disziplin beigebracht und das Hickhack im Umfeld der Mannschaft beendet.

Viel geredet habe Zebec nicht, erzählt Körbel. Er hat nur Ordnung geschaffen, die Abwehr stark gemacht, erst mal für Sicherheit gesorgt. Das bewährte Zebec-System half auch der maladen Eintracht. Körbel: „Wir mußten einfach Punkte sammeln, egal wie – wir waren doch total am Boden zerstört."

Und mit den Punkten kehrte das Selbstvertrauen zurück. Vor allem nach dem ersten Frankfurter Auswärtssieg vor 14 Tagen. Deshalb, so Körbel, könnten auch die Jungen befreit spielen, sie könnten sich jetzt auch mal Fehler erlauben. Vor ein paar Wochen, als die Eintracht in der Abstiegszone stand, hätten sie das noch nicht gekonnt.

Jetzt dürfen die Perlen glänzen. Ralf Falkenmayer (20), Martin Trieb (22), Ralf Sievers (22), Uwe Müller (20), Helmut Gulich (22). Die Alten, wie Nickel, Cha, Pezzey und Körbel geben Halt, tragen die Verantwortung. „Daß Zebec uns wieder hingekriegt hat, daß der Cha wieder so unbeschwert stürmt wie am Anfang, davon profitieren die Jungen am meisten."

Und trotzdem warnt der Mann, der so etwas wie das Gewissen der Eintracht ist, vor zuviel Jugend. Körbel: „Die Bundesliga ist rabiat, gnadenlos. Sie verzeiht den jungen Burschen nichts. Sie werden hochgejubelt, bekommen eins auf den Deckel, und dann kommen sie nicht mehr hoch."

Das sei typisch für die Zeit, in der man jetzt lebe, sagt Körbel. Man müsse diese Talente sorgfältig pflegen, sie behutsam und langsam in die Mannschaft einbauen. Körbel: „Denn die Rückschläge kommen totsicher, und mit der Euphorie jetzt tut man ihnen keinen großen Gefallen."

Falkenmayer habe dieses Wellenbad schon einmal durchgemacht. Seine Erfahrung als Junioren-Weltmeister habe ihm da herausgeholfen, glaubt Körbel. Martin Trieb könne in ein, zwei Jahren Nickels Nachfolger als Spielmacher werden, auch Sievers und Uwe Müller müßten ihren Weg machen, und Gulich sei in der Lage, das Problem im Sturm zu lösen. Körbel: „Der Gulich hat die Kraft eines Bullen, aber er hat sich jetzt auch technisch entwickelt und setzt seine Wucht gezielt ein."

Verträge laufen aus – Nervosität in Braunschweig

DW. **Bonn**

Das 1:1 (0:1) des 1. FC Kaiserslautern beim 1. FC Nürnberg wollte Trainer Rudi Kröner nicht als Erfolg einstufen: „Aufgrund der Steigerung nach der Pause und der vielen klaren Chancen hätten wir unbedingt gewinnen müssen." Der Ärger des Trainers galt vor allem dem Schweden Torbjörn Nilsson, der innerhalb von drei Minuten zweimal völlig freistehend vergab.

*

„Dafür gibt es keine Erklärung", sagte Braunschweigs Torhüter Bernd Franke nach der 0:2 (0:0)-Heimniederlage gegen den VfL Bochum. Übergroße Nervosität bestimmte die Aktionen. Vielleicht liegt es daran, daß zehn Spieler um ihre Vertragsverlängerung bangen und Präsident Hennes Jäcker zur Zeit entsprechende Gespräche darüber kategorisch ablehnt.

*

Nach dem 1:1 (0:1) gegen den 1. FC Köln sagte Werder Bremens Torhüter Dieter Burdenski: „Wir reden aber jetzt nicht von der Meisterschaft, sondern nur von einem Rang, der die Teilnahme am UEFA-Cup-Wettbewerb garantiert." Dennoch: Der Titel ist auch sein Wunschtraum. Seit dem 30. Oktober ist Bremen ungeschlagen.

*

„Diese Niederlage hat uns noch tiefer hineingeritten, hoffentlich hat die Mannschaft keinen Knacks erhalten", sagte Karlsruhes Präsident Roland Schmider nach der 1:2 (1:1)-Heimniederlage gegen den VfB Stuttgart. 3,5 Millionen Mark Schulden hat der KSC, nun prüft der DFB das Finanzgebaren der Badener.



Von ULRICH DOST

Als Fußball-Beamter will er sich nicht sehen, dennoch trifft dieser Begriff genau den Kern. **Horst Köppel** hat sich jetzt im jungen Alter von 35 Jahren entschlossen, sich in einem weichen Sessel des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) niederzulassen. Statt Streß und Aufregung bei Arminia Bielefeld in der Bundesliga wird Köppel beim DFB als Juniorentrainer und Assistent von Bundestrainer **Jupp Derwall** (53) künftig bestimmt eine ruhigere Kugel schieben.

Die „Droge Bundesliga", von der sich die meisten Trainer befallen sehen, scheint bei Köppel ihre Wirkung verfehlt zu haben. Erst seit August des letzten Jahres ist Köppel verantwortlicher Trainer bei Arminia Bielefeld. Schon vor seinem Amtsantritt ließ er sich eine „Streß-Klausel" in seinen Vertrag einbauen, die ihm das Aussteigen nach einem Jahr ermöglicht. Es hat nur wenige Monate gedauert, ehe Köppel davon Gebrauch machte. „Wenn ich diesen Streß noch fünf Jahre mitmache, bin ich reif fürs Sanatorium", hat er nach dem 2:0 der Bielefelder über den Hamburger SV gesagt. So weit will er es nicht kommen lassen: „Ich kann davon ausgehen, daß in fünf Jahren noch Fußball gespielt wird und der DFB noch besteht. Das ist eine krisensichere Angelegenheit." Köppel nimmt es sogar in Kauf, daß er in den nächsten Jahren mit rund 6000 Mark lediglich die Hälfte von dem verdienen wird, was ihm die Bielefelder im Monat zahlten.

Er hat lange mit sich gekämpft, die eigene Gesundheit und die Familie haben letztlich gewonnen. Noch am Samstag rief er DFB-Präsident **Herrmann Neuberger** (62) an, um ihn zu bitten, den Vertrag noch ein Jahr zurückzustellen. Doch der Präsident konnte ihm nicht versichern, daß die Stelle noch im nächsten Jahr frei sei. Die Mannschaft hat es ihm auch nicht leicht gemacht. Noch am Donnerstag haben sich alle Spieler dafür ausgesprochen, den jungen Trainer in Bielefeld zu halten. Das sei eine Sache der Mentalität, ob jemand risikobereit sei oder das Beamtendasein vorziehe, so sieht Bielefelds Präsident **Jörg Auf der Heyde** (46) die Angelegenheit: „Horst Köppel hat sich die Entscheidung so schwer gemacht, als handle es sich um die Wahl einer Ehefrau."

Der Karrieretyp, der den Erfolg um jeden Preis sucht, wird der elfmalige Nationalspieler wohl nie werden. Schon vor seinem Amtsantritt (1. Juli) beim DFB signalisiert er Wohlverhalten. Köppel: „Nachfolger von Bundestrainer Jupp Derwall will ich nicht werden, das ist nicht meine Perspektive. Außerdem glaube ich, daß Erich Ribbeck Derwalls Nachfolger wird." Seine begonnene Arbeit in Bielefeld mit Erfolg fortzusetzen, das traut Köppel am ehesten seinem Vorgänger beim DFB zu – nämlich **Dietrich Weise** (49).

Seit bekannt ist, daß Weise wieder liebend gerne den Nervenkitzel der Bundesliga erleben möchte, taucht sein Name plötzlich bei jedem Klub auf, dessen Trainerfrage nicht hundertprozentig geklärt ist. In der letzten Woche wurde **Bruno Recht** (61), Präsident von Fortuna Düsseldorf, so zitiert, daß er Dietrich Weise, der schon einmal in Düsseldorf Trainer war, am liebsten wieder verpflichten würde. Da war dann doch das Erstaunen groß. Mit **Willibert Kremer** (44) hatten die Düsseldorfer gerade erst einen Trainer verpflichtet, der mit der Mannschaft Erfolg hat. Kremer: „Als Jörg Berger entlassen wurde, lagen die Düsseldorfer doch schon so gut wie im Sarg. Es mußte nur noch einer den Dekkel zumachen."

Die Spieler müssen sich doch vor den Kopf gestoßen fühlen, wenn man ihnen den Mann wegnimm[t], der ihnen wieder Selbstvertrau[en] gegeben hat. „Ich glaube nich[t]", sagt Willibert Kremer, „daß [sich] das Gerede schon so auf die Man[n]schaft ausgewirkt hat, daß wir [...] 1:1 gegen Hertha BSC gespielt h[a]ben. Wenn aber in den nächsten [...] Tagen kein klares Wort gesproch[en] wird, werden auch die Spieler ne[r]vös. Und das können wir übe[r]haupt nicht gebrauchen."

Nach dem glücklichen 1:1 ge[gen] die Berliner sagte Recht: „Die Tr[ai]nerfrage ist derzeit kein Thema. Das hätte er auch vorher sag[en] können, dann wäre niemals [...] Zungenschlag hereingekomme[n], daß Kremer zum Saisonende [ge]hen muß und Dietrich We[ise] kommt.

*

Sieg über den HSV, Köppel geht aber trotzdem

Wer Meister werden will, [...] muß auch mit Anstand ver[lie]ren können." Ausgerechnet [...] Fans des Hamburger SV, [...] eher sauf- und raufflustig, mußte[n] den Spielern des HSV erklär[en], wie man mit einer Niederlage [um]zugehen hat. Es tat not, denn [...] de Hamburgs Torwart Uli Ste[in] (28), der jahrelang in Bielefeld ge[spielt] hat, hatte seine Nerven nich[t] unter Kontrolle. Zum ein[en] schimpfte er auf den Bielefelde[r] **Frank Pagelsdorf** (28): „Der h[at] den Magath brutal getreten." Dan[n] hob er zum großen Rundumschl[ag] auf Schiedsrichter **Dieter Stäglich** (42) an. Ironisch meinte er: „De[r] Schiedsrichter ist wohl das größt[e] Nachwuchstalent, das der DFB derzeit zu bieten hat." Und dann fügte er hinzu: „Der DFB will uns fertigmachen." Es ist ja hinrei[]chend bekannt, daß der Verban[d] und die Hamburger derzeit nich[t] gut miteinander auskommen. Un[]ter anderem wegen der Kritik vo[n] Hamburgs Präsident **Wolfga[ng] Klein** (38) an der Nationalman[n]schaft. In der Tat ist die Entsch[ei]dung etwas merkwürdig, Diete[r] Stäglich, der ursprünglich d[as] Spiel Nürnberg gegen Kaiserslau[]tern leiten sollte, am Freitag mo[r]gen per Telefon zur Bielefelde[r] Alm zu schicken. Stäglich: „I[ch] kann mir auch keinen Reim dara[uf] machen."

Harald Schumacher (29), Nat[io]naltorwart vom 1. FC Köln, h[at] immer große Stücke auf Uwe Gr[ei]ner (22) gehalten. Den Torwart v[on] Bayer 04 Leverkusen könne er si[ch] durchaus als seinen Nachfolg[er] vorstellen. Derzeit sieht es a[ber] eher so aus, als würde die Karri[ere] des jungen Mannes steil nach u[n]ten verlaufen. In Leverkusen ist [es] für Trainer **Dettmar Cramer** [...] schon beschlossene Sache, da[ß] Greiner zum Saisonende ge[hen] muß. Die großspurigen Sprüch[e] von Greiner und seine maßlo[se] Selbstüberschätzung gefallen de[m] Fußball-Lehrer Cramer überhaup[t] nicht.

Für Greiner wird es eng, den[n] die Konkurrenz zeigt wenig Inte[r]esse an ihm. Bislang haben si[ch] Mönchengladbach und Frankfu[rt] bei den Leverkusenern gemeld[et], doch die wollten nur wissen, [ob] Reservetorwart **Rüdiger Vollbo[rn]** (20) zu haben sei. Schon vor d[rei] Monaten fragte Greiner über Will[i]bert Kremer bei Fortuna Düss[el]dorf nach und erhielt eine Absag[e]. Jetzt möchte er am liebsten beim 1. FC Kaiserslautern unterkomme[n].

*

Die Gladbacher können inzw[i]schen wirklich nur noch Mitle[id] erwecken. Sie waren eindeutig d[ie] bessere Mannschaft, spielten [...] ver aus einer verstärkten Abwe[hr] heraus, und es sah so aus, als w[ür]den sie ihre 2:1-Führung über d[ie] Zeit retten. Am Ende aber hieß e[s] 3:2 für Leverkusen, und Traine[r] **Jupp Heynckes** (38) fragte: „W[ie] soll ich den Spielern glaubhaft ma[]chen, daß sie noch gewinnen kön[]nen? Das wird immer schwerer."

23. Spieltag: Tabellenspitze rückt zusammen – Drei von vier Elfmetern wurden verschossen

DIE TABELLE

							Heim:		Auswärts:	
1. Hamburg	22	12	8	2	52:23	32:12	30:9	18:4	22:14	14:8
2. München	23	13	6	4	54:19	32:14	33:6	19:5	21:13	13:9
3. Dortmund	23	14	4	5	54:32	32:14	33:12	18:4	21:20	14:10
4. Stuttgart	22	13	5	4	50:26	31:13	29:12	17:5	21:14	14:8
5. Bremen	21	12	5	4	38:24	29:13	25:7	18:2	13:17	11:11
6. Köln	22	11	6	5	44:27	28:16	23:10	16:4	21:17	12:12
7. K'lautern	22	8	10	4	32:30	26:18	24:12	17:3	8:18	9:15
8. Nürnberg	22	8	5	9	28:40	21:23	20:16	16:6	8:24	5:17
9. Frankfurt	23	9	3	11	32:30	21:25	25:7	18:6	7:23	3:19
10. Bielefeld	23	8	5	10	34:49	21:25	26:18	16:8	8:31	5:17
11. Braunschw.	23	7	6	10	26:37	20:26	16:10	15:7	10:27	5:19
12. Bochum	22	6	7	9	25:29	19:25	16:12	11:11	9:17	8:14
13. Düsseldorf	22	5	8	9	37:53	18:26	22:27	12:10	15:26	6:16
14. Leverkusen	22	5	6	11	21:42	16:28	12:14	12:12	9:28	4:16
15. Gladbach	22	6	2	14	35:43	14:30	20:17	10:12	15:26	4:18
16. Hertha	22	3	8	11	25:39	14:30	15:16	10:12	10:23	4:18
17. Schalke	22	4	5	13	29:47	13:31	16:21	8:14	13:26	5:17
18. Karlsruhe	22	4	5	13	27:53	13:31	15:17	11:13	12:36	2:18

● Zuschauer: Steigend

Es gibt Mannschaften, die locken bei ihren Auswärtsspielen mehr Zuschauer ins Stadion als in ihrer Heimatstadt: Bayern München (59 000 in Frankfurt), Dortmund (40 000 in Gelsenkirchen) und der 1. FC Köln (33 800 in Bremen) sorgten wohl zuallererst dafür, daß es am Samstag mit insgesamt 232 275 Besuchern das fünftbeste Ergebnis dieser Saison gab. Das bedeutet immerhin einen Durchschnitt von 28 810 Zuschauern pro Spiel. Tendenz steigend also – auch wegen der sportlichen Situation: Die Tabellenspitze ist enger zusammengerückt, am Tabellenende bleibt es spannend.

● Tore: Geizige Angreifer

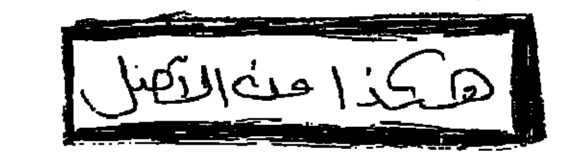
Nur 22 Tore in neun Spielen – die Angreifer waren geizig. Einziger zweifacher Torschütze war Rüdiger Abramczik beim 2:1 von Borussia Dortmund gegen seinen alten Verein Schalke 04. In der Torschützenliste führt weiter Karl-Heinz Rummenigge, der bisher 15mal erfolgreich war. Der Stuttgarter Karl Allgöwer verbesserte sich mit seinem Treffer gegen den Karlsruher SC auf den zweiten Platz, den er mit Dieter Hoeneß und Rudi Völler teilen muß (alle 13). Auffällig: Drei Elfmeter wurden verschossen – von Breitner, Gelsdorf und Remark. Nur einer, Bremens Sidka, traf.

● Sperren: Rekord in Gelb

Am 23. Bundesliga-Spieltag zeigten die Schiedsrichter 25 Spielern die gelbe Karte. Das ist Saisonrekord. Sieben von ihnen sind nach vier Verwarnungen für den nächsten Spieltag automatisch gesperrt: Edhem Sljivo (1. FC Köln), Frank Saborowski (Leverkusen), Ulrich Büscher (Bielefeld), Wolfgang Rolff (Hamburg), Matthias Schipper (Schalke), Andreas Brehme (Kaiserslautern) und Rudi Bommer (Düsseldorf). Gleich 36 Spielern droht eine Sperre bei der nächsten Verwarnung. Darunter sind drei Profis, die bereits sechs gelbe Karten sahen: Gelsdorf, Siegmann, Augenthaler.

● Eigendorf verunglückt

Lutz Eigendorf (26), früherer Auswahlspieler der „DDR", schwebt nach einem Autounfall in Lebensgefahr. Auf der Heimfahrt nach dem Spiel gegen Bochum flog sein Alfa-Romeo in einer Linkskurve von der regennassen Straße und prallte gegen einen Baum. Eigendorf erlitt schwere Kopfverletzungen. Er liegt im Koma, die behandelnden Ärzte in der Universitätsklinik Holwede geben keine weitere Auskunft. Eigendorf war zu Beginn der Saison von Kaiserslautern nach Braunschweig gewechselt. Seine Frau hatte vor dreieinhalb Wochen eine Tochter entbunden.



FUSSBALL / Damen-Länderspiel gegen Belgien nur 1:1 – Mannheim bleibt in der Zweiten Liga vorne

Trost und Flüche

U. SCHMIDLA, Bergisch-Gladbach

Freude und Ärger zugleich löste der Schlußpfiff beim Länderspiel der deutschen Fußball-Nationalmannschaft der Damen gegen Belgien aus. Vornehmlich bei den deutschen Spielerinnen. Während einige mit dem 1:1 hochzufrieden waren, drückte Doris Kresimon ihren Eindruck vom ersten Qualifikationsspiel zur Europameisterschaft drastisch aus: „Das war doch ein Scheiß-Spiel. Die hatten doch Dusel. Zweimal auf die Latte."

Die Stürmerin vom deutschen Meister SSG 09 Bergisch-Gladbach wollte damit sagen, daß nur ihre Mannschaft den Sieg verdient gehabt hätte. So war denn Trost nicht nur bei ihr angebracht, sondern auch bei den Kameradinnen. Rieke Koekoek beispielsweise wurde nach den 70 Spielminuten von ihren Eltern in die Arme genommen und auf dem langen Weg bis zur Kabine begleitet. Vom Pech wurde gesprochen, das die Spielerin vom FSV Frankfurt bei ihren Torchancen hatte. Eine davon, fünf Minuten vor dem Ende – der Ball flog nur gegen die Latte – hätte das 2:1 für Deutschland sein können. Über die dritte Minute waren sich Rieke und ihre Eltern sowieso einig. Da hätte es einen Elfmeter geben müssen, denn neun Meter vor dem Tor war Rieke Koekoek von einer Belgierin im Strafraum gefoult worden. Der Schiedsrichter, ein Deutscher (Pauly aus Rheydt), winkte ab. 6000 Zuschauer waren immerhin ins Stadion von Bergisch-Gladbach gekommen. Und vor deren Augen wollte Pauly wohl den Eindruck von Parteilichkeit erst gar nicht aufkommen lassen.

„Nun ja, beim nächsten Mal klappt's halt besser", gaben die Eltern die Marschroute für das kommende Spiel an, das bereits in zwei Wochen in Ven ray bei Venlo gegen Holland ausgetragen wird.

Bei den Zuschauern und den eingefleischten Fans, die es beim Damen-Fußball auch schon gibt, wurde nach dem Abpfiff Beifall geklatscht. Er galt der kämpferischen Leistung der deutschen Frauen, die sich durch das frühe belgische Führungstor von Anita Martens (6. Minute) nicht ins Bockshorn jagen ließen. Zwar hatte Spielmacherin Anne Trabant alle Mühe, die Stürmerinnen danach richtig einzusetzen, doch in der 60. Minute verwertete Ingrid Gebauer eine Flanke von ihr zum verdienten Ausgleich. Ingrid Gebauer mußte nach Spielschluß dann auch viele Unterschriften leisten. Die Autogramm-Jäger waren dabei, was nicht verwundert, meistens junge Mädchen. Auf die Vergabe des Länderspiels nach Bergisch-Gladbach reagierten die Fans mit Improvisationskunst. Selbstgemalte Deutschland-Fahnen auf einfachem Tuch bewiesen es.


Trost von Mama und Papa nach unglücklichen Torschüssen: Rieke Koekoek nach dem 1:1 gegen Belgien. FOTO: RZEPKA

Das ist Fritz Walter – zwei Minuten, zwei Tore

DW. Stuttgart

Sein Trainer Klaus Schlappner hat getobt oder es mit leisen psychologischen Ansprachen versucht. Schlappner hatte Angst, einer seiner besten und jüngsten Spieler könnte den Sinn für das harte Geschäft des Profifußballs verlieren, wenn sein Name allzuoft durch die Öffentlichkeit gezerrt werden würde. Fritz Walter heißt der junge Mann von Waldhof Mannheim, vorne und hinten wie der legendäre Kapitän der Weltmeister-Mannschaft von 1954. Da klopfen die Illustrierten an, da werden Wortspiele veranstaltet – nur wegen des Vor- und Nachnamens. In der letzten Woche saßen beide, der alte und der junge Fritz, zum ersten Mal zusammen vor der Fernsehkamera. „Ich muß auf dem Teppich bleiben", sagte der Spielmacher der Mannheimer.

Wie das bei ihm aussieht, zeigte sein Spiel bei den Stuttgarter Kickers. Innerhalb von 120 Sekunden (46./48.) erzielte er zwei Treffer, in der 86. Minute noch einen – Mannheim gewann auch in Stuttgart 4:2 dank Fritz Walter.

Die Mannheimer bleiben also an der Tabellenspitze der Zweiten Liga. Hinter ihnen kam zwar Uerdingen wieder einmal zu einem deutlichen Sieg – doch das 3:0 gegen den Tabellenletzten Schloß Neuhaus täuscht eine Leistung vor, die es nicht gab. Uerdingen war nicht überlegen, in Neuhaus gibt es offensichtlich keine Stürmer ...

DIE ERGEBNISSE

Darmstadt–Fürth	3:0	(1:0)
Hannover–Essen	4:0	(1:0)
Aachen–Solingen	2:1	(1:0)
Köln–Osnabrück	4:0	(1:0)
Stuttgart–Mannheim	2:4	(1:1)
Freiburg–Wattenscheid	2:1	(0:1)
Augsburg–Frankfurt	2:1	(1:1)
Uerdingen–Neuhaus	3:0	(1:0)
Lüttringhausen–Offenbach	1:1	(1:1)
Kassel–Duisburg	3:1	(1:0)

DIE NÄCHSTEN SPIELE

Dienstag: Darmstadt – Hannover. – Mittwoch: Duisburg – Aachen. – Freitag: Osnabrück – Kassel, Offenbach – Uerdingen. – Samstag: Mannheim – Köln, Frankfurt – Lüttringhausen, Fürth – Wattenscheid, Schloß Neuhaus – Aachen. – Sonntag: Essen – Darmstadt, Solingen – Stuttgart, Duisburg – Hannover, Augsburg – Freiburg.

DIE TABELLE

1. Mannheim	26	16	7	3	61:22	39:13
2. Offenbach	26	16	5	5	55:28	37:15
3. Kassel	26	15	4	7	54:34	34:18
4. Köln	27	12	9	6	59:38	33:21
5. Uerdingen	24	13	6	5	44:27	32:16
6. Freiburg	25	11	8	6	38:33	30:20
7. Darmstadt	26	11	6	9	43:40	28:24
8. Aachen	25	10	7	8	35:35	27:23
9. Stuttgart	25	10	5	10	47:38	25:25
10. Duisburg	25	10	5	10	36:33	25:25
11. Hannover	24	8	7	9	47:42	23:25
12. Fürth	26	8	7	11	41:54	23:29
13. Osnabrück	24	10	2	12	42:44	22:26
14. Essen	26	8	6	12	34:42	22:30
15. Augsburg	25	8	5	12	19:34	21:29
16. Solingen	24	6	8	10	35:46	20:28
17. Lüttringh.	25	7	6	12	37:58	20:30
18. Wattensch.	27	7	5	15	38:52	19:35
19. Frankfurt	26	5	6	15	35:66	16:36
20. Neuhaus	26	4	4	18	28:62	12:40

SPORT-NACHRICHTEN

Weber gab auf

Eindhoven (sid) – Helmut Weber (Hausham), Mannschafts-Weltmeister im Eisspeedway, gab beim Finale der Einzel-Weltmeisterschaft in Eindhoven nach zwei Rennen auf. In beiden Durchgängen hatte er keinen Punkt errungen.

Graham Abfahrtssiegerin

Mont Tremblant (dpa) – Laurie Graham (Kanada) gewann die Damen-Abfahrt des alpinen Ski-Weltcups in Mont Tremblant vor den Schweizerinnen Maria Walliser und Michaela Figini. Beste Deutsche war Marina Kiehl (München) auf Rang 26.

Fischer vor Angerer

Lahti (sid) – Mit einem dritten Platz beim Biathlon-Weltcuprennen über 20 Kilometer konnte sich Fritz Fischer (Ruhpolding) in Lahti noch vor dem Dritten der Weltmeisterschaft, Peter Angerer (Hammer), plazieren. Angerer wurde Sechster. Den Sieg holte sich Schalna (UdSSR).

Kehl auf Platz drei

Turin (dpa) – Der Dortmunder Peter Kehl belegte beim ältesten italienischen Straßenradrennen von Mailand nach Turin (226 km) hinter den beiden Italienern Moser und Milani den dritten Platz.

Laciar verteidigt Titel

Cordoba (dpa) – Box-Weltmeister Santos Laciar (Argentinien) verteidigte in Cordoba seinen Titel im Federgewicht gegen Ramon Nery (Dominikanische Republik) durch technischen K. o.

Fechten: Wieder Moskau

Turin (dpa) – Spartak Moskau errang in Turin durch einen 9:6-Erfolg über Satumare (Rumänien) erneut den Europapokal im Damen-Florett.

Weltrekorde der Heber

Odessa (dpa) – Die sowjetischen Gewichtheber stellten beim internationalen Freundschaftsturnier in Odessa insgesamt elf Weltrekorde auf.

Freigabe fraglich

Barcelona (sid) – Die Freigabe von Bernd Schuster für das Europameisterschafts-Qualifikationsspiel der deutschen Fußball-Nationalmannschaft am 30. März in Tirana gegen Albanien ist äußerst fraglich. Schusters Verein, der CF Barcelona, muß am gleichen Tag im spanischen Pokal gegen Atletico Bilbao antreten. Beim dürftigen 1:1 gegen Salamanca erzielte Schuster den Ausgleich.

Einer blieb im Westen

Dortmund (dpa) – Ohne ihren Federgewichtler Kozanak traten die Box-Junioren der CSSR die Heimreise von zwei 10:12-Länderkampf-Niederlagen gegen die deutsche Mannschaft an. Der 17 Jahre alte Kozanak blieb in der Bundesrepublik.

Weltmeisterin Dritte

Genua (dpa) – Bei den Judo-Europameisterschaften in Genua mußte sich Weltmeisterin Barbara Claßen (Whylen) in der Klasse bis 72 Kilogramm mit dem dritten Platz begnügen.

TENNIS / Verband bietet Ausbildungsverträge an

90 000 Mark gibt es für den Ranglisten-Ersten

H.-J. POHMANN, Berlin

Die Vergangenheit zeigte es auch den Verantwortlichen des Deutschen Tennis-Bundes (DTB). Erfolge seiner Spitzenspieler waren nicht etwa ein Verdienst des Verbandes, sondern vielmehr ein Zufallsprodukt oder das Ergebnis von Eigeninitiative der Aktiven. Anlaß für den DTB, sich von Träumereien aus der Amateurzeit im Tennissport zu trennen und Initiativen zu zeigen. Orientiert hat man sich dabei an den Erfolgen der jungen Schweden und Franzosen und so präsentierte der Verband am vergangenen Samstagnachmittag im Frankfurter Airport-Hotel den talentiertesten Mädchen und Jungen sowie deren Eltern einen Ausbildungsvertrag. Ein Unterfangen, daß schon zu früheren Zeiten mehrmals halbherzig in Angriff genommen wurde, aber kläglich scheiterte. Der erste Versuch wurde mit der Generation Faßbender, Meiler in den 60er Jahren gestartet. 250 Mark monatlich erhielten die Spieler über drei, vier Jahre, aber das war mehr eine Alibi-Förderung des DTB. Man glaubte wohl seinerzeit, damit bereits etwas getan zu haben.

Ansonsten war von einem Konzept genausowenig die Rede wie bei der nachfolgenden Spielergeneration Pinner, Gehring und Elter. Da zahlte der Verband 650 bis 750 Mark im Monat und deklarierte diese Zahlung als Ausbildungsvertrag. Nach nur wenig mehr als einem Jahr sprangen die ersten Spieler ab und gingen statt dessen ihre eigenen Wege. Diesmal, so scheint es, ist die Ausgangsposition für eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen jungen Spielern und dem Verband günstiger. Über ein Jahr arbeiteten der Geschäftsführer des DTB-Pools, Gunther Greffenius und Sportdirektor Günter Sanders an dem Konzept, das die Jugendlichen erst einmal finanziell absichern soll. Gestaffelt von 5000 Mark (15 Jahre) bis zu 30 000 Mark (21 Jahre) erhalten die Spieler im Jahr, falls sie den Vertrag unterzeichnen. Von diesem Geld werden 50 Prozent mündelsicher vom DTB auf einer Bank angelegt, der Restbetrag wird sofort ausgezahlt. Außerdem finanziert der Verband sämtliche Turnierreisen, Trainer, Hotelkosten und Tagegelder. Es ist ein Betrag, der sich auf rund 35 000 bis 40 000 Mark in einer Saison beläuft. Zusätzlich sind Prämien für Welt- und deutsche Ranglistenplätze ausgeschrieben. Der erste Platz auf der deutschen Herren-Rangliste ist mit 90 000 Mark dotiert, Rang 35 immerhin noch mit 1000 Mark. Und wird gar einer die Nummer eins in der Welt, zahlt der DTB-Pool eine Million Mark.

Als Gegenleistung müssen die Vertragsspieler sämtliche Cup-Wettbewerbe für den Verband spielen, sich an die Trainings- und Turnierplanung halten und keine Werbeverträge mit der Industrie abschließen. Hapert es mit der Leistung, kann der DTB jährlich kündigen und das angesparte Geld auszahlen. Falls ein Spieler vor dem 21. Lebensjahr kündigt, erhält der Pool das Geld zurück. Damit soll verhindert werden, daß die größten Talente, wie Steffi Graf und Michael Westphal, erst kassieren und sich dann den Managern von McCormack, WCT oder Pro-Serve anschließen.

Aber deshalb zögern diese beiden auch noch mit ihren Zusagen, weil sie darauf rechnen, auf eigenen Wegen schneller an das große Geld zu kommen. Dieser Punkt bereitet Sanders noch Kopfzerbrechen. Sein Ziel ist es schließlich, mit den Ausbildungsverträgen deutsche Spieler an die Weltspitze heranzubringen.

Daran scheiterte auch der letzte Versuch mit Ausbildungsverträgen, als vor zwei Jahren der seinerzeitige Pool-Manager des DTB, Heinz Krecek, den Spitzenspielern einen Vertrag anbot. „Mit der Spitze ist so ein Programm nicht durchführbar", sorgt Sanders und will deshalb über die Einbehaltung des Geldes mit sich reden lassen, falls tatsächlich einer frühzeitig den Sprung ganz nach vorne schafft. Denn, „das ist ja das Ziel des Vertrages, dann haben wir den Sinn erfüllt" (Sanders).

RINGEN

Deutsches Team vorne

dpa, Aschaffenburg

Zufriedenheit beim Deutschen Ringerbund (DRB) nach dem Großen Preis von Deutschland in Aschaffenburg. Zum ersten Mal gelang es den Gastgebern, die Freistil-Trophäe zu erobern, während die viermal siegreichen Rumänen im griechisch-römischen Stil triumphierten. Das mit 50 Athleten recht umfangreiche deutsche Aufgebot stellte in 14 Gewichtsklassen sieben Finalisten, von denen allerdings nur der Welt- und Europameister von 1981, Pasquale Passarelli (Nürnberg), als Sieger die Matte verließ.

Daß Passarelli nach einjähriger Pause schon fast wieder an seine alte Form anknüpfte, war sicher ein positiver Aspekt. Der frühere Ludwigshafener, jetzt Versicherungskaufmann in Nürnberg, hatte bei seinem 6:4-Punktsieg über Vize-Weltmeister Nicolae Zamfir (Rumänien) allerdings auch gegen Mattenrichter Mörgenthaler (Stuttgart) anzukämpfen, der mit seinen Entscheidungen Passarelli mehrfach benachteiligte. „Das war wirklich eine unglückliche Ansetzung", gab Kampfrichter-Obmann Georg Metzler zu.

Eine Enttäuschung war sicher die klare 3:8-Niederlage des früheren Weltergewichts-Weltmeisters Martin Knosp gegen den international noch kaum bekannten Sowjetrussen Tarchan Magomadoc.

BASKETBALL

Göttingen im Finale

sid, Bonn

Der deutsche Basketballmeister BSC Saturn Köln muß seinen Titel gegen den ASC Göttingen verteidigen. Bereits nach dem vorletzten Spieltag der Bundesliga-Endrunde stehen die beiden Teilnehmer der Play-off-Runde fest. Dabei profitierten die Göttinger, die gegen Köln zu einem 78:67-Erfolg kamen, von der Leverkusener 72:75-Niederlage beim SSV Hagen. Göttingen, das mit zwei Punkten Vorsprung vor Leverkusen an zweiter Stelle liegt, kann zwar am letzten Spieltag noch eingeholt werden, schneidet aber im direkten Vergleich mit Leverkusen bei 3:1 Siegen besser ab.

Göttingens Trainer Terry Schofield will den Sieg über Köln nicht als Maßstab für die Play-off-Spiele am 19. und 26. März anlegen. Die Kölner hatten die Finalteilnahme schließlich schon sicher. Sollte die Entscheidung um die Meisterschaft nach den beiden ersten Begegnungen noch nicht gefallen sein (zwei Siege sind notwendig), so wird am 30. März ein drittes Spiel ausgetragen.

Die Leverkusener verspielten ihre Chancen auf die Endspielteilnahme in Hagen erst in den Schlußminuten. Zu schwache Nerven der Leverkusener ermöglichten den Hagenern noch die entscheidenden Körbe zum 75:72.

MOTORSPORT

Quattros vor Walter Röhrl

dpa/sid, **Estoril**

Im Ziel der Portugal-Rallye fühlte sich Walter Röhrl bestätigt. „Ich habe es schon immer gesagt, auf Schotter ist gegen die Quattros kein Kraut gewachsen", meinte der Weltmeister aus Regensburg, „ich bin noch nie in meinem Leben so brutal über Löcher gefahren, aber trotzdem war ich nicht schnell genug."

Auf seinem neuen Lancia Rallye konnte Röhrl, der „streckenweise mit 150 Prozent Einsatz" gefahren ist, den Doppelsieg der Audi Quattro nicht verhindern. Nach seinem Erfolg von Schweden vor zwei Wochen gewann der Finne Hannu Mikkola mit seinem schwedischen Beifahrer Arne Hertz mit knapp einer Minute Vorsprung vor den Vorjahrssiegerinnen Michele Mouton/Fabrizia Pons (Frankreich/Italien). Mikkola führt nun in der Rallye-Fahrer-Weltmeisterschaftswertung mit 50 Punkten vor Röhrl (32 Punkte).

Bei der über 2430 Kilometer und 40 Sonderprüfungen – drei wurden wegen Streiks abgesagt – führenden Portugal-Rallye, die ihrem Ruf als einer der spannendsten WM-Läufe auch diesmal gerecht wurde, belegte Röhrl hinter den vierradangetriebenen Autos aus Ingolstadt mit knapp zwei Minuten Rückstand den dritten Platz. Mit diesem Ergebnis gab er sich zufrieden: „Würde ich noch in einem Opel sitzen, wäre ich mindestens 15 Minuten hinterher gefahren." Die Rangfolge hält er für realistisch: „Der Stand entspricht den derzeitigen Kräfteverhältnissen."

Schneller als die Audis ist der Lancia nur auf Asphalt. Das zeigte sich auf den ersten beiden Etappen, auf denen Röhrl dann auch einen, wie es schien, komfortablen Vorsprung herausfuhr. Als dann aber am zweiten Tag streikende Arbeiter einer Glasfabrik eine Brücke blockierten, über die die Rallye hätte führen sollen, wurden die drei Asphaltprüfungen der zweiten Etappe gestrichen. Zum Nachteil der Lancias.

Auf den Schotterstrecken im Norden des Landes starteten die Audis dann eine furiose Aufholjagd. „Was wir da oben machen müssen, hat mit Autofahren nicht mehr viel zu tun", sagte Röhrl, der sich auf den drei Sonderprüfungen weitere 40 Sekunden Vorsprung ausgerechnet hatte. Die ersten zwei Prüfungen auf den mit Steinen und Löchern übersäten Trampelpfaden sei er zwar noch voll gefahren, dann habe er allerdings nicht mehr so viel Gas gegeben.

Während Audi über Ostern mit drei Teams bei der Safari-Rallye in Kenia startet, stellt sich Lancia dem Duell mit den Quattros erst wieder Anfang Mai in Korsika. Röhrl: „Bis dahin müssen sich unsere Techniker etwas einfallen lassen."

HANDBALL / Nur 12:12 gegen Ungarn: Deutsches Team verpaßte die Olympia-Teilnahme für Los Angeles – Präsident Thiele legte Protest ein



Anfeuerung von der Spielerbank – aus der Nervosität geboren: Es nutzte auch im Spiel gegen Ungarn nichts, daß die Kollegen die Fäuste ballen und ins Feld schreien. Sie alle sind jetzt zweitklassig. FOTO: SIMON

Lang ausgestreckt lag Heiner Brand auf dem Parkett und weinte bitterlich

dpa, **Amsterdam**

Olympia ade – die Handballer der Bundesrepublik Deutschland bleiben zweitklassig. Durch das dritte Unentschieden im siebten Spiel der B-Weltmeisterschaft mit 12:12 (5:5) gegen Ungarn, verpaßte die deutsche Nationalmannschaft am Sonntag in Amsterdam die Olympia-Teilnahme und muß den Ungarn und der CSSR die begehrten Fahrkarten nach Los Angeles abtreten. Am Ende des zehntägigen Turniers gab bei der Punktgleichheit von 7:3 der ersten drei Mannschaften die schlechtere Tordifferenz (Ungarn: 19, CSSR: 17, Bundesrepublik: 4) den Ausschlag gegen das Team des Deutschen Handball-Bundes (DHB).

Dabei durfte sich die Mannschaft von Bundestrainer Simon Schobel bis eine Sekunde vor Schluß noch in Los Angeles fühlen. Durch einen Treffer von Mannschaftskapitän Heiner Brand hieß es acht Sekunden vor Schluß in einer überaus dramatischen Schlußphase noch 12:11, ehe der Ungar Kenyeres nahezu mit dem Schlußpfiff den Ausgleich erzielen konnte. Die Ungarn bildeten ein Knäuel der Freude – die deutschen Spieler schmissen sich zu Boden und konnten das Unglück kaum fassen. DHB-Präsident Bernhard Thiele protestierte bei den Zeitnehmern vergeblich wegen angeblich unkorrekter Zeitnahme. Dann reichte Thiele den Protest offiziell beim Internationalen Handball-Verband (IHF) ein. Wie der DHB-Präsident mitteilte, hätten die Ungarn den Ausgleichstreffer zum 12:12 „zwei bis drei Sekunden" nach Spielschluß erzielt. Allerdings wird dem Protest wenig Aussicht auf Erfolg eingeräumt.

Alles oder nichts – mit dieser Einstellung mußte Schobels Team in das „Finale" gehen, nachdem am Sonnabend in Rotterdam gegen Spanien mit einem 18:18 ein wichtiger Punkt verschenkt wurde und die CSSR durch ein 20:20 am Sonntagmittag gegen die Spanier bereits als Olympia-Teilnehmer feststand. Die 4000 Zuschauer in der nicht ganz ausverkauften „Halle Zuid" erlebten denn auch über 40 Minuten die beste Leistung der deutschen Mannschaft. Man sah ihr den Kräfteverschleiß der vorangegangenen sechs Begegnungen kaum an. „Ich bin erstaunt, welche Reserven die Mannschaft nach den Strapazen noch aufbringen konnte", lobte der Präsident des Deutschen Handball-Bundes, Bernhard Thiele.

Nach der Schlußsirene lag Heiner Brand langgestreckt auf dem Parkett und weinte. Mit seinem 131. Länderspiel endete auf tragische Weise eine ruhmreiche Karriere, die im deutschen Handball seinesgleichen sucht. Er wird seine Karriere beenden.

Die Investition einer Viertelmillion Mark in die B-WM war eine Fehlinvestition, deren Folgen für den deutschen Handball sich zeigen müssen. Zumindest bis zur B-WM 1985 in Norwegen, dann mit 16 Teams, ist die Zweitklassigkeit festgeschrieben. „Das ist ein schwerer Schlag. Erst 1988 können wir wieder erstklassig werden, dadurch verliert unsere Sportart viel Image", erklärte Präsident Bernhard Thiele, dessen Verband in der Förderung der Deutschen Sporthilfe ab sofort nur noch nach der B-Kategorie unterstützt wird.

Für Schobel beginnt heute der Neuaufbau. Neben Heiner Brand tragen sich auch andere mit Rücktrittsgedanken. Erhard Wunderlich dagegen bleibt dem Nationalteam treu. „Ich verlasse nicht das sinkende Schiff und mache weiter. Beim Supercup im November bin ich auf jeden Fall wieder dabei", dementiert der Torjäger und Regisseur Rücktrittsgerüchte.

LEICHTATHLETIK / Thränhardt wollte Siegerpodest nicht verlassen

„Ich bleibe noch, es ist so schön"

sid/dpa, **Budapest**

Als der Traum vom ersten großen Triumph endlich Realität war, wollte Hallen-Europameister Carlo Thränhardt aus der Höhe des Erfolges gar nicht mehr herabsteigen: „Mensch, jetzt steh' ich endlich ganz oben", meinte der Kölner nach seinem 2,32-m-Sprung von Budapest auf dem Siegerpodest. Und als Gerd Nagel und die beiden Bronze-Gewinner schon wieder vom Sockel herunter waren, stand Thränhardt noch immer auf der obersten Stufe: „Ich blieb noch ein paar Sekunden drauf, weil es so schön war."

Sechs Monate, nachdem er die Freiluft-Europameisterschaften in Athen nur im Fernsehen anschauen durfte, weil die Nominierung gegen ihn entschied, gilt Thränhardt nicht mehr als der Verlierer bei großen Meisterschaften. „Ich kann gar nicht sagen, wie ungeheuer wichtig diese Goldmedaille für mich ist. Ich habe ja schon lange selbst gezweifelt."

Nun hat Thränhardt nicht nur ein Vorurteil widerlegt, sondern auch eine bisher auf der Welt einmalige Serie beendet. Kein anderer gewann jemals in Folge drei Wettkämpfe mit Resultaten dieser Größenordnung: 2,32 m am 19. Februar in Berlin und nun erneut binnen 14 Tagen 2,32 m. „Für meine ersten drei 2,30-m-Wettkämpfe brauchte ich vier Jahre, mit den drei anderen klappte es in zwei Wochen."

Man sah und merkte Thränhardt an, wie sehr der Erfolg ihm guttat. Die geradezu ekstatische Freude direkt nach dem gelungenen Sprung sprach Bände: „Wenn mir in einem solchen Augenblick die Pferde durchgehen, dann ist das keine Show. Das läuft einfach so in mir ab."

Bei 2,27 m hatte Thränhardt bereits zweimal gerissen. Er sagt dazu: „Ich hatte mich schon damit abgefunden, daß ich raus bin. Ich kann niemandem sagen, was mir alles durch den Kopf ging. Daß ich im Gegensatz zu früheren Zeiten den dritten Versuch noch schaffte, war unendlich wichtig. Budapest gibt mir Auftrieb für den Sommer. Vor allem weiß ich nun hundertprozentig, wie ich trainieren muß. Die damalige Trennung von Dragan Tancic, mit dem ich nun auf anderer Ebene eine gute Zusammenarbeit habe, hat in mir viel Kreativität für die Trainingskonzeption freigelegt. Und Budapest bewies, daß die Rechnung aufgeht."

„Der Wettkampf hatte Athen-Format", klassifizierte der Zweite, Gerd Nagel, den Stellenwert des Hochsprung-Wettbewerbes. Er hatte Thränhardt bei den deutschen Hallen-Meisterschaften die einzige Saisonniederlage beigebracht. Sieben Springer meisterten 2,27 m, darunter als Sechster der Sindelfinger Andreas Surbeck zum drittenmal in wenigen Wochen. Gerd Nagel war der einzige, der sich bis zu 2,30 m keinen Fehlversuch leistete. Doch der Frankfurter hatte in Budapest das Pech, bereits den fünften seiner bisher sieben Wettkämpfe in diesem Höhenbereich zu verlieren. Er darf sich trösten: In Budapest verzeichnete er das 100. Resultat dieser Höhenregion in der Welt.

Die sportlich wertvollsten Leistungen boten am ersten Tag zwei Athletinnen aus der „DDR". Olympiasiegerin Marita Koch aus Rostock verbesserte über 200 Meter ihre eigene Hallen-Weltbestleistung um 24/100 auf 22,39 Sekunden und holte überlegen den Titel. Über 60 Meter Hürden hatte Bettina Jahn aus Chemnitz mit 7,75 Sekunden die erste Bestleistung der Budapester Titelkämpfe erzielt. Medaillen für den Deutschen Leichtathletik-Verband gab es im Sprint: Über 60 m durch den Fürther Christian Haas (Silber) und über 200 Meter durch Christina Sussiek (Bronze). Für die Leverkusenerin war es der erste große internationale Erfolg nach ihrer Verletzung im letzten Winter.

BOXEN

René Wellers große Töne

sid, **Köln**

„Am 23. April bin ich Europameister", tönt René Weller. Innerhalb von sechs Tagen bezwang der deutsche Boxmeister im Leichtgewicht den Chilenen Santiago Alvarez in Mannheim und den irischen Ex-Europameister Charlie Nash vor 1350 Zuschauern im ausverkauften Kölner Sartory-Saal jeweils vorzeitig und hofft nach 18 Siegen in 18 Profikämpfen auf seine EM-Chance. Sein Manager Wilfried Sauerland will nun mit den Interessenvertretern des Spaniers Roberto Castanon die Verträge für einen Titelkampf im Super-Federgewicht perfekt machen.

Eigentlich ist der schöne René offizieller Herausforderer des Italieners Joey Gibilisco im Leichtgewicht. Doch der verteidigt seinen Titel am 17. März gegen seinen Landsmann Lucio Cusma und kneift vor Weller.

In Köln bewies Weller seine Klasse, als er nach heiklen Situationen den Iren mit tollem Tempo zermürbte. Der 31 Jahre alte Ire gab mit einer Stirn- und Augenbrauenverletzung in der Pause zur fünften Runde auf.

Vor den Augen von Europameister Rudi Koopmans (Holland) boxte der Korbacher Manfred Jassmann im Halbschwergewicht bei seinem Punktsieg über den US-Boy Fred Brown acht Runden lang mit angezogener Handbremse. Mit seiner kurzen Rechten deutete der in eine Schlangenlederhose gehüllte deutsche Meister nur ansatzweise an, was er wirklich kann. „Ich befinde mich bereits in der Aufbauphase für den EM-Fight mit Koopmans", konterte Jassmann seine Kritiker. Bis zum 22. März wird der Titelkampf versteigert. Obwohl sich eine Düsseldorfer Gruppe um den Zuschlag bemüht, hat Koopmans-Manager Henk Ruhling mit dem holländischen Fernsehen im Rücken die besseren Chancen.

Koopmans (34), der von dem Berliner Ex-Weltmeister Eckhard Dagge trainiert wird, gab sich gelassen: „Jassmann kostet mich keine schlaflosen Nächte." Auch Dagge gab sich siegessicher. „Die werden sich noch wundern. Ich habe mir nicht in meine Karten schauen lassen", behauptete Jassmann. Sein Manager Wilfried Sauerland war mit dem Kölner Kampftag rundum zufrieden. Erstmals machte der Industrielle mit Wohnsitz in London ein bescheidenes finanzielles Plus.

TISCHTENNIS / Favoritin Kirsten Krüger schon früh ausgeschieden

Psychologie, Akupunktur vergebens

dpa, **Münster**

Die erste Überraschung bei den 51. Deutschen Tischtennis-Meisterschaften in Münster wurde mit der Niederlage der Mixed-Titelverteidiger Susanne Wenzel/Jürgen Rebel (Kronshagen/Heusenstamm), die zweite mit dem 0:3 der Meisterschaftskandidatin Kirsten Krüger (Kiel) registriert. Die Gewinner: Heike Baltzer/Reinhard Sefried (Stuttgart/Reutlingen) zogen nach dem 20:22, 21:15, 21:18 ins Halbfinale ein, und Andrea Ullmann (Pfungstadt) hat nach dem unerwarteten 22:20, 21:14, 21:17 gegen die als Nummer eins gesetzte Kirsten Krüger die Flugkarte zu den Weltmeisterschaften in Tokio fast sicher.

„Ich hatte gegen die Favoritin nichts zu verlieren, deshalb ging ich unbelastet in die Partie, und vielleicht traf ich deshalb so gut – und gewann", meinte die 19 Jahre alte Zweitliga-Spielerin, die in der kommenden Saison beim Bundesligaverein FTG Frankfurt spielen wird – und weinte vor Freude. Zuletzt hatte sie gegen Kirsten Krüger zweimal klar verloren. Die 27jährige Kielerin, die bei ihrer 14. deutschen Meisterschaft erstmals den Einzeltitel gewinnen wollte und sich tags zuvor noch einmal gegen Streß und Nervosität akkupunktieren ließ, zeigte bereits in ihrem ersten Spiel gegen Gaby Kirschner (Donauwörth) mit 3:1 deutliche Unsicherheiten.

Urlaub futsch, Geld futsch, Titel futsch. Für Kirsten Krüger war die Tischtennis-Welt nicht mehr in Ordnung. 14 Tage unbezahlten Urlaub hatte sie genommen, in Hamburg hatte sie mit männlichen Sparringspartnern bis zu sechs Stunden am Tag trainiert, hatte stundenlang mit Trainer Jospi Trupkovic Taktiken und Praktiken erörtert und Gegnerinnen per Video unter die Lupe genommen. Sogar ein Psychologe wurde eingeschaltet, um ihr die Furcht vor dem errechneten Endspiel-Duell gegen Susanne Wenzel (Kronshagen) – seit sechs Jahren nur Niederlagen – zu nehmen. Zu spät vielleicht, wie Kirsten Krüger meinte.

Den Titel im Mixed gewannen Birgit Lehr aus Düsseldorf und Manfred Nieswand aus Altena. Im Finale bezwangen sie Wilfried Lieck (Altena) und Roswitha Beyerinck (Kleve) mit 21:19, 22:20. Dritte wurden Sefried/Baltzer (Reutlingen/Stuttgart) und Böhm/Krüger (Saarbrücken/Kiel).

Sport in Zahlen... Sport in Zahlen...

FUSSBALL

Erste englische Division, 29. Spieltag: Arsenal – Nottingham 0:0, Aston – Norwich 3:2, Coventry – Watford 0:1, Ipswich – Birmingham 3:1, Liverpool – Stoke 5:1, Luton – Bromwich 0:0, Manchester City – Manchester United 1:2, Notts – Tottenham 3:0, Southampton – Swansea 2:1, Sunderland – Everton 2:1, West Ham – Brighton 2:1. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 70:24 Tore/66 Punkte, 2. Watford 50:31/52, 3. Manchester United 39:23/51, 4. Nottingham 42:36/46.

„DDR"-Oberliga, 16. Spieltag: Aue – Erfurt 2:2, Dresden – Magdeburg 1:1, Leipzig – Halle 2:0, Rostock – Böhlen 4:2, Zwickau – Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) 0:3, Jena – Frankfurt 1:1. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 36:12/25:5, 2. Leipzig 27:13/21:11, 3. Jena 25:19/20:10, 4. Magdeburg 35:19/20:12.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, Endrunde, 9. Spieltag: Hagen – Leverkusen 75:72, Bayreuth – Charlottenburg 95:81, Göttingen – Köln 78:67. – Damen, Endrunde, 5. Spieltag: Köln – Düsseldorf 69:99, Leimen – München 60:66.

EISHOCKEY

1. Endspiel um die Deutsche Meisterschaft: Landshut – Mannheim 2:1, Spiel um Platz 3: Rosenheim – Köln 6:5, Spiel um Platz fünf: Schwenningen – Kaufbeuren 4:6, Kaufbeuren – Schwenningen 6:3, Spiel um Platz sieben: Rießersee – Düsseldorf 4:2.

HANDBALL

B-Weltmeisterschaft der Herren: Deutschland – Spanien 18:18, Frankreich – Island 20:18, Bulgarien – Holland 21:22, Ungarn – Schweiz 28:14, Schweden – CSSR 24:26.

Bundesliga, Damen, 13. Spieltag, Gruppe Nord: Jarplund – Greven 14:13, Oldenburg – Stemmer 24:11. Leverkusen – Herzhorn 28:12, Engelskirchen – Kiel 16:10, Berlin – Hamburg 26:14. – Gruppe Süd: Frankfurt – Gießen 22:17, Malsch – Auerbach 16:18.

VOLLEYBALL

Bundesliga, 17. Spieltag, Herren: Sindelfingen – Fort. Bonn 3:0, Passau – Celle 3:0, Paderborn – München 3:0, SSF Bonn – Hamburg 1:3. Bundesliga, Damen, 17. Spieltag: Rüsselsheim – Vilsbiburg 3:2, Feuerbach – Lohhof 1:3, Oythe – Wiesbaden 3:0, Schwerte – Stuttgart 0:3.

LEICHTATHLETIK

Hallen-Europameisterschaften in Budapest: Männer: Kugelstoßen: 1. Bojars 20,56, 2. Baryschnikow (beide UdSSR), 20,44, 3. Ivancic (Jugoslawien) 20,26. – Dreisprung: 1. Musienko 17,12, 2. Waljukewitsch (beide UdSSR) 16,94, 3. Bakosi (Ungarn) 16,90. – Hochsprung: 1. Thränhardt 2,32, 2. Nagel (beide Deutschland) 2,30, 3. Wlodarczyk (Polen) und di Giorgio (Italien) je 2,27. – 60 m Hürden: 1. Tilli (Italien) 6,63, 2. Haas (Deutschland) 6,64, 3. Atanassov (Bulgarien) 6,66.

Frauen: Weitsprung: 1. Markova (CSSR) 6,77, 2. Radtke 6,63, 3. Daute (beide „DDR") 6,61 ... 5. Weigt 6,41 ... 8. Feige (beide Deutschland) 6,30. – 60 m Hürden: 1. Jahn 7,75, 2. Knabe (beide „DDR") 7,96, 3. Maljuwanets (UdSSR) 8,07, ... 5. Denk 8,20, 6. Oker (beide Deutschland) 8,21. – 200 m: 1. Koch („DDR") 22,39, 2. Baptiste (England) 23,37, 3. Sussiek (Deutschland) 23,61. 3000 m: 1. Sipatowa (UdSSR) 9:04,40, 2. Possamai (Italien) 9:04,41, 3. Malichina (UdSSR) 9:04,52. – Kugelstoßen: 1. Fibingerova (CSSR) 20,61, 2. Knorscheidt („DDR") 20,35, 3. Silhava (CSSR) 19,56.

MOTORSPORT

Rallye Portugal, 3. Lauf zur Weltmeisterschaft, Endstand nach 43 Sonderprüfungen (drei wurden annulliert) 1. Mikkola/Hertz (Finnland/Schweden) Audi Quattro 7:17,24 Std., 2. Mouton/Pons (Frankreich/Italien) Audi Quattro 7:18,19, 3. Röhrl/Geistdörfer (Deutschland) Lancia Rallye 7:19,14. – WM-Stand nach drei von zwölf Läufen: 1. Mikkola 50 Punkte, 2. Röhrl 32, 3. Blomqvist (Schweden) Audi 27.

WASSERBALL

Bundesliga, 3. Spieltag: Spandau – Würzburg 14:1, Braunschweig – Neustadt 14:7, Düsseldorf – Hamm 7:3, ASC Duisburg – Hannover 11:8, Esslingen – Köln 11:10, Cannstatt – Duisburg 98 6:18.

KUNSTTURNEN

Bundesliga, Herren, 4. Wettkampftag, Gruppe Nord: Celle/Wolfsburg – Saar 216,60:215,15. – Gruppe Süd: München – Oppau 223,95:220,55, Stuttgart – Heilbronn/Neckarsulm 222,50:223,05.

SKISPRINGEN

Weltcup in Lahti/Finnland, 70-m-Schanze: 1. Bulau (Kanada) 258,8 (89/89,5), 2. Kogler (Österreich) 247,2 (86,5/83,5), 3. Kokkonen (Finnland) 246,8 (82,5/86), ... 16. Bauer (Deutschland) 232,3 (83,5/82,5). – Stand in der Weltcup-Wertung: 1. Nykaenen (Finnland) 259, 2. Bulau 235, 3. Kogler 159.

SKI ALPIN

Weltcup-Abfahrt in Mont Tremblant/Kanada: 1. Graham (Kanada) 1:32,53, 2. Walliser 1:32,93, 3. Figini (beide Schweiz) 1:03,52, ... 26. Kiehl 1:35,57, ... 38. Wiesler 1:36,46, ... 44. Stotz 1:36,97, ... 49. Mösenlechner (alle Deutschland) 1:37,61. – Endstand im Abfahrts-Weltcup: 1. de Agostini 105, 2. Walliser, 3. Kirchler je 76, 4. Alliu (Frankreich) 66, 5. Graham 63.

GALOPP

Rennen in Dortmund: 1. R.: Etoile Bernil (M. Hofer), 2. Paso Doble, 3. Ausbund, Toto: 24, Pl. 13, 17, 30, ZW: 88, DW: 1380; 2. R.: 1. Pergolesi (E. Schindler), 2. Udschin Khan, 3. Georgie's Milan, Toto: 60, Pl. 18, 15, 22, ZW: 116, DW: 1220; 3. R.: 1. Yanouk (D. Richardson), 2. Timm, 3. Bonvivant, Toto: 36, Pl. 19, 18, 20, ZW: 240, DW: 1060; 4. R.: 1. Aivar (D. Richardson), 2. Old Mary, 3. Melodien Lady, Toto: 48, Pl. 22, 28, 19, ZW: 688, DW: 15 604; 5. R.: 1. Premier Lord (D. Kuhlenkamp), 2. Aser, 3. Garino, Toto: 20, Pl. 13, 22, 22, ZW: 340, DW: 1400; 6. R.: 1. Killarney (K. Prengschat), 2. Rabbit, 3. Sachsenprinz, Toto: 32, Pl. 21, 22, 22, ZW: 652, DW: 4044.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 18, 20, 26, 27, 37, 39, Zusatzzahl: 7. – Spiel 77: 8 8 8 7 0 6 8. – Toto: Elferwette: 0, 2, 1, 1, 1, 2, 2, 0, 0, 2, 1. – **Rennquintett:** Pferdetoto: 2, 13, 10. Pferdelotto: 4, 9, 11, 14 (Ohne Gewähr)

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffler (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt, Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Reinhard Precheit

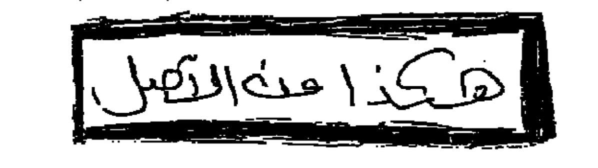
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6



Pankraz, das Fremdwort und die Sprachpfleger

In diesen Tagen geht in Frankreich ein alter Wunschtraum der Oberlehrer in Erfüllung: Verstöße gegen die „Reinerhaltung der nationalen Sprache" werden strafbar. Die Regierung hat eine Liste von einhundert englischen Lehnwörtern nebst ihrer „korrekten" Übersetzung ins Französische herausgegeben. Jetzt hat die Öffentlichkeit noch drei Monate Zeit, sich die verfemten „Engländer" einzuprägen und die dafür vorgesehenen „Nationalwörter" zu lernen. Dann werden sich die Sbirren auf den Weg machen, um jeden ihnen zu Ohren kommenden Verstoß gegen das Reinheitsgebot mit Geldbußen zu ahnden. Technische Zeichner, die weiterhin „Design" sagen statt „Crayonne", werden ebenso zur Kasse gebeten wie Toningenieure, die einen „Tuner" benutzen statt einen „Syntoniseur".

Doch die Gewaltkur, sagt Pankraz voraus, wird eine große Pleite werden. Gerade die Franzosen werden sich nicht den Mund verbieten lassen. Es wird viel Gekicher geben, Strafbescheide werden in den Papierkorb wandern, und bald wird kein einziger Beamter mehr wagen, Sprachsünden anzuzeigen. Eine lebendige Sprache läßt sich nun einmal nicht von oben kommandieren. Wer das versucht, macht sich nur lächerlich.

Lächerlich machen sich allerdings auch jene vielen deutschen Wissenschaftler, die auf Kongressen und Symposien ohne Not nur noch Englisch parlieren, selbst wenn die Veranstaltung in Deutschland stattfindet oder Deutsch als Verhandlungssprache ausdrücklich zugelassen ist. Es ist wahr: Deutsch, zu Kaiser Wilhelms Zeiten noch die Wissenschaftssprache Nummer eins, wird heute von der „scientific community" nicht mehr gelernt; das hängt unmittelbar mit dem Qualitätsverfall der deutschen Wissenschaft nach 1933 und noch einmal nach 1968 zusammen. Viele Gelehrte aus der Bundesrepublik und sogar aus der „DDR" müssen ihre Forschungsergebnisse notgedrungen zuerst in englischsprachigen Zeitschriften veröffentlichen. Aber diese Lage rechtfertigt noch lange nicht die peinliche Beflissenheit, mit der immer mehr deutsche Professoren es ausdrücklich ablehnen, zur inhaltlichen Belebung und Differenzierung der eigenen Muttersprache beizutragen.

Gottlob hängt das Schicksal der Sprache nicht (oder wenigstens nicht in erster Linie) von den Professoren ab, und zu fragen wäre, ob es überhaupt von irgendwelchen klar identifizierbaren Personen oder Personengruppen abhängt. Besonders die Art und Weise, wie Fremdwörter vereinnahmt und dem allgemeinen Sprachgebrauch zugeführt werden, gleicht eher einem spontanen, naturwüchsigen Prozeß. Ob ein solches Wort regelrecht übersetzt, ob es nur eingedeutscht oder vollkommen pur übernommen wird, bleibt offenbar stets der Sprache selbst überlassen. Die jeweilige Form des neuen Wortes „setzt sich einfach durch", und weder staatliche Behörden noch selbsternannte Sprachpfleger können daran etwas ändern.

Die ungeheure Präsenz der Medien, die Internationalität der Politikersprache oder des Teenager-Jargons, der schnelle Umschlag der Moden und öffentlichen Vorlieben haben übrigens bewirkt, daß neue Wörter und eben auch Fremdwörter heute oftmals schon innerhalb weniger Tage durchgesetzt werden. Früher dauerte es Jahre, und das neue Wort fand meistens auch nur in bestimmten Gesellschaftsschichten Eingang. Heute ergreifen neue Wörter sofort auch die Massen. Schnelligkeit der Durchsetzung und sofortiger Massengebrauch haben neuerdings die Duden-Redaktion veranlaßt, auf jede Qualitätsbewertung von Neologismen zu verzichten und nur noch statistische Kriterien darüber entscheiden zu lassen, ob ein Wort im Duden verzeichnet wird oder nicht.

Die Furcht vor einer Überfremdung durch Fremdwörter wird ja tatsächlich auch sehr übertrieben. Pankraz würde zwar nicht so weit gehen wie Karl Kraus, der gesagt hat, daß das beste Deutsch auch aus lauter Fremdwörtern bestehen könne („da nichts einer Sprache gleichgültiger ist als das Material, aus dem sie schafft"), aber das zeternde Beharren der Sprachpfleger auf vollständiger Übersetzung durch Verwendung arteigener Wortstämme kommt auch ihm komisch vor. Gar nicht so selten erweist sich das pure Fremdwort als farbiger und praktischer als die Übersetzung, und oft ist die angebotene Übersetzung selber nicht koscher, enthüllt bei genauem Hinsehen lateinische oder griechische Ursprünge und führt sich so ad absurdum.

Viele der in Leserbriefen an Zeitungen attackierten Fremdwörter sind zudem gar keine echten Fremdwörter. Es sind vielmehr Neologismen aus irgendwelchen Fachjargons, die nur einen angelsächsischen Anstrich haben, weil sie im angelsächsischen Sprachraum zuerst entstanden, die also in „deutscher" Fassung nicht minder furchtbar aussehen würden. Elitäre Cliquen, Psychologen und Soziologen, aber auch Politiker und Verwaltungsfachleute gebrauchen sie, um mit ihrer Hilfe Herrschaft auszuüben, sich wichtig zu machen und vom Gros der Sprachbenutzer abzuheben. Meist werden ganz einfache, leicht benennbare Tatbestände mit neologistischem Slang überzogen, um sie künstlich unklar und kompliziert zu machen und dadurch in die exklusive Verfügungsgewalt der entsprechenden Cliquen zu bringen.

Im Gegensatz zum einfachen, von den Massen spontan übernommenen Fremdwort sind also solche abstrakten Neologismen wirklich gefährlich für die Gesellschaft und für die Sprache selbst. Statt Kommunikation zu ermöglichen, stiften sie Isolation und Sprachlosigkeit. Statt den Sprachschatz zu erweitern, verarmen sie ihn, dürren ihn aus. Statt *die Wahrheit*, nach der Forderung von Kraus, so knapp und schmeichelnd zu umkleiden, daß sie in voller Pracht hervortreten kann, verhüllen sie sie durch Wolken geschwätzigen Leerlaufs. Sie sind es, die bekämpft werden müssen, nicht durch staatliche Dekrete, sondern durch die Kunst der konkreten Benennung, die wohl die schwerste Kunst in unserer Zeit überhaupt ist.

Pankraz

Ein Superlativ in Berlin: Die Neue Nationalgalerie zeigt das Gesamtwerk von Ferdinand Hodler

Seine Alleen münden in Unendlichkeit

In Berlin hat es seit 1911 keine große Hodler-Ausstellung mehr gegeben. Nachdem der Künstler im September 1914 mit 120 Genfer Künstlern, Wissenschaftlern und Intellektuellen (darunter dem Dirigenten Ernest Ansermet) einen Protest gegen das Bombardement der Kathedrale von Reims durch deutsche Artillerie unterzeichnet hatte, war sein bis dahin glänzender Kontakt zum deutschen Publikum erst durch chauvinistischen Haß, dann durch Gleichgültigkeit vernagelt, so wie sein Jenaer Freiheitsbild damals allen Ernstes mit Brettern verschalt wurde.

Nun stellt die Neue Nationalgalerie – nach Liebermann und Kirchner – mit Ferdinand Hodler (1853–1918) eine weitere überragende Maler-Persönlichkeit in den Mittelpunkt einer immensen Retrospektive. Es ist, wie es sich gehört, ein Superlativ geworden. Die Ausstellung versteht sich als Plädoyer für ein künstlerisches Oeuvre, das keineswegs in seiner Gesamtheit auf ungeteilte Zustimmung stößt. Die Veranstalter wissen, daß noch vor drei Jahrzehnten eine große Hodler-Schau unter Heuss' Schirmherrschaft, in Köln, München, Hamburg, mitnichten die erhoffte „nachhaltige Wirkung" fand. Das soll nun anders sein.

Insbesondere ein Teil jenes einzigartigen Zyklus aus Bildern und Zeichnungen, die Hodler vom qualvollen Sterben der Geliebten Valentine Godé-Darel notierte, hat in der Jubiläumsausstellung der Museen Preußischer Kulturbesitz „*Bilder von Menschen*" *als Zeugnis* individueller Einsamkeit im Tode, aber auch als Sinnbild allgemeineren, existentiellen Leidens viele Betrachter außerordentlich und nachhaltig bewegt. Diese Reihe und die analogen Sonnenuntergänge, die Hodler im Angesicht des Todes der Freundin von Vevey aus am Genfer See malte, bilden einen wichtigen Teil der überaus weitläufigen Ausstellung; ja, sie sollen sogar, theoretisch überspitzt, einen neuen Blick auf diesen Künstler öffnen.



Blick in die realistische Frühzeit: Ferdinand Hodlers „Die Andacht" (Ausschnitt) von 1882, aus der Berliner Ausstellung FOTO: BINDER/THIELE

Einwände gegen dieses malerische Werk gibt es viele. Sogar der Bewunderer Hodlers *muß vor einzelnen* Bildern Zugeständnisse machen. Fragwürdig ist vor allem immer neu der Symbolist Hodler, der Menschen als Darsteller allegorischer Inhalte benutzt, der sie, wie in seinen vom „Parallelismus" und vielerlei Korrespondenzen, Symmetrien und Zahlenmystifikationen bestimmten Inszenierungen, in exzentrische, oft tänzerisch geschwungene Posen, in ornamentale Choreographien zwängt. Viele dieser Allegorien sprechen heute eher indirekt, sind nicht mehr unmittelbar verständlich. Trotzdem bleibt vieles an Hodler zu entdekken und festzuhalten.

Er stammte aus armen Verhältnissen. Er sah die Geschwister, die Eltern, den Sohn von der Tuberkulose niedergeworfen. Er fürchtete den Tod. Er beschwor, er bannte die Angst in einem Jahrhundertwerk: der „Nacht". Die Ahnung des Endes, der Blick darüber hinaus findet sich selbst in der Nachdenklichkeit seiner Handwerkerbilder schon. Seine Alleen münden in eine persönlichere Unendlichkeit als jene, der Caspar David Friedrichs Mönch gegenübersteht. Seine zahllosen Gebirgsbilder sind keine Schweizer Ansichts-Bilder. Gleichsam zeichnerisch aus der Fläche modelliert, gewinnen sie eine elementare Einsicht. Hodlers Farben, substantiell eher matt, haben eine wiederum auch innere Leuchtkraft, vor der die Beschreibungskunst der Fachleute versagt: Hodler ist allein schon durch seine Farben erkennbar und nicht zu verwechseln.

Er ist nicht zuletzt einer der bedeutendsten Selbstbildnis-Maler: vom eher scheuen Seitenblick des Mallehrlings über die selbstbewußten Affronts zur späteren Verdüsterung. Man erlebt dies mit großer Betroffenheit.

Die Ausstellung will bewußt den stärksten Akzent aufs Spätwerk legen. Daß Hodler als „Historienmaler" nur andeutungsweise gegenwärtig sein kann, liegt in der Natur der Sache. Aber: Für Berlin wäre die realistische Frühzeit von größerer Bedeutung gewesen, als ihr hier zugestanden wird. Die Parallelen zwischen Hodlers und Liebermanns Realismus sind nicht nur stilistischer Natur: Sie reichen bis zu den Argumenten der Gegner und Ablehner.

Wichtiger als eine Neu-Abwägung realistischer, idealistischer, symbolistischer Phasen gegenüber den letzten Werken wäre es gewesen, Hodler im Zusammenhang einer ausgreifenden Konzeption zu zeigen, wie es in Hamburg unvergeßlich und einleuchtend für die „Kunst um 1800" geschehen ist. Hodler neben Munch und van Gogh zu sehen, neben Klinger, Klimt und Schiele, sein ornamentales Denken, seine Farbigkeit mit jener von Matisse zu vergleichen, seine und Friedrichs Unendlichkeit zu befragen, Relationen – falsche und eindeutige – zu den Präraffaeliten, dann aber jene zu Jugendstil und Expressionismus darzulegen, das wäre eine bedeutende kunsthistorische (Ausstellungs-) Aufgabe. (Bis 24. April, dann Paris und Zürich; Katalog 45 Mark, im Buchhandel 75 Mark)

PETER HANS GÖPFERT

Hat die Medizin die Herzschwäche im Griff? – Vom Sinn und Unsinn der Digitalisbehandlung

Der Fingerhut ist Milch und Gift in einem

Ursprünglich ein Geheimtip der Kräuterweibchen, sind die Wirkstoffe des Fingerhuts seit nunmehr 200 Jahren die wohl wichtigsten medikamentösen Waffen gegen Herzschwäche. Diese Digitalispräparate haben es den deutschen Ärzten besonders angetan. Obwohl es sich keineswegs um ein harmloses Mittel handelt, sondern vielmehr um ein scharfes Geschütz, das bei nur leichter Überdosierung mehr schadet als nützt, verordnen sie es außerordentlich großzügig. 3,5 Millionen Patienten erhalten hierzulande regelmäßig solche Glykoside, zu denen die Substanzgruppe der Digitaliswirkstoffe gezählt wird.

Das Faktum, daß Herzglykoside in der Bundesrepublik etwa sechsmal häufiger verschrieben werden als in den unmittelbaren Nachbarländern (in den USA geht man damit noch viel sparsamer um), hat nun zu einer heftigen Kontroverse innerhalb der Ärzteschaft über Sinn und Unsinn der Digitalisbehandlung geführt. Der Streit hat längst die Alma mater verlassen und ist in die Öffentlichkeit getragen worden, mit allen voraussehbaren Folgen.

Patienten wie Ärzte sind verunsichert; Kranke verweigern die Einnahme dieses vermeintlichen Teufelszeugs, ohne ihre Hausärzte darüber zu informieren. Und es kommt, wie es bei Patienten mit zweifelsfreier ausgeprägter Herzinsuffizienz kommen muß: Sie werden schon nach wenigen Tagen mit Blaulicht in die nächste Klinik geschafft – wo sie schnellstens wieder Digitalis bekommen.

Allen ist freilich inzwischen klargeworden, daß diese Herzmittel viel kritischer eingesetzt werden sollten. Der Darmstädter Kardiologe Professor Felix Anschütz führt die „Luxus-Verschreibung" der Herzglykoside in einem Beitrag der Zeitschrift „diagnostik" auf tradierte Rituale zurück. Die Ärzte hätten jahrzehntelang gelernt, der Fingerhut sei die Milch des Alters. Das führte dazu, daß vielen Senioren schon vorsorglich diese Präparate verschrieben würden, obwohl sie meistens völlig entbehrlich wären. Überzeugende Studien haben das schon vor Jahren belegt. Ebenso „durch" ist jetzt die Erkenntnis, daß Operationskandidaten im allgemeinen keine Herzstärkung mit Digitalis brauchen.

Was jetzt als Mißbrauch angegriffen wird, war lange Zeit medizinische Routine. Und es lag ja auch so nahe: Warum sollte das Herz vor einem größeren chirurgischen Eingriff nicht mit Digitalis gestärkt werden? Weshalb sollte es unvernünftig sein, das Herz im Alter zu unterstützen, bevor es schwach wird? Hier geht es also nicht nur um eingeschliffene ärztliche Reflexhandlungen, hier steht letztlich die Glaubwürdigkeit unserer Medizin im Fadenkreuz.

Weshalb bleiben so viele Ärzte ihren Gewohnheiten treu, wenn längst erwiesen ist, daß sie einem Aberglauben frönen? Digitalispräparate *sind auch heute noch* „*Wunderdrogen*", die vielen Herzkranken das Leben verbessern und vielleicht auch verlängern können, allerdings unter der Voraussetzung, daß sie fachgerecht eingesetzt werden. Das heißt vor allem, *richtig dosiert*. Aus einigen Studien geht hervor, daß fast jeder zweite Digitalispatient zuwenig einnimmt. Messungen der Digitaliskonzentrationen im Blut verraten dies eindeutig. Unterdosiert heißt aber vielfach vergeblich und entbehrlich.

Während die Notwendigkeit der Digitalistherapie beim akuten Herzversagen unumstritten ist, halten mehr und mehr Spezialisten die Digitalisdauerbehandlung bei einer chronischen Herzschwäche für revisionsbedürftig. Auf Fortbildungsveranstaltungen werden inzwischen die Ärzte ermuntert, diese Langzeittherapie nach etwa drei bis sechs Monaten zu überprüfen. Was dabei passiert, nennen die Fachleute „kontrollierter Auslaßversuch": Das Präparat wird abgesetzt und die Leistung des Herzens genau überwacht. Wird es „schwach", gibt es an der Digitalisbedürftigkeit keinen Zweifel. Häufig allerdings zeigt sich, daß es auch ohne geht. Von Selbstversuchen allerdings ist dringend abzuraten. Das Herz ist keine Spielzeugpumpe, sondern ein außerordentlich subtil und empfindlich reagierendes Organ, das mit lebensbedrohlichen Komplikationen reagieren kann, wenn es nicht gut behandelt wird.

Für absehbare Zeit werden die Herzglykoside unersetzbar bleiben. Es gibt jedoch vielversprechende Ansätze, sie durch weniger nebenwirkungsträchtige Substanzen teilweise zu ersetzen. Für bestimmte Phasen der Herzinsuffizienz gibt es bereits heute andere wirksame Substanzen.

JOCHEN AUMILLER

In memoriam Hergé

Tim ist nicht nur gut für Kinder

Comicfiguren altern nicht, und Comic-Helden sterben selten. Ihren Schöpfern wird diese Gunst nicht zuteil, selbt wenn sie, wie Hergé, Zeichner und Autor von „Tim und Struppi", schon zu Lebzeiten ein Stück Unsterblichkeit erlangt haben.

Der jetzt verstorbene Georges Rémy (so Hergés bürgerlicher Name) schuf mit „Tintin" (wie Tim im Original heißt) einen Klassiker dieses Genres und wohl eine der erfolgreichsten Comicserien überhaupt. Rund 55 Mill. Exemplare beträgt inzwischen die Weltauflage. Hergés Einfluß auf die Comic-Kultur ist kaum abzuschätzen. Immerhin ist Tim schon über 50 Jahre alt – nur ein Jahr jünger als Mickey Mouse. So sind fast alle der neueren Comiczeichner in Frankreich mit Tim aufgewachsen, und das merkt man ihren Werken auch an.

Hergé, 1907 in Brüssel geboren, begann 1929 die Abenteuer des Reporters Tim für die Kinderbeilage der Zeitschrift „Le Xième Siècle" zu zeichnen. Gleich die erste Folge wurde ein riesiger Erfolg, und so folgten nach und nach noch 23 weitere Alben. Mit anderen Serien hatte Hergé weniger Glück. Nur „Quick et Flupke" (deutsch „Stups und Steppke") sowie „Jo et Zette" (Jo, Jette und Jocko) wurden z. B. auch in Deutschland veröffentlicht.

Trotz des großen Erfolges arbeitete Hergé ständig an der Verbesserung seiner Serien. So wich der anfangs etwas unbeholfene Zeichenstil schon bald der „klaren Linie", der berühmten „ligne claire". Auch die Geschichten selbst, die in den frühen 30er Jahren noch weitgehend auf den gängigen Vorstellungen und Klischees der von Tim bereisten Länder aufbauten, wurden durch klug aufgebaute Stories mit realistischen Details ersetzt.



Hergé selbst als Tim: Zeichnung des Hergé-Schülers Bob de Moor FOTO: CARLSEN VERLAG

Der eigentliche Reiz der Serie lag aber von Anfang an in den Nebenrollen. Hier konnte Hergé nach Lust und Laune karikieren, auch und gerade für ein erwachsenes Publikum. Aber trotzdem hat Tim nie, wie Asterix, den Sprung zu den Erwachsenen wirklich geschafft. Seine Mischung aus Spannung und Komik war eben doch deutlich auf die Kinder zugeschnitten. Und ein Großteil der „erwachsenen Satire" geht bei der Übersetzung in andere Sprachen leider verloren.

Vielleicht muß das nicht so bleiben. Hergé verdient zweifellos einen Platz im großen Pantheon des Comic. Aus seinem Studio stammen auch die Zeichner von in Frankreich so beliebten Serien wie „Alix" oder „Balke und Mortimer-AB", so daß schon von einer „Schule Hergé" gesprochen wird. Und es ist eine Schule von Format!

DANIEL DITTMAR

Krzysztof Zanussi inszeniert Stoppard in Bonn

Reporter sind anders

Wäre der Titel nicht seit Tolstois Tagen verbraucht, der englische Dramatiker Tom Stoppard hätte sein 1978 – mit Diana Rigg – uraufgeführtes Stück „Krieg und Frieden" nennen können. Auch „Auf und ab" oder „Hin und her" – das paßt immer. Was der polnische Filmregisseur Krzysztof Zanussi jetzt für ein Tourneeunternehmen inszenierte und zur Premiere in Bonn herausbrachte, heißt indes „Nacht und Tag" – ganz unverständlich, denn der erste Akt spielt am Tage, erst der zweite des Nachts.

Treffender wäre „Schwarz und Weiß" gewesen, denn das Stück spielt in Afrika, wo ein von den Russen unterstützter Oberst gegen den Diktator Magiba von Kambawe putscht. Oder besser noch „Schwarz auf Weiß", weil die Hauptpersonen drei Journalisten sind, die inmitten des Tohuwabohus für ein Groschen-Sonntagsblatt nach Fakten fahnden.

Nach der Wahrheit, heißt das für Stoppard, wie immer. Der Phantasiestaat Kambawe interessiert ihn nicht sonderlich, und die Attacken gegen allzu lahme westliche Proteste angesichts russischer Aktionen, die dann prompt reüssieren, sind bloße Aperçus. „Information ist Licht", läßt Stoppard sagen, und er unterstreicht, daß, so unvollkommen die Welt auch sein mag, „durch eine freie Presse alles korrigierbar" sei.

Ob einer der Protagonisten für einen guten Leitartikel sein Leben opfert, ob für die Rubrik „Sex nach sechs" oder fürs Kreuzworträtsel, das ist gar nicht die Frage. Alle diese Nachrichtenjäger und -redigierer, die hier mitmischen – sie sind am Ende doch Opfer, Bauern im Spiel zwischen Verleger und Gewerkschaft. Wer von denen nun wirklich die Freiheit der Medien bedroht, das interessiert Tom Stoppard vor allem. Und wenn – wie im so freien England! – Gewerkschaftspflicht für Journalisten besteht und wenn ein Blatt nur deshalb nicht erscheinen kann, weil partout ein Nicht-Mitglied boykottiert werden muß, dann prangert Stoppard die Gewerkschaft an und nicht den Verleger.

Für eine solche Optik aber fehlt *dem polnischen Regisseur* offensichtlich jeder Sinn. Was das Stück über das breite Spektrum der freien Presse sagt – „zwischen Anarchie und Zen-Philosophie" – streicht er einfach heraus. Der soziale Konflikt, die vertrackte Ethik eines Zeitungsjournalisten verschwinden. Übrig läßt Zanussi was Stoppards Opus natürlich auch ist: ein verteufelt gut gebautes Boulevard-Stück.

Dabei hat Zanussi übersehen, daß er vollsaftige Schauspielerasse nötig hätte. Große Darsteller hat er aber in Bonn nicht. Giovanni Früh als Dick, der eigentlich – englisch ausgesprochen – Richard Wagner heißt, ist kein Großer. Christine Wodetzky als Ruth kann an Diana Rigg oder an Andrea Jonasson, die die Rolle einst in Wien spielte, nicht tippen. Und nichts ist gewonnen, wenn der schwarze Diener Francis und auch Präsident Magiba von veritablen Afrikanern gespielt werden.

Der Regisseur und seine Schauspieler haben offenbar noch nie einen Journalisten, sein Gehabe, seine Art zu sprechen, erlebt. Was sie davon zeigen, ist flaches Klischee. So ist denn die einfallslose Aufführung, im akustisch mörderischen Bühnenbild von Jan Schlumbach ganz auf small-talk gestellt, der mit Vorliebe in die Szene hineingeflüstert wird, eine mittlere Katastrophe.

KATHRIN BERGMANN

Hamburg: „Lämmermann" von Ludwig Fels

Kollege in lila Wildleder

Das Paradies hat Ruhetag" heißt es im ersten Bühnenstück von Ludwig Fels, „Lämmermann", das soeben im Malersaal des Hamburger Deutschen Schauspielhauses, derzeit in der Kampnagelfabrik untergebracht, uraufgeführt wurde. Fels, 1946 geboren, hat nach Volksschule und Malerlehre seit 1973 einige Gedichtbände und Prosaarbeiten veröffentlicht, zuletzt „*Kanackenfauna*". *Mit den* „*Kanakken*" hat er es auch hier. In seiner Sprache sollen das vor allem Arbeiter sein. Was er aber auf die Bühne bringt, sind keine Arbeiter, es sind verquere Aussteiger.

Lämmermann selbst ist vor dem Abitur von der Schule abgegangen, zu Hause ausgezogen und bei Freundin Elfie untergekrochen. Er „sucht das Paradies". Er träumt sich von der Wirklichkeit fort in irreale Länder. Nirgendwo und bei niemandem hält er es aus. Aber jeden Samstag hockt er mit seiner Freundin Elfie bei den ungeliebten Eltern vor dem Fernsehgerät. Absolut intolerant, interessiert er sich für nichts außer für sich selbst und seine Wünsche, verlangt aber von anderen unendliche Toleranz und Anteilnahme.

Wenn Lämmermann von seinen Träumen nach Schönheit und Ferne sehnsuchtsvoll redet und redet, ohne etwas für die Verwirklichung dieser Träume zu tun, geht er nicht nur seinen Eltern, sondern auch Freundin Elfie und den Arbeitskollegen auf die Nerven. Die nehmen ihn dann entweder hoch, oder sie lassen ihre Wut an ihm aus. So fliegt Lämmermann schließlich überall raus und findet sich als Clochard auf einem Zeitungshaufen am Stadtrand wieder.

Das Stück ist schlecht gebaut und anfängerhaft plump. Es sind beliebig vertauschbare Einzelszenen, Zustandsbilder, es ist spannungslos, obwohl viel und heftig auf der Bühne herumgeschrien wird und die Fäkalsprachfetzen nur so fliegen. Effekthascherei ist auch Trumpf in Ulrich Wallers Regie, ohne daß die Langeweile dadurch gebannt werden könnte.

Immerhin, etwas ist sehenswert an diesem Abend: die Leistung des Hauptdarstellers Rolf Mautz. Dessen Bewegungen sind fast ar*tistisch grazil. Selbst wie er das tri*ste „Allen auf die Nerven gehen" spielt, ist sehenswert. Seine Gegenspieler werden dagegen alle zu Knallchargen. Da sind zunächst die muffig-bösen, dumpfen, verfressenen, aber sportbegeisterten Eltern und Nachbarn, dann die Kollegen, der sadistische Lastwagenfahrer Siebenweiber in hochhackigen lila Wildlederschuhen, der Baggerführer Tauscheck, beide üble Ausländerschinder, schließlich der Gastarbeiter in aufgesetzter Hilflosigkeit, den Quälereien der Kollegen und seinen eigenen „Interessenlagen", die sich auf Essen und Frauen beschränken, voll ausgeliefert.

Als einzige darf Annette Uhlen als Freundin Elfie noch etwas glaubhaftes Profil zeigen. Sie findet Lämmermann zunächst ganz faszinierend, besinnt sich dann aber als Büroangestellte mit sicherem Einkommen auf ihre eigenen Bedürfnisse nach Geborgenheit, Anerkennung, schönem Zuhause und einem Leben hier und jetzt, nicht in einem ihr von Lämmermann aufgezwungen Wolkenkuckucksheim. Sie heiratet einen handfesten Angestellten, kann aber natürlich, so wenig wie die anderen Schauspieler, nicht über das schlechte Stück hinwegspielen. Die Mätzchen der Inszenierung verbrauchen sich rasch, die Witze wiederholen sich.

CHRISTIAN ANDREE

JOURNAL

Weiterhin Unruhe bei Berlins Philharmonikern

gtl. **Berlin**

Riccardo Muti, der italienische Star-Dirigent, hat Schallplatten-*Aufnahmen mit dem* Berliner Philharmonischen Orchester wegen künstlerischen Ungenügens des Solo-Klarinettisten abgebrochen, den das Orchester als Aushilfe engagiert hatte. Der Vertrag mit dem Intendanten des Orchesters, Peter Girth, soll erfüllt, aber über 1985 hinaus nicht verlängert werden. Eine Billigung dieser Regelung durch Karajan steht einstweilen noch aus.

Sarah Kirsch erhält Frauen-Literaturpreis

dpa, **Bad Gandersheim**

Mit der Roswitha-Gedenkmedaille, dem ausschließlich Frauen vorbehaltenen Literaturpreis der Stadt Bad Gandersheim, wird in diesem Jahr die Schriftstellerin Sarah Kirsch ausgezeichnet. Die Autorin wird die mit 10 000 Mark dotierte Auszeichnung in Anwesenheit von Bundespräsident Karl Carstens während eines Festaktes im Juli entgegennehmen. Bad Gandersheim feiert in dieser Zeit das 1200jährige Stadtjubiläum. Gleichzeitig finden die 25. Gandersheimer Domfestspiele statt.

Autoren-Fonds mit Williams-Millionen

dpa, **New York**

Der vor einer Woche in New York gestorbene amerikanische Dramatiker Tennessee Williams hat ein Vermögen von zehn Millionen Dollar hinterlassen, das für notleidende Schriftsteller bestimmt ist. „Es war viel mehr, als wir uns vorstellten", sagte der Rechtsanwalt Dakin Williams, der jüngere Bruder des Bühnendichters. Der Millionen-Nachlaß wird in einen Fonds gehen, aus dem bedürftige Autoren unterstützt werden sollen. Diese Einrichtung soll ferner aus den Tantiemen-Einkünften jährlich 500 000 Dollar erhalten.

Kritikerpreise für 1982 an Nizon und Syberberg

dpa, **Berlin**

Der Kritikerpreis für Literatur 1982 ist dem in Paris lebenden Schweizer Schriftsteller Paul Nizon zuerkannt worden. In der Sparte Theater ging der Preis an Volker Ludwig und sein Berliner Grips-Theater; Sparte Film: Hans-Jürgen Syberberg für „Parsifal"; Sparte Fernsehen: Bernward Wember für „Vergiftet oder arbeitslos?"; Sparte Musik: Dramaturgie der Oper Frankfurt; Sparte Tanz: Reinhild Hoffmann und Sparte bildende Kunst: Karl Horst Hödicke.

Rolf Thiele 65

Er galt einmal als eine der Hoffnungen des deutschen Nachkriegsfilms. Zunächst als Produzent, dann als Drehbuchautor von Filmen wie „Königliche Hoheit" machte Rolf Thiele sich einen Namen. 1951 führte er bei „Primanerinnen" erstmals selbst Regie. Seine Spezialität in den fünfziger Jahren war die Verfilmung von erfolgreicher Unterhaltungsliteratur. Seine Leinwandadaption von William von Simpsons „Die Barrings" (1955) oder John Knittels „El Hakim" machten Kasse. Als sein wichtigster und bester Film aber gilt noch heute „Das Mädchen Rosemarie", die Geschichte des Frankfurter Callgirls Rosemarie Nitribitt.

Mit diesem Film, in dem Nadja Tiller die Hauptrolle spielte, schuf



Erfolgreich im deutschen Nachkriegsfilm: Rolf Thiele FOTO: KEYSTONE

Thiele eine gelungene Satire auf die Wirtschaftswundergesellschaft, die ihm wesentlich besser gelang als Faßbinder sein 2½ Jahrzehnte später gedrehter Film „Lola". Was nach dem „Mädchen Rosemarie" kam, wurde allerdings den in Thiele gesetzten Erwartungen nicht mehr gerecht. Mit erotischem Schwulst wie „Grimms Märchen von lüsternen Pärchen" oder „Rosemaries Tochter" stieg er zu den Tiefen des Sexfilms ab. Heute feiert der Regisseur seinen 65. Geburtstag – Grund genug zu hoffen, daß er vielleicht auf seine reiferen Tage hin doch noch zu seinen alten Leisten zurückkehren werde.

MvS

Keine Münzen im „Heiligen Jahr"

AFP, **Rom**

Rom-Touristen werden für mindestens einen Monat darauf verzichten müssen, eine Münze in den Trevi-Brunnen zu werfen, um sich so eine spätere Rückkehr in die heilige Stadt zu sichern. Der Brunnen wird repariert. Im großen Mittelbecken sind Risse aufgetreten. Mit dem Bau eines metallenen „Käfigs" zur Durchführung der Reparaturarbeiten ist schon begonnen worden. In der Presse und unter Geschäftsleuten wurden indes schon Klagen laut, da Rom sich gegenwärtig auf das „Heilige Jahr" vorbereite und der Zeitpunkt somit schlecht gewählt sei.

Nasa setzt alle Hoffnungen auf einen Bastler

WOLFGANG WILL, New York

Senkrecht steht die „Challenger", Amerikas zweites wiederverwendbares Raumflugzeug, auf der Startrampe 39 des Kennedy Space Center – wie seit Monaten. Die Maschine, die schon am 20. Januar auf ihren Jungfernflug gehen sollte, hat inzwischen aber eine gewaltige „Zahnlücke" – wie ein Rockwell-Techniker am Start-Kap es beschreibt. Ihr sind nunmehr alle drei Haupttriebwerke genommen worden, und am Wochenende versuchte ein wahrer Künstler der Firma Rockwell-International, das Schlimmste zu verhüten.

Alle Triebwerke „gezogen"

Alle drei Triebwerke der „Challenger" sind unbrauchbar. Das erste mußte ins Herstellerwerk zurückgebracht werden, denn dort war bei der Montage ein unachtsamer Kranführer mit seinem Hebehaken gegen eine Triebwerks-Außenwand gestoßen und hatte einen Riß verursacht. Der war dann nur mangelhaft repariert worden, so daß Treibstoff ausfließen konnte. Dies wiederum hätte beim Start eine verheerende Explosion auslösen können. Dieses Triebwerk soll durch eines ersetzt werden, das derzeit noch auf dem Nasa-Teststand in Mississippi steht.

Bei den Triebwerken zwei und drei wurden Wochen nach dieser „Pleite" identische Fehler festgestellt: kleine Haarrisse in einem nur schwer zugänglichen Röhren-Pumpen-System. Eine Reparatur auf der Startrampe war unmöglich. Deshalb mußten diese beiden Triebwerke entfernt und ins Montagegebäude zur Überprüfung geschickt werden. Damit blickt man bei „Challenger" in eine große „Zahnlücke", erläutert der Rockwell-Techniker, „denn nach der Methode ‚Zahnziehen' schließlich haben wir dem Raumflugzeug die Triebwerke entfernt – unser Fachausdruck dafür lautet wirklich ‚Triebwerke ziehen', weil die Maschine ja auf der Startrampe verbleibt".

Ein wahrer Künstler

Die Aufgabe des Rockwell-Mannes Ben Burow ist es, die Haarrisse zu „flicken". Auf diesem Gebiet ist Ben Burow ein wahrer Künstler, „der Beste seines Faches auf der Welt", sagt ein Nasa-Sprecher. Seit 28 Jahren gilt der Ingenieur als Schweißexperte, der selbst in seiner Freizeit immer wieder neue Techniken entwickelte.

Er vernachlässigte dafür sogar seine Familie in Chatsworth (US-Bundesstaat Kalifornien). Seine Frau sieht es ihm nach: „Es ist halt Beruf und Hobby." Dafür hat Ben Burow seine Garage erweitert. Er bastelt dort an Modell-Raketen, Modell-Flugzeugen und auch Mini-Raumflugzeugen. Auf diesen Mann hat die Nasa nun alle Hoffnungen gesetzt. Schafft er es, könnte – mit mehr als zwei Monaten Verspätung – Challenger Ende März endlich starten. Dann allerdings mit „geflickten" Triebwerken, zweifellos ein Risiko. (SAD)



Schwarzweiß-Malerei FOTO: DPA

Unter dem Funkturm weht ein Hauch der großen, weiten Welt

In Berlin läuft zum 17. Mal die größte Tourismus-Ausstellung der Welt: ITB '83

H.-W. KRICK, Berlin

Von Fernweh ergriffene Berliner kennen derzeit nur ein Reiseziel: die Messehallen unter dem Berliner Funkturm. Dort hat, noch bis einschließlich 11. März, der Welt größtes Reisebüro die Zelte aufgeschlagen. Die 17. Internationale Tourismus-Börse (ITB), weltweit renommierteste Touristik-Fachmesse, rühmt sich auch in diesem Jahr vieler Superlative: Mit 1620 Ausstellern aus 118 Ländern sichert sie, so Geschäftsführer Manfred Busche von der Messegesellschaft AMK, Berlin die Position des führenden Tourismus-Marktplatzes.

Für das schaulustige Publikum heißt es wie bisher: „Nur sehen – nicht kaufen", Buchungen sind in den Funkturmhallen nur den Fachbesuchern möglich.

In den internationalen Hotels der Stadt dreht sich, parallel zur Messe, ein zweites ITB-Karussell: So gilt es rund 300 begleitende Tagungen, Pressekonferenzen, Workshops, Seminare und Empfänge über die gesellschaftliche Bühne zu bringen.

Und welcher Küchenchef möchte angesichts dieser Ballung von Tourismus-Experten seinem Hause den Ruf eines kulinarischen Entwicklungslandes verschaffen? Was Messebesuchern schon immer besonders mundete, liegt auch in diesem Jahr wieder in Kühlschränken und Kochtöpfen: „Wat echtes aus Berlin" – viele hundert Liter rote Grütze und Berliner Eisbein mit Erbspüree.

Hungern muß auch in den Messehallen niemand: So füttern die Eidgenossen, auf Originalität bedacht, Fachbesucher wie Prospektesammler mit einem „Emmental-Ski", auf dem ein Sandwich serviert wird. Deftige Schmalzstullen, von fränkischen Tourismus-Werbern geschmiert, lassen die Berliner Schlange stehen. Dem einige Schritte weiter gebotenen „Sylter Meerwasser-Cocktail" begegnet man hingegen mit Zurückhaltung.

Auf dem „Umschlagplatz der Sehnsucht", wie Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker (CDU) in seiner Laudatio die ITB charakterisierte, wollen in diesem Jahr als Neulinge die kleine Bergrepublik Andorra, die arabische Republik Jemen, die karibischen British Virgin Islands und die Salomon-Islands im Stillen Ozean Reisefieber wecken. Mut machte den Newcomern zur touristischen Premiere Otto Schneider, Präsident des Deutschen Reisebüro-Verbandes, der zumindest im Bundesgebiet registriert haben will, daß „Einstellung und Interesse an der Urlaubsreise unvermindert groß sind".

Um die Wünsche entscheidungsschwacher Reiseaspiranten rechtzeitig zu kanalisieren, werben die Urlaubsländer auf der ITB nicht nur mit aufwendig gestalteten Farbbroschüren und Sonnenschein-Postern. Balkan-Touristen werden mit Trommeln und Trompetengeschmetter zur Prospektausgabe gelotst, den Schotten im Kilt kennt so mancher noch vom vergangenen Jahr, und Zimbabwe setzt gar mit einer dunkelhäutigen Schönheit auf Sieg: Victoria Chitepo, mit ihren 30 Lenzen bereits zur Tourismus-Ministerin avanciert.

Den internationalen Tourismus, der heute als zweitgrößter Faktor im Welthandel nur noch vom Erdöl übertroffen wird, aus der Zeit, als er noch in den Kinderschuhen steckte, bringt auf der ITB die historische Ausstellung „Tourismus – anno dazumal" nahe. Nostalgische Reisegefühle vermitteln in Messehalle sechs der 1899 gedruckte erste Reiseführer für Pedalritter, ein „Deutsches Flußwanderbuch" oder ein „Internationales Reisetaschenbuch für Alkoholgegner und Vegetarier", das Adressen „verschiedenster Anstalten enthält, die auf Alkoholgegner, Vegetarier und Lebensreformer Rücksicht nehmen".

Wohin zur Jahrhundertwende die begüterten Kreise reisten, in die Schweiz und vor allem nach Italien, zieht es in diesem Jahr auch wieder einen großen Teil des deutschen Urlaubsheeres. Gute Chancen werden auf der ITB aber auch Spanien und Kreta eingeräumt. Als „eines der großen europäischen Ferienländer", wie sich der Freistaat Bayern in seinem Selbstverständnis unter dem Funkturm präsentiert, kann auch er mit einem erklecklichen Anteil am Tourismus-Kuchen rechnen: Die 600 000 Betten in jeder Preisklasse seien im vergangenen Jahr allein 80 Millionen Mal genutzt worden, rechnet das Bundesland vor, das mit 23 Ausstellern auf der ITB Flagge zeigt.

Auch Berlin wirbt natürlich – auf und mit der ITB. Ein besonders gelungenes Beispiel von Berlin-PR wurde gestern im Internationalen Congress-Centrum (ICC) gar mit dem „Bronzenen Kompaß" des Internationalen Touristischen Filmwettbewerbs „Prix ITB 1983" dekoriert. Der Berliner Senatssprecher Meinhard Ade nahm die richtungsweisende Auszeichnung entgegen – für den vom Senat und Verkehrsamt gedrehten Werbefilm „Berlin-Impression".

Tierschützer blasen zur Jagd auf Jäger

„Jagd-Saboteure" sorgen in USA für Krach im Wald

dpa, New York

Der Waidmann sollte es verstehen, sich möglichst lautlos und gegen den Wind auf sichere Schußnähe ans Wild heranzupirschen. Wenn es dann plötzlich laut wird und die Beute aufgeschreckt aus dem Visier springt, platzt so manchem Järgersmann vor Wut der Kragen. In vielen amerikanischen Revieren krachen zur Jagdsaison schon längst nicht nur Flinten und Gewehre. „Jagd-Saboteure" scheuchen gezielt mit Musik aus voll aufgedrehten Transistorgeräten, Kassetten-Recordern, angeschleppten Lautsprechern und anderen Lärmquellen Wild und Jäger jäh auf.

Sie nennen sich „Tierschützer", die da massiert zur Jagd auf die Jäger blasen. Sie schleichen und fahren den Waidmännern hinterher, um ihnen dort mit viel Lärm den Blattschuß zu vermasseln. Den Störenfrieden sind dabei viele Mittel recht, um eines zu erreichen: nämlich möglichst viel Wild ums nackte Leben rennen zu lassen. Die Kampagne der Jagd-Gegner erfaßte die USA landesweit. Jäger und „Antis", wie diese lautstarken Tierfreunde inzwischen heißen, können sich längst nicht mehr riechen. Sie kommen miteinander immer mehr ins Gehege.

Dieser Konflikt spitzt sich schon soweit zu, daß im Bundesstaat Arizona ein Gesetz verabschiedet wurde, das diesen Krach zur strafbaren Handlung macht. Waidmänner zollten den Gesetzgebern von Arizona einhelligen Beifall. Der republikanische Landtagsabgeordnete Joseph Chinnici aus New Jersey, selbst Jäger, fordert die Einführung eines solchen Gesetzes auch in diesem Bundesstaat. Der Kernpunkt eines von ihm bereits vorgeschlagenen Gesetz-Entwurfs zielt auf das Verbot jeglicher „Einmischung oder jedes Einmischungsversuchs in das erlaubte Jagen, Verfolgen, Töten oder Fangen eines Tieres, Vogels oder Frischwasser-Fisches" ab.

Die Tricks der Jagd-Gegner sind in einer von der „Tierfreund"-Organisation in New York veröffentlichten Anleitung „Tips für Jagd-Saboteure" nachzulesen. Einer der Vorschläge: Um die Rüden-Meute einer Treibjagd auf eine falsche Spur zu hetzen, sollte eine läufige Hündin freigelassen werden. Jäger können auch durch im Wald aufgestellte ausgestopfte Tiere irregeführt werden. Wenn sie ihnen einen Schuß auf den Pelz brennen würden, wäre das gleichzeitig ein Fluchtsignal fürs Wild. Andere Tips reichen vom Entfernen ausgelegter Köder bis zum Verstreuen von in Friseur-Salons erhältlichen Menschenhaaren. Haar sei für Wild ein gutes Frühwarn-System vor Menschen.

„Wenn man in einem staatlichen Wald einen Baum fällt, kann man dafür festgenommen werden. Aber es ist in Ordnung, Tiere zu töten und ihre Knochen von Stahl-Fallen zermalmen zu lassen", zitierte die „New York Times" die Tierschützerin Susan Russell, die Wild mit klassischer Musik vor den Nimrod-Jägern warnt. Andere „Jagd-Saboteure" erledigen das auch mit Auto-Hupen und in die Luft gefeuerten Schüssen. In einem Fall klemmte sich ein „Anti" hinter den Knüppel eines Hubschraubers und knatterte damit im Tiefflug über ein Jagdrevier.

834 Festnahmen bei Großrazzia in Süditalien

AP, Neapel

Bei einer Großrazzia in Süditalien sind der Polizei am Wochenende 834 mutmaßliche Kriminelle ins Netz gegangen. Die ihnen zur Last gelegten Straftaten reichen vom Autodiebstahl bis hin zum Drogenschmuggel. An der 24stündigen Aktion auf Sizilien, in Kampanien, Kalabrien und anderen Regionen seien fast 8700 Beamte beteiligt gewesen. Wie die Polizei weiter mitteilte, wurden außerdem 291 gestohlene Autos, 314 Gewehre und Handfeuerwaffen sowie Munition sichergestellt. Ferner seien 2241 Personen vernommen und 12 289 Personen wegen Verkehrs- und anderen kleneren Delikten belangt worden.

Queen-Bewacher getötet

AFP, San Francisco

Bei einem Verkehrsunfall sind am Wochenende in der Nähe des kalifornischen Nationalparks Yosemite zwei amerikanische Sicherheitsbeamte und ein Sheriff, die zur Eskorte von Königin Elizabeth II. und Prinz Philipp gehörten, getötet worden. Die Queen und ihr Mann blieben bei dem Unfall unverletzt.

Schrittmacher für Baby

AP, Belgrad

In einer Belgrader Klinik haben Ärzte einem als Frühgeburt zur Welt gekommenen zwei Tage alten Jungen, der einen Herzfehler hatte, einen Herzschrittmacher eingesetzt. Die jugoslawische Zeitung „Politika" berichtete, der Junge sei nach dem Eingriff wohlauf.

Punker unter Beschuß

dpa, Berlin

Die Punk-Mode in westlichen Ländern, die auch unter „DDR"-Jugendlichen Nachahmer gefunden hat, ist von der Ostberliner FDJ-Zeitschrift „Forum" aufs Korn genommen worden. Nur auf den ersten Blick handele es sich dabei um den Versuch einer „Gegenkultur", letzten Endes aber sei aller Protest gegen die kapitalistische Gesellschaft „im Schoß der Manipulation geboren worden" und „in die herrschende bürgerliche Kultur eingepaßt".

Nebel lähmte Flugverkehr

AP, Frankfurt

Dichter Nebel hat am Samstag den Verkehr auf dem Frankfurter Flughafen mehrere Stunden lang lahmgelegt. Fast 40 Maschinen konnten weder landen noch starten. Die Frankfurt anfliegenden Flugzeuge wurden nach Stuttgart, Köln und Hamburg umgeleitet.

Neuer Rückfall

SAD, Salt Lake City

Barney Clark, der erste Empfänger eines künstlichen Herzens, mußte wieder an ein Atemgerät angeschlossen werden, nachdem er wenige Tage nach Beginn seines vierten Monats mit dem Plastikherz an Lungenentzündung erkrankte. Der 62jährige hatte nach der Operation am 2. Dezember vorigen Jahres bereits mehrere Rückfälle erlitten.

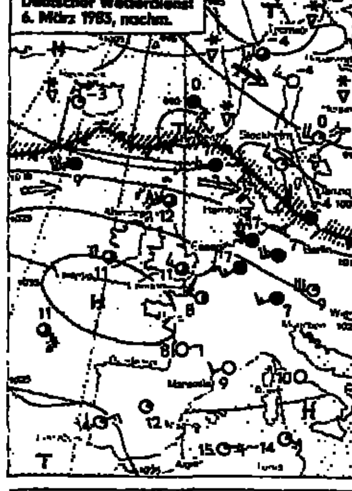
Kind erschossen

AFP, Stanton

Ein fünfjähriger Junge im kalifornischen Stanton ist am Freitag von einem Polizeibeamten erschossen worden. Zwei Beamte durchsuchten eine offenbar leerstehende Wohnung und sahen sich im völlig dunklen Badezimmer plötzlich einem Schatten gegenüber, der sie mit einer Pistole bedrohte. Einer der Beamten schoß sofort und traf den vermeintlichen Angreifer tödlich. Es handelte sich um einen Fünfjährigen, der eine Plastikpistole in der Hand hielt.

WETTER: Nur im Südwesten heiter

Wetterlage: An der Nordosthälfte eines kraftigen Hochs mit Kern über der Biskaya wird verhältnismäßig milde Meeresluft nach Deutschland geführt. Tiefausläufer ziehen über die Nordsee und die westliche Ostsee südostwärts.



Vorhersage für Montag:
Im Südwesten wolkig mit Aufheiterungen und trocken. Nachmittagstemperaturen nahe 10 Grad C, nachts leichter Frost. Im Nordosten und Berlin: Stark bewölkt bis bedeckt und zeitweise Regen oder Sprühregen. Tagestemperaturen nahe 7 Grad, nachts nur geringe Abkühlung. Frischer, in Böen starker bis stürmischer Wind um West. Übriger Bereich: Überwiegend starke, nur gelegentlich auflockernde Bewölkung und weitgehend niederschlagsfrei. Nachmittagstemperaturen um 7 Grad C, nächtliche Tiefstwerte kaum unter 4 Grad C. Mäßiger, bis frischer Wind um West.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	7°	Kairo	14°
Bonn	8°	Kopenh.	7°
Dresden	5°	Las Palmas	19°
Essen	7°	London	11°
Frankfurt	7°	Madrid	12°
Hamburg	7°	Mailand	8°
List/Sylt	6°	Mallorca	14°
München	7°	Moskau	–3°
Stuttgart	7°	Nizza	13°
Algier	15°	Oslo	1°
Amsterdam	8°	Paris	8°
Athen	10°	Prag	5°
Barcelona	12°	Rom	10°
Brüssel	8°	Stockholm	1°
Budapest	8°	Tel Aviv	10°
Bukarest	5°	Tunis	14°
Helsinki	0°	Wien	9°
Istanbul	5°	Zürich	3°

Sonnenaufgang* **am Dienstag:** 6.53 Uhr, Untergang: 18.14 Uhr; **Mondaufgang:** 3.52 Uhr, Untergang: 11.40 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Joe Flynn – ein Schwindler gegen den Rest der Welt

HELMUT VOSS, London

In der Redaktion der Londoner „Sunday Times" dürfte es zur Zeit einige betretene Gesichter geben – vor allem das des ehemaligen englischen „Journalisten des Jahres", Jon Swain. „Times"-Reporter Swain sollte in Cork (Irland) zum zweitenmal von einem geheimnisvollen Informanten das Neueste über Versuche, PLO-Agenten aus Frankreich herauszuschmuggeln, bekommen: Jetzt hat sich herausgestellt, daß er nur das jüngste Opfer eines gewieften Schwindlers geworden ist, der seit Jahren Fleet-Street-Zeitungen, Botschaften in London und gelegentlich sogar FBI und CIA hinters Licht führt und dabei gehörig Kasse macht.

Joe Flynn nennt sich der in London unter dem Namen Barry Gray geborene Mann heute. Er ist 49 Jahre alt, hat den Spitznamen „Goldfinger", lebt zur Zeit in einem Hotel in der Nähe von Marseille und hat Dinger gedreht, die die Schlitzohrigkeiten in dem Hollywoodfilm „Der Clou" in den Schatten stellen. Weil er sich „bald zur Ruhe setzen" und „die korrekte Version zu Papier bringen" will, hat Flynn – ein graumelierter Herr mit dem Aussehen eines netten, weitgereisten Onkels – sich jetzt von der Londoner Zeitschrift „Time out" interviewen lassen.

Flynn hat nach seinen eigenen Angaben allein in den letzten 18 Monaten acht Zeitungen und Rundfunksender und die gleiche Anzahl von Botschaften an der Nase herumgeführt und dabei glatte 17 850 Pfund (fast 68 000 Mark) flüssig gemacht. „Der Trick ist", sagt er, „daß man die Leute glücklich machen muß. Sie müssen so glücklich sein, daß sie einem das Geld geradezu aufdrängen."

Unter anderem gab er sich den Botschaften von Libyen, Moçambique und Irak gegenüber als desillusionierter, redebereiter CIA-Agent namens Kulka („den Namen hatte ich in der International Herald Tribune gelesen") aus und kassierte hier tausend und dort 2500 Dollar Informationshonorar. Der Londoner Sonntagszeitung „News of the World" band er mit Erfolg und für ein Honorar von umgerechnet 10 000 Mark den Bären auf, er sei ein ehemaliger britischer MI5-Agent und habe im Auftrag von Oberst Khadhafi Farbige aus Südlondon in der Straßenkampftaktik ausgebildet: „Libya trains Britons for street violence" lautete die Schlagzeile der Zeitung am 20. September 1981, angeführt von den stolzen Worten „weltexklusiv".

Seine größten „Erfolge" aber feierte Flynn, der sich seine ersten Sporen in dem „Geschäft" als Verkäufer von Ferienhäusern in Spanien und von tragbaren Toiletten in Australien („Wir hatten weiße Mäntel mit der Aufschrift ‚Gesundheitsbehörde' an") verdiente, auf Kosten des australischen Verlegers Rupert Murdoch, des gestürzten Autokönigs John de Lorean, der US-Bundespolizei FBI und des US-Geheimdienstes CIA. Murdoch, zu dessen Imperium unter anderem die „New York Post" und die „Times" gehören, ging Flynn auf den Leim, als dieser ihm 1976 über eine Mitarbeiterin mitteilen ließ, er habe Informationen über den verschwundenen US-Gewerkschaftsboß James Hoffa und verhandle bereits mit der „Washington Post". Flynn flog daraufhin auf Kosten von Murdoch nach Las Vegas, Los Angeles und in die Bundesrepublik und kassierte alles in allem 56 000 Dollar. Die einzige „Gegenleistung" war ein Paar alte Schuhe, die – so glaubte Murdoch damals – von Hoffa stammten.

Als de Loreans Belfaster Autofabrik in Schwierigkeiten kam, verkaufte Flynn erst dem „Daily Mirror" angebliche Informationen über ein Schweizer Geheimkonto und einen „Tresorschlüssel" (in Wirklichkeit ein alter Hotelschlüssel) für 6000 Mark und machte sich anschließend bei de Lorean mit einer getürkten Geschichte über im Mirror-Auftrag gefälschte Dokumente beliebt – und sich selbst um weitere 2500 Dollar reicher. FBI und CIA konnte Flynn schließlich Ende der siebziger Jahre wochenlang mit einem Lügenmärchen foppen, daß er Informationen über den verschwundenen sowjetischen Überläufer Nicholas Schadrin habe: Zeitweilig zahlte ihm das FBI bei einem Aufenthalt in Wien 100 Dollar Tagesspesen.

Flynns vorerst letztes Opfer ist Jon Swain. Flynn enthüllte jetzt in „Time out", daß er sich dem „Sunday Times"-Reporter gegenüber bei einem Treffen in Paris als IRA-Informant ausgegeben habe: „Ich sagte ihm, daß ich Carlos, dem Schakal, einen Paß beschafft habe. Bevor wir überhaupt anfingen uns zu unterhalten, drückte er mir bereits 5000 Franc in die Hand." Flynn, der in seinem Leben nur zwei kurze Haftstrafen verbüßt hat, macht hauptsächlich „gute Vorbereitung": „Wenn ich ein Ding drehe, werde ich eins mit meiner Rolle." (SAD)

ZU GUTER LETZT

„Beim intensiven Lesen einer SPD-Sprechblasen-Werbung zur Bundestagswahl im Straßenverkehr verursachte ich in diesen Tagen schuldhaft einen Auffahrunfall. Unter Hinweis auf Paragraph 33 der Straßenverkehrs-Ordnung frage ich höflich an, ob die SPD bereit wäre, mir einen Teil des Schadens zu ersetzen. Paragraph 33 (1) StVO vom 16. 11. 70 (BGBl. I S.1563, 1971) hat folgenden Wortlaut: ‚Verboten ist … jede … Propaganda durch Bild, Schrift … wenn dadurch Verkehrsteilnehmer in einer den Verkehr … erschwerenden Weise abgelenkt … werden können …'" Brief aus Dortmund an die „SPD in Bonn".

